

Bayerischer Landtag  
Stenographischer Bericht

# 151. Sitzung

Donnerstag, den 25. Juni 1953

Geschäftliche Mitteilungen . . . 1645, 1671, 1694

**Interpellation der Abg. Dr. Brücher u. Frakt., Dr. Lippert u. Frakt. betr. Einleitung von Maßnahmen auf Grund der im Bericht des Obersten Rechnungshofs für das Rechnungsjahr 1950 erhobenen Beanstandungen (Beilage 4134)**

|                                  |            |
|----------------------------------|------------|
| Bezold (FDP), Interpellant . . . | 1646       |
| Zietsch, Staatsminister . . .    | 1646, 1652 |
| Dr. Lippert (BP) . . .           | 1653       |
| Dr. Brücher (FDP) . . .          | 1656       |
| Dr. Lacherbauer (BP) . . .       | 1658       |
| Eberhard (CSU) . . .             | 1659       |

**Haushalt des bayer. Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1953 (Epl. 08) — Fortsetzung der Beratung —**

Bericht des Haushaltsausschusses (Beilage 4230)

|                    |      |
|--------------------|------|
| Haisch (CSU) . . . | 1659 |
| Kiene (SPD) . . .  | 1663 |
| Elzer (BHE) . . .  | 1666 |

(Die Sitzung wird unterbrochen)

Antrag der Abg. Greib, Geiger, Pösl, Drechsel, Piehler, Sichler, Wolf Franz und Dr. Geishhöringer betr. **beschleunigter Ausbaudes Oberrach-Kraftwerks** (Beilage 2973) und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Drechsel u. Gen., von Feury u. Gen., Dotzauer u. Gen. u. Rabenstein betr. **Finanzierung des Baues des Oberrach-Kraftwerks** (Beilage 4150)

Berichte des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses (Beilagen 3282, 4253) und des Haushaltsausschusses (Beilage 4255)

|  |      |
|--|------|
| Dr. Geishhöringer (BP), Berichterstatter | 1671 |
| Elsen (CSU), Berichterstatter . . .      | 1671 |
| Piehler (SPD), Berichterstatter . . .    | 1671 |

Abstimmung . . . . . 1672

**Haushalt des bayer. Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08) — Fortsetzung der Beratung —**

|                                     |            |
|-------------------------------------|------------|
| Frühwald (BP) . . . . .             | 1672       |
| Dr. Bungartz (FDP) . . . . .        | 1675       |
| Hausleiter (fraktionslos) . . . . . | 1678       |
| Dr. Lenz (CSU) . . . . .            | 1680, 1682 |
| Priller (SPD) . . . . .             | 1682       |
| Falk (FDP) . . . . .                | 1686       |
| Schuster (CSU) . . . . .            | 1688       |
| Piechl (CSU) . . . . .              | 1689       |

Abstimmung . . . . . 1691

Antrag der Abg. Meixner, Dr. Jüngling, Dr. Schubert betr. Maßnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse am Wallfahrtsort Vierzehenheiligen (Beilage 3821)

Zurückstellung . . . . . 1694

Antrag der Abg. Stain, Dr. Schubert, Frenzel, Reichl u. Dr. Eberhardt betr. Einleitung von Maßnahmen zur Auflösung des Ausländerlagers Föhrenwald (Beilage 4109)

Zurückstellung . . . . . 1694

Nächste Sitzung . . . . . 1694

Präsident Dr. Dr. Hundhammer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 3 Minuten.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Ich eröffne die 151. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Liste der vorliegenden Entschuldigungen zu verlesen.

**Gräßler, Schriftführer:** Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Bachmann Georg, Dr. Baumgartner, Behringer, Grosch, Junker, Dr. Keller, Op den Orth, Pittroff, von Rudolph, Sittig, Stain, Stock.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Ich rufe auf Ziffer 2 der Tagesordnung:

**Interpellation der Abgeordneten Bezold, Dr. Brücher und Fraktion, Dr. Lippert und Fraktion betreffend Einleitung von Maßnahmen auf Grund der im Bericht des Obersten Rechnungshofs für das Rechnungsjahr 1950 erhobenen Beanstandungen (Beilage 4134).**

Die Interpellation wird durch den Herrn Abgeordneten Bezold verlesen; ich erteile ihm das Wort.

**Bezold (FDP), Interpellant:** Die Interpellation lautet:

Wann beabsichtigt die Staatsregierung, den im Bericht des Obersten Rechnungshofs für das Rechnungsjahr 1950 erhobenen Beanstandungen Rechnung zu tragen, insbesondere

- a) die erforderlichen Genehmigungen des Landtags herbeizuführen,
- b) die vom Obersten Rechnungshof geforderten Auskünfte zu erteilen,
- c) in den gegebenen Fällen die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

**Präsident Dr. Hundhammer:** Ich frage die Staatsregierung, ob sie bereit ist, die Interpellation sofort zu beantworten.

**Zietsch, Staatsminister:** Die Staatsregierung ist bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Wünscht der Vertreter der Interpellanten die Interpellation zu begründen?

**Bezold (FDP), Interpellant:** Ich wünsche sie zu begründen. Ich darf aber ergebenst die Frage an Sie richten: Ich weiß nicht, ob die Fraktion der CSU noch mit ihrer Sitzung beschäftigt ist — sie hat heute vormittag Fraktionssitzung — oder ob sie absichtlich wegbleibt. Wenn sie absichtlich wegbleibt, bin ich gerne bereit, anzufangen; ich kann auch ohne sie sprechen. Mir scheint aber doch wichtig zu sein, daß alle Fraktionen bei einer Interpellation vertreten sind, die, wie ich glaube, weite Kreise der Bevölkerung interessiert.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Herr Abgeordneter, ich mache darauf aufmerksam, daß die Fraktion der CSU ihre Fraktionssitzung eben beendet hat; ein Teil der Abgeordneten ist anwesend. Im übrigen ist Ihre eigene Fraktion nicht einmal zur Hälfte vertreten. Ich glaube, es wird aber auch zugewartet werden können, wenn es der Herr Interpellant wünscht. — Ich sehe, daß die Fraktion der CSU ihre Stärke im Saal inzwischen vermehrt hat. Es dürfte richtig sein, die Begründung der Interpellation zu geben.

**Bezold (FDP), Interpellant:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist außerordentlich unangenehm — Sie sehen es bereits am Beginn —, eine Angelegenheit zur Diskussion zu bringen, die für die Regierung und für die Regierungsparteien selbstverständlich unangenehm ist, von der aber die beiden Oppositionsparteien, die BP und die FDP, erwartet hätten, daß sie von der Regierung selbst zur Diskussion gestellt würde.

Sie wissen, daß es sich um den **Bericht des Obersten Rechnungshofs** über die Durchführung der Rechnungsprüfung für das Rechnungsjahr 1950 handelt. Es ist unangenehm, sage ich, die Finger auf eine Reihe von Wunden zu legen, die der Bericht des Obersten Rechnungshofs aufweist, und über diese Wunden Auskunft zu verlangen. Ich habe heute namens der beiden Oppositionsparteien

die Ehre, danach zu fragen. Es ist deshalb unangenehm, weil vielleicht dem einen oder anderen die trockenen Zahlen und die trockenen fachlichen Ausführungen dieses Berichts durchaus nicht in die politische Sphäre unseres Staatslebens hineinzureichen scheinen, weil vielleicht der eine oder der andere der Meinung sein könnte, diese Zahlen seien gegenüber den Riesenzahlen des Etats nicht von einer solchen Bedeutung, daß sie ins Gewicht fallen könnten, und die Dinge lägen so weit zurück, daß man mit Schweigen über sie hinweggehen könnte.

Meine Damen und Herren! Geben wir uns keinem Irrtum hin: Es ist nicht nur so, daß diese Zahlen und die Frage, wie sie in Ihrer Aufstellung stimmen, mit dem Vertrauen zusammenhängen, das das bayerische Volk zu seiner Vertretung haben wird, sondern der Umstand, daß eine Reihe von Zahlen nicht stimmt oder daß in der Aufstellung Fehler vorhanden sind, bedeutet, daß das **erste und wesentlichste Recht des Landtags**, über die Ausgaben des Staates zu verfügen und sie einzuteilen, verletzt wird. Es ist auch so, daß in einer Zeit, deren Finanzlage den Staat wie den Privatmann zu äußerster Vorsicht und Sparsamkeit zwingt, alles, was mit solchen Erwägungen zu tun hat, das Volk, das ja die Gelder, die die Zahlen beinhalten, durch Steuern hereinbringen muß, brennend interessiert.

Sie wissen, in **Artikel 80 der bayerischen Verfassung** ist ausdrücklich niedergelegt, daß über die Verwendung aller Staatseinnahmen der Staatsminister der Finanzen im folgenden Rechnungsjahr zur Entlastung der Staatsregierung dem Landtag Rechnung zu legen hat. Es ist weiter festgelegt, daß die Rechnungsprüfung durch einen mit **richterlicher Unabhängigkeit** ausgestatteten **Rechnungshof** zu erfolgen hat. Das Nähere ist, wie Sie wissen, durch das Gesetz über die staatliche Rechnungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsprüfung vom 6. Oktober 1951 geregelt. Es bestehen also zunächst einmal sehr wohl gesetzliche, ja sogar verfassungsgesetzliche Grundlagen für das, worüber wir heute sprechen. Es bestehen die gesetzlichen und verfassungsgesetzlichen Grundlagen dafür, daß der Oberste Rechnungshof, der ja insoweit ein unabhängiges Gremium ist, die Einwendungen machen mußte, von denen ich heute spreche.

Meine Damen und Herren! Wir hätten damals geglaubt, daß auf den außerordentlich eingehenden Bericht des Obersten Rechnungshofs hin in der Presse oder im Landtag von seiten der Regierung zum mindesten irgendwie der Versuch einer weitgespannten Diskussion gemacht worden wäre, einer Diskussion, in der im einzelnen vom Fachlichen her zu den Vorwürfen und Auslassungen des Rechnungshofs Stellung genommen worden wäre. Das ist nicht der Fall gewesen. Man hat im Gegenteil in Nummer 12 des „Bayerischen Staatsanzeigers“ einen Artikel über die Arbeit des Rechnungshofs lesen können, der offensichtlich auf die Frage abzielte, wieweit der Rechnungshof das Recht hatte, seine Prüfung und seine Auslassungen auf ein Gebiet auszudehnen, das bereits ein politisches

(Bezold [FDP])

Gebiet ist und aus dem engsten Rahmen der fachlichen Arbeit der Rechnungsprüfung herausfällt. Die meisten von Ihnen werden diesen Artikel kennen. Wenn in diesem Artikel geschrieben wird, daß der Rechnungshof durch seine Art der Berichterstattung dem Grundsatz der Gewaltenteilung der Legislative und Exekutive widersprochen habe, daß er als ein dem Volk nicht verantwortlicher Träger etwas getan habe, was nur der Landtag tun dürfe, nämlich **Kritik innerhalb der politischen Sphäre** zu üben, so ist durch diesen Artikel, der ja immerhin im offiziellen Blatt unserer Regierung zu lesen war, ganz deutlich die Richtung aufgezeigt, in der die Regierung gehen will.

Es ist nach unserem **Rechnungshofgesetz** vollständig ausgeschlossen, daß der Oberste Rechnungshof, wenn er seine Pflicht tun will, nur rückschauend, was gewesen ist, und nicht auch vorwärtsschauend, was getan werden kann und wie eine größere Sparsamkeit zu erreichen ist, in dem einen oder anderen Fall Fragen des politischen Kreises nicht streift. Wenn Sie das verbieten wollten, würden Sie den Rechnungshof zu einer rein fachlichen Rechnungsmaschine herabwürdigen und ihm die Stellung eines Buchhalters in einem großen Unternehmen geben, der nichts anderes zu tun hat als nachzuweisen, ob dieses Unternehmen sein Wirtschaftsjahr aktiv oder passiv abgeschlossen hat. Ich glaube, keiner von uns wird dieser Ansicht sein — auch das Gesetz über den Rechnungshof ist ja nicht dieser Ansicht — und keiner von uns, zum mindesten nicht wir von der Opposition, wird etwa in der Arbeit des Rechnungshofs, wie sie hier vorliegt und wie sie der Rechnungshof offensichtlich auch in Zukunft zu leisten gedenkt, ein Eingreifen in die Legislative, in die Rechte der Volksvertretung sehen. Ich kann den Rechnungshof nicht als Gegenspieler dieser Volksvertretung in all den Fragen empfinden, die er hier geklärt hat. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß er nur als **Gehilfe des Landtags** verstanden werden kann. Wenn wir überhaupt an die Fragen der Staatsvereinfachung, an eine Verbilligung der Staatsverwaltung herangehen wollen — und Sie wissen ja, daß dazu ein eigener Ausschuß bestellt worden ist —, wird das niemals möglich sein ohne die Hilfe eines Rechnungshofs von einem geistigen Format, wie es sein Bericht erkennen läßt.

(Abg. Dr. Brücher: Sehr richtig!)

Mit Buchhaltungsarbeiten allein kann und wird nichts gedient sein.

Es wäre also nach unserer Auffassung doch wohl besser gewesen, die Staatsregierung hätte sich wenigstens an der einen oder anderen Stelle zu einer sachlichen Diskussion herbeigelassen und uns und dem Volke erklärt, wie sie sich zu den Ausführungen des Rechnungshofs stellt.

Es ist ja auch nicht so, als wenn diese Dinge in der Luft hängen würden, als wenn es an den **gesetzlichen Grundlagen** für die Arbeit des Rechnungshofs und für unsere Kritik fehlen würde. Der Gesetzgeber hat genau gewußt, daß er das

Vertrauen zum Staat — und darum geht es letzten Endes und aus der Sorge um dieses Vertrauen haben wir die Interpellation eingebracht — auch durch eine entsprechende Gesetzgebungsarbeit sichern mußte. So bestehen als Wegweiser in der Frage der Würdigung der Etats, der Rechnungslegung und des Rechnungsabschlusses der einzelnen Rechnungsjahre nicht nur die Verfassung und das Rechnungshofgesetz, sondern vor allem zwei weitere Gesetze mit ganz bestimmten Anordnungen, die, wie wir in dem Bericht des Obersten Rechnungshofs lesen können, an einer Reihe von Stellen vernachlässigt, wenn nicht absichtlich verabsäumt wurden. Es handelt sich zunächst um die **Reichshaushaltsordnung** und zum zweiten um die **Reichswirtschaftsbestimmungen**. Wenn die letzteren gewisse praktisch-juristische Vorschriften geben, in § 69 vor allem Vorschriften, wie die Kritik an der Rechnungsführung zu üben ist, und wenn sie gefordert haben, daß die einem Minister unmittelbar nachgeordneten Behörden diesem nach Ablauf jedes Rechnungsjahres auf Anforderung zu einem von ihm bestimmten Zeitpunkt und nach den von ihm hierüber getroffenen näheren Bestimmungen das Ergebnis der Wirtschaftsführung innerhalb ihres Geschäftsbereichs in dem abgelaufenen Rechnungsjahr auf Grund des Titelbuchs als Unterlagen für einen Beitrag zur Haushaltsrechnung anzuzeigen haben, wenn sie weiter vor allem in § 71 Absatz 3 bestimmen, daß dem Minister der Finanzen von den Behörden eine Erklärung zu übersenden ist, daß in dem abgelaufenen Rechnungsjahr keine weiteren Einzahlungen, als nachgewiesen, angenommen worden sind, so haben die Gesetzgeber ganz genau gewußt, was sie damit gewollt haben. Es ist peinlich, daß der Bericht des Obersten Rechnungshofs in seiner Einleitung damit beginnen muß, daß zum mindesten für die Haushaltsrechnung des Jahres 1950 diese Vorschriften nicht beachtet wurden, weil gegen ihre Beachtung bestimmte Hindernisse sprachen.

Es kann sich bei dieser Interpellation natürlich nicht nur darum handeln, in die Vergangenheit zu sehen, sondern sie kann nur einen Erfolg und einen Nutzen haben, wenn uns die Regierung sagen kann und wir im Laufe der Diskussion herausarbeiten können, was in der Zukunft geschehen soll. Ich glaube, das wird der erste Punkt sein, über den wir uns klar werden müssen. Denn wir müssen zunächst einmal die sachlichen und formalen Grundlagen einer Rechnungslegung und einer Nachprüfung dieser Rechnungslegung haben. Dann können wir uns überlegen, wie diese Rechnungslegung in Zukunft geschehen soll, was im einzelnen vermieden oder geändert werden muß.

Wenn diese beiden Vorschriften nicht beachtet werden, werden die Vorschriften der Reichshaushaltsordnung schon etwas illusorisch. Dann entstehen jene Risse und Lücken, die zu einer Wirtschaftsgemarung des Staates führen, die in der Presse und in Diskussionen des Landtags immer wieder eine ungute Kritik hervorgerufen hat. Wenn es endlich so weit geht, wie Ihnen der Bericht des Obersten Rechnungshofs zeigt, daß — sei es aus Unfähigkeit, sei es aus bösem Willen —

(Bezold [FDP])

schwere Verstöße gegen die Paragraphen der Reichshaushaltsordnung vorgekommen sind, und wenn es so weit geht, daß diese Verstöße eine Verwirrung oder sogar eine Fälschung in dem Zahlenmaterial der Haushaltsrechnung zur Folge haben, die durchaus nicht so gering ist, wie sie vielleicht dem einen oder dem anderen erscheinen mag, dann ist, glaube ich, die Stunde gekommen, sich darüber zu unterhalten, was geschehen kann, damit solche Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden.

§ 33 der Reichshaushaltsordnung, einer der wichtigsten Paragraphen, die sie enthält, bestimmt, daß Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben einschließlich der Mehrausgaben aus übertragbaren Mitteln, desgleichen Maßnahmen, durch welche dem Staat Verbindlichkeiten entstehen könnten, für die Mittel im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, der vorherigen Genehmigung des Ministers der Finanzen bedürfen, daß diese Genehmigung nur ausnahmsweise im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden darf und daß immer dann, wenn über- und außerplanmäßige Ausgaben im Betrag von 10 000 Mark und darüber geleistet worden sind, diese Überschreitungen dem Landtag vierteljährlich mitzuteilen sind. Ich glaube, über die Wichtigkeit und die Bedeutung dieser Vorschrift braucht nicht besonders gesprochen zu werden.

Ich möchte aber meine Ausführungen im einzelnen mit dem Hinweis beginnen, daß der Oberste Rechnungshof seinem Bericht eine eigene Anlage anhängen mußte, um Platz für die Tatsachen zu finden, die eine Überschreitung der genannten Vorschrift bedeuten. Im Rechnungsjahr 1950 sind **Vorgriffe im Sinne des § 33** vielfach ohne die Zustimmung des Finanzministers gemacht worden, zum mindesten ist in vielen Fällen die Zustimmung nicht in voller Höhe eingeholt worden. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, daß natürlich mittelbar das Recht des Landtags, auf die Haushaltsgebarung einzuwirken, außerordentlich geschmälert wird, wenn die unteren Verwaltungsbehörden es schon unterlassen, den gesetzlich notwendigen Gleichklang zwischen ihnen und ihrem Ministerium herzustellen. Erst recht, wenn sie es unterlassen, ihrem Ministerium von den Tatsachen zu berichten, für die nach dem Gesetz die Notwendigkeit der Zustimmung besteht.

Weiter ist es nach den Behauptungen dieses Berichts vorgekommen, daß das Staatsministerium der Finanzen verschiedentlich seine Zustimmung erst nachträglich, nach Ablauf des Rechnungsjahrs erteilt hat, obwohl nach dem § 33, den ich Ihnen vorgelesen habe, die Erteilung von nachträglichen Zustimmungen überhaupt ausgeschlossen ist.

Meine Damen und Herren, man könnte darüber hinwegsehen, wenn das der einzige grundlegende Fehler des Verhaltens der Verwaltung im Jahre 1950 gewesen wäre. Es ist aber nicht nur das, sondern es sind **eine Reihe überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben**, das heißt Ausgaben, die bei richtiger Buchung voll oder zum Teil als über- oder außerplanmäßige Ausgaben nachzu-

weisen gewesen wären, **nicht richtig gebucht** wurden. Auch hier hat sich der Oberste Rechnungshof veranlaßt gesehen, zu seinem Bericht eine eigene Anlage, nämlich die Anlage 2 zu bilden, um diese Fehler im einzelnen nachzuweisen. Und wenn zu diesen Unterlassungen noch der Fehler der **Titelverwechslungen** dazukommt, dann kommen Summen heraus, wie sie der Oberste Rechnungshof nachgewiesen hat; denn es ist immerhin eine ganz schöne Summe, wenn er nachweist, daß — verteilt auf die einzelnen Ressorts — ein Betrag von 734 684 DM vorhanden ist, der in Titelverwechslungen enthalten ist.

Vielleicht sagt auch hier der eine oder der andere: Was bedeuten schon Titelverwechslungen? Ausgegeben mußten die Gelder offensichtlich auf jeden Fall werden, und es kann dem Landtag ganz gleich bleiben, ob einige 10 000 DM an dieser oder an jener Stelle als auszugebende Summe genannt waren. — Aber wenn Sie so argumentieren, dann kommen Sie damit ganz eindeutig in die Gefahr, die ein solches Verhalten in sich schließt, in die Gefahr nämlich, daß es dem Landtag dann nicht mehr möglich ist, sich zu den einzelnen Posten politisch und sachlich zu äußern und zu bestimmen, ob er den betreffenden Posten als auszugebende Summe genehmigen will oder nicht. Der Landtag wird dann in seinem Recht, allein über die Gelder des Landes zu verfügen und sie zu verteilen, unter Umständen dadurch geschmälert, daß Ausgaben unter falschen Titeln und an falscher Stelle in die Haushaltsrechnung eingestellt werden. Das kann weiter noch zur Folge haben, daß dadurch die Ergebnisse der Staatshaushaltsrechnungen in den begünstigten Ansätzen zu hoch und in den benachteiligten Ansätzen zu niedrig ausgewiesen werden, daß sich also dem Haushaltsausschuß und dem Landtag von der Finanzlage des Staates überhaupt ein falsches Bild darbietet. Dies wird dann so aussehen, als seien die Finanzen des Staates günstiger, als sie tatsächlich sind. Es kann nicht erstaunen, daß gerade auf einem Gebiet Titelverschiebungen und -verschreibungen und -verwechslungen vorhanden sind, auf dem Gebiet der Kraftfahrzeugbeschaffung wie auf dem der Haltung von Kraftfahrzeugen nämlich, das so sehr zu der Notwendigkeit der Sparsamkeit und zu der Steuernot unserer Zeit im Widerspruch steht.

Meine Damen und Herren, ich werde nachher Gelegenheit haben, noch kurz von der Tatsache zu sprechen, daß offensichtlich auch bei den Behörden des Staates eine Liebe zur Motorisierung und zur Benützung des Kraftfahrzeugs Platz greift, die in unserer Zeit einfach nicht zu rechtfertigen ist.

(Abg. Dr. Brücher: Sehr richtig!)

Ich möchte hier aber nur deswegen davon sprechen — die Dinge haben ja alle ihren Hintergrund —, um Ihnen zu zeigen, daß solche Titelverwechslungen offensichtlich nicht nur aus der Sphäre des Rechnerischen kommen, sondern daß sie sehr wohl mit der Sphäre eines **falschen, unrichtigen Gedankengangs der einzelnen Ressorts** verbunden sind, der sich vor dem Landtag abdecken will und den Landtag dann mit dieser Art der Sachbehandlung bedient.

(Bezold [FDP])

Damit komme ich zum Vierten und Schlimmsten, was im Staat überhaupt passieren kann, weil es die meisten Gefahren enthält und weil man hier von Verwechslung und von Versehen wirklich nicht mehr sprechen kann, sondern weil hier die ganz klare Absicht offenkundig wird, dem Landtag durch ein gefälschtes Bild der Finanzlage des Staates Sand in die Augen zu streuen. Ich meine das **Gebiet der schwarzen Fonds**.

(Abg. Dr. Brücher: Sehr richtig!)

In § 26 Absatz 2 der Reichshaushaltsordnung heißt es:

Der Minister der Finanzen soll den zur Auszahlung nicht sofort erforderlichen Kassenbestand der Hauptkasse so anlegen, daß ein Verlust ausgeschlossen erscheint und im Bedarfsfall jederzeit über den Betrag verfügt werden kann. Hiervon abgesehen ist die Anlegung von Mitteln bei Banken, bei Sparkassen oder sonstigen Geldanstalten nicht zulässig. Der Minister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen. Für die Haftung der Beamten, die dieser Vorschrift entgegenhandeln, gilt § 33 Absatz 3.

Nach dieser Vorschrift dürfte es schwarze Fonds nicht geben, also Geldrücklagen, die sich irgendeine Verwaltungsbehörde oder irgendein Ressort schafft, um sie dann benützen zu können, ohne an das Bewilligungsrecht des Landtags gebunden zu sein. Das ist genau dasselbe, wie wenn die Hausfrau Haushaltsgelder beiseitelegt, um ihrem Ehemann irgend etwas Nettes zum Geburtstag zu kaufen.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch in Ordnung!)

— Sehr richtig, nur mit dem Unterschied, Herr Kollege — ich habe gewußt, warum ich dieses Beispiel gebrauche —, daß das, was hier geschaffen wird, für den Staat durchaus nichts Nettes ist und daß der steuerzahlende Bürger seinem Staat gegenüber zumindest bis heute leider Gottes noch immer nicht das Gefühl hat, mit ihm in einer erträglichen, wohl abgeklärten Ehe zu leben, in der die Dinge letzten Endes doch gut ausgehen. Das ist der Unterschied. Abgesehen davon: Selbst wenn das alles der Fall wäre, bleibt der schwere Verstoß gegen das Gesetz und bleibt die Tatsache, daß die schwarzen Fonds nicht nur dieser Vorschrift widersprechen, sondern daß sie natürlich weiter — und das wird jedem klar — die große Gefahr in sich schließen, daß **Veruntreuungen** vorkommen können, ohne daß man sie überhaupt nachprüfen kann und ohne daß sie gegenüber dem Obersten Rechnungshof und damit dem Landtag in Erscheinung treten. Denn wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß ein Behördenleiter solche schwarzen Fonds anlegt, also bereits in einen Widerspruch zum Gesetz gerät, wodurch die entsprechenden Beamten unter Umständen sogar haftbar werden, so ist es nur natürlich, daß zu dem ersten Schweigen auch ein zweites Schweigen kommt, wenn dann von diesen Mitteln ein falscher Gebrauch gemacht wird, ja wenn unter Umständen durch Veruntreuung sogar bestimmte Summen von

diesen Mitteln verschwinden. Denn in dem Augenblick, in dem der verantwortliche Mann zur Staatsanwaltschaft gehen und dieses Verschwinden anzeigen würde, müßte er ja gestehen, daß er gesetzwidrig gehandelt hat und er wüßte, daß er unter Umständen haftbar gemacht wird. Er wird also wohl oder übel schweigen müssen und die eine Gesetzesverletzung wird dann unter Umständen Gesetzesverletzungen anderer Personen auf strafrechtlichem Gebiet abdecken. Sie wissen, daß einige Fälle von solchen Unterschlagungen vom Obersten Rechnungshof aufgedeckt worden sind. Es bleibt in solchen Fällen nichts weiter übrig, als daß sich der Landtag auf die Findigkeit und die Tüchtigkeit des Obersten Rechnungshofs verläßt, und daß dieser Oberste Rechnungshof durch außerordentlich schwierige, zeitraubende und teure Nachprüfungsarbeit vielleicht in dem einen oder anderen Falle auf das Vorhandensein eines schwarzen Fonds und unter Umständen sogar auf den Mißbrauch der Gelder dieses Fonds kommen kann.

Meine Damen und Herren! Wir sind uns alle darüber einig: Es ist das eine Art des Ablaufs, die das Vertrauen des Staatsbürgers zu seinem Staat, zu seiner Regierung und zu seinen Verwaltungsbehörden bestimmt nicht vergrößern wird. Abgesehen aber von diesen durch das Gesetz umrahmten eindeutigen Übertretungen ist es doch wohl so, daß der Oberste Rechnungshof mit Recht sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß es Aufgabe seines Berichtes ist, damit auch Aufgabe der Regierung und des Landtags, für die der Bericht erstellt wurde, sich zu überlegen, ob nicht an der einen oder anderen Stelle **Sparmaßnahmen** ergriffen werden könnten, die die Verwaltung des Staates angleicht an jene gesunde Verwaltung des einzelnen Wirtschaftenden und des einzelnen wirtschaftenden Betriebes, der nun einmal — ob er will oder nicht — von der Erkenntnis ausgehen muß: Ich kann und darf nicht mehr ausgeben als ich einnehme und als ich habe, sonst kommt der Gerichtsvollzieher und unter Umständen der Konkursrichter. Wir müssen in der Frage der Ausgabe der Staatsgelder uns von dem rein fiskalisch-kameralistischen Standpunkt in der heutigen Zeit freimachen, der Staat müsse das ausgeben, was notwendig ist und was er als notwendig erachtet; es sei Sache des Finanzministers und des steuerzahlenden Staatsbürgers, einfach die Gelder herzubringen, die nach dem Staatshaushalt ausgegeben werden müssen.

Ich komme hier zurück und beginne damit, als besonders in die Augen fallend und als auch im Bericht des Rechnungshofes an erster Stelle stehend, ob es nicht doch notwendig und annehmbar wäre, daß auf dem Gebiet der **Kraftfahrzeughaltung** Einsparungen und Rationierungen vorgenommen werden, die die außerordentlich große Summe des Kraftfahrzeugetats auf ein erträgliches Maß herabdrücken würden. Ich brauche nicht auf Einzelheiten eingehen, ich verweise Sie insoweit nur auf Ziffer 39 des Berichts des Obersten Rechnungshofs. Aber ich glaube, viele von Ihnen sind mit mir der Meinung, daß man sich doch überlegen müßte, ob eine Reihe von Fahrten nicht dadurch eingespart werden könnte, daß **öffentliche Ver-**

(Bezold [FDP])

kehrsmittel benutzt würden, ob es nicht möglich wäre, durch eine genaue Führung von Fahrtenbüchern zu vermeiden, daß hier immer wieder Fehlhandlungen erfolgen, die dann nachher zu Unzuträglichkeiten führen. Ja, es wäre zu überlegen, ob man nicht sogar so weit gehen könnte, was vor dem Krieg, vor dem ersten Krieg, vor allem für die Staatsregierung eine Selbstverständlichkeit war, nämlich durch Einrichtung öffentlicher Fahrbereitschaften und durch Zusammenlegung der Notwendigkeiten und Wünsche der einzelnen Ministerien die Wagen voll auszunutzen und damit zu erreichen, daß eine Reihe von Wagen unnötig wird. Ich glaube, die Stunde ist zu ernst, um hier boshaft zu werden, aber ich möchte eines bemerken: Die Debatten, die bisher über die Fragen der Kraftfahrzeughaltung im Landtag geführt wurden, hatten anscheinend nur zur Folge, daß in einer Reihe von Ressorts jetzt vom Mercedes zum noch teureren BMW übergegangen wurde. Das ist ein Tatsache, die den Staatsbürger draußen in vielen Fällen vom Erstaunen zu einem sehr ehrlichen und verständlichen Unwillen gebracht hat. Ich glaube, es muß betont werden, so klein sich diese Dinge zunächst ansehen, so ist doch mit ihnen das Geschick einer Staatsform verflochten, die noch eine sehr junge Staatsform ist und die, wie Sie wissen, von allen Seiten und mit allen Mitteln, auch mit dem Hinweis auf solche „luxuria“ bekämpft wird.

Meine Damen und Herren, es ist klar, daß die zweite Möglichkeit zu sparen, vom Obersten Rechnungshof dort gesehen wird, wo am meisten Gelder ausgegeben worden sind und wo sich immer wieder gezeigt hat, daß diese Gelder in einer Weise ausgegeben wurden, der der vernünftige rechnerische Verstand des Hausvaters, das Gefühl dafür nämlich, was man sich zu bestimmter Zeit und auf Grund einer bestimmten Wirtschaftslage leisten kann, in außerordentlichem Maße gefehlt hat: bei der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel für die **staatlichen Hochbauten**. Ich will auch hier nicht auf das einzelne eingehen. Es ist ja hier bereits so weit gekommen, daß der Landtag sich genötigt gesehen hat, in bestimmten Fällen einen eigenen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der nun zusammen mit dem Obersten Rechnungshof sich in stundenlangen Sitzungen bemüht, wenigstens einige Helle in eine Dunkelheit zu bringen, von der niemand weiß, wer sie erzeugt hat oder wer dafür verantwortlich ist. Aber ich möchte doch auf eines hinweisen, was auch für denjenigen, der nicht von vornweg alles überschauen kann, und auch für den, der für bestimmte großzügige Wünsche ein Herz hat, von Bedeutung ist. Es müßte beachtet werden, daß bestimmte **Luxusbedürfnisse**, wie zum Beispiel Einbauwannen, oder die Tatsache, daß in einem Haus mit vier Wohnungen die Etagenheizungen jeweils in den einzelnen Kellern stehen, anstatt eine einheitliche Dampfheizung zu schaffen, dann nicht mehr zu verantworten sind, wenn die Allgemeinheit diese Ausgaben bezahlen muß. Meine Damen und Herren, jeder von Ihnen, der derartige Wünsche hat, wird in seinen eigenen Säckel greifen und diese Überbedürfnisse selbst

bezahlen müssen. Jedem von Ihnen wird sein Hausherr erwidern: „Wenn Sie Luxus wünschen, machen Sie es ruhig, ich habe nichts dagegen, aber bezahlen Sie es auch.“ Es ist außerordentlich peinlich, daß ausgerechnet in der Staatsverwaltung derartigen Wünschen Rechnung getragen wurde, so daß dadurch der Mietpreis einer Wohnung, wenn er nach dem aufgewendeten Kapital berechnet würde, bei weitem, manchmal fast um das Doppelte

(Abg. Beier: Um ein Vielfaches!)

— oder um ein Vielfaches das übersteigen würde, was der Beamte, der die Wohnung bezahlt, leisten kann und leisten will.

Man müßte an der Stelle schon eines sagen — und ich, der ich einer alten Beamtenfamilie entstamme, glaube das Recht zu haben, das zu sagen —: Bis nach dem Kriege waren die deutschen und waren die bayerischen Beamten stolz auf ihre Sparsamkeit

(Beifall bei der BP — Dr. Korff: Sehr richtig!)

und stolz darauf, daß sie immer achtgegeben haben, daß auch nicht ein Pfennig im Staat zuviel ausgegeben wurde. Ich erinnere mich noch an die Zeit, in der ich Staatsanwalt war, und in der der Staatsrat Schmitt, wenn irgendwohin eine Reise zu machen war, sich hingesetzt und gerechnet hat, und wenn die Reise mit dem Auto um 20 Pfennig teurer war, als die Fahrt mit der Bahn, hat er seinen Herren erklärt: „Das tut mir sehr leid, das kann ich nicht verantworten, ich verwalte ja nicht meine Gelder, ich verwalte Staatsgelder; Sie müssen mit der Eisenbahn fahren, denn mit dem Auto ist es um 20 Pfennig teurer.“ Wir wissen, daß die Prüfung der Ausgaben heute gegenwartsnah sein soll, und ich glaube, dieser Vorschrift hat der Oberste Rechnungshof genügt. Niemand wird heute verlangen, daß man in derartige subtile Überlegungen eintritt, aber zwischen dieser Art der Geisteshaltung und zwischen dem, was Sie hier lesen, was zum Beispiel bei den Forstwillen und anderen Staatsbauten ausgegeben worden ist, besteht ein so himmelweiter Unterschied, daß einem Angst werden könnte und man sich fragen muß, wie man eigentlich in die heutige Auffassung hineingerutscht ist.

(Abg. Dr. Brücher: Sehr richtig!)

Es muß Mittel und Wege geben, und seien es auch Wege der Strenge, diese Auffassung wieder zu korrigieren und auf ein Maß zurückzuschrauben, das nicht nur dem Staat das Vertrauen seiner Steuerzahler, sondern auch dem Beamten das Vertrauen und die Achtung des Staatsbürgers wieder und in vermehrtem Maße einbringen wird.

Der Oberste Rechnungshof hat in seinem Bericht endlich an einer ganzen Reihe von Stellen auf **§ 33 Absatz 3 der Reichshaushaltsordnung** und auf die Möglichkeit, daß Beamte unter Umständen in **Haftung** genommen werden, hingewiesen. **§ 33 Absatz 3** lautet:

(Bezold [FDP])

Beamte oder Angestellte, die schuldhaft entgegen den Vorschriften des Absatzes 1 und 2 eine Maßnahme anordnen oder eine Zahlung anweisen, zu der das Reich nicht rechtlich verpflichtet ist, sind der Reichskasse zum Schadenersatz verpflichtet.

— Sie müssen das auf die Landesebene umstellen. —

Das gleiche gilt für Beamte oder Angestellte der Länder und sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften, soweit diese Haushaltsmittel des Reichs für Rechnung des Reichs bewirtschaften...

Wenn der Oberste Rechnungshof so weit gehen muß, daß er an einer Reihe von Stellen ausdrücklich auf diese Haftung hinweist, so sehen Sie, wie ernst die Dinge sind und wie weit es bereits gekommen ist.

Es ist natürlich vollständig überflüssig, wenn in Untersuchungsausschüssen des Landtags, nach langwierigen Untersuchungen des Obersten Rechnungshofs, nach endlosen Debatten des Haushaltsausschusses die Folge aller Bemühungen die ist, daß festgestellt wird, es sind irgendwelche Mißleitungen oder sogar Verfehlungen vorgekommen. Wenn sich die Regierung nicht zur letzten Konsequenz durchringt, zugunsten des Vertrauens, das sie beim Volk haben muß und das sie ebenso nötig hat wie ihre Volksvertretung, mit **aller Härte zuzugreifen** und auch die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, dann wird es immer ein Spiel mit Sand bleiben. Und die Gebilde, die mit Sand aufgerichtet sind, wird der nächste Sturm wegwehen und bei denjenigen, die es angeht, muß sich allmählich das Bewußtsein festigen: Es gibt zwar einen Sturm, es wird zwar viel geredet werden, aber auf meinen Lebensnerv wird es mir nicht gehen; denn das Schlimmste wird sich nicht ereignen. Auch aus dieser Tatsache heraus ist im Volk diesen Dingen gegenüber eine Verärgerung entstanden, die Sie nur dadurch korrigieren können, daß Sie dafür sorgen, daß unser steuerzahlendes Volk das Vertrauen haben kann, es wird genau so wie in der Wirtschaft dort, wo falsche oder sogar gesetzwidrige wirtschaftliche Dinge vorgekommen sind, eine Haftung und eine Verantwortung eintreten.

Bisher ist es ja immer noch so, daß zwischen der Haftung und den Verursachenden eine große Mauer liegt, die den Verursachenden vor der Haftung schützt: der Staat, seine Gelder und eine bestimmte laxer Behandlung der Dinge, wie man sie bisher geübt hat. Schon bei den **Titelverwechslungen** weist der Oberste Rechnungshof auf Seite 16 auf folgendes hin:

Der Oberste Rechnungshof wird sich künftig mehr als bisher die Weiterverfolgung jener Fälle in Richtung des bewußten Verstoßes besonders angelegen sein lassen, in denen beim beanspruchten Titel im Zeitpunkt der unrichtigen Buchung noch Mittel zur Ver-

fügung standen, während der Ansatz beim richtigen Titel hätte überschritten werden müssen. Es wird in solchen Fällen bei Vorliegen eines entsprechenden Verschuldens insbesondere auch auf die zivilrechtliche und strafrechtliche Inanspruchnahme des Verantwortlichen hinwirken.

Das gleiche kommt auf Seite 20 Nr. 34 — Erstattung von Fehlbeträgen —, wo der Oberste Rechnungshof ausführte: Beamte haben für nicht belegte Beträge zu haften, wenn sie Ausgaben gemacht haben, ohne diese Ausgaben durch die richtigen Belege beweisen zu können. Er weist weiter darauf hin bei der wahrheitswidrigen Bescheinigung über Lieferungen und Leistungen auf Seite 35 Nr. 74. Er weist endlich hin auf die Haftung des Intendanten — wir haben die Dinge ja hier schon besprochen — beim Residenztheater und bei der Oper dafür, daß teure Solokräfte auch entsprechend beschäftigt werden.

Ich will meine Zeit aber nicht damit ausfüllen und Sie nicht allzu lange damit aufhalten, daß ich jetzt — was man machen könnte — auf besonders gravierende Fehler der Ressorts eingehe. Vielleicht wird in der Diskussion der eine oder andere der Redner Gelegenheit haben, auf diese Fehler zu sprechen zu kommen und sie zu brandmarken.

Der Oberste Rechnungshof weist weiter hin auf die schuldhaft Verletzung der Amtspflichten des Dienststellenleiters durch Unterzeichnung von Verträgen auf Seite 58 Nr. 136. Er weist hin auf die Haftung bei der bayerischen Lagerversorgung auf Seite 76 Nr. 173 und endlich auf jenes so viel besprochene Dienstgebäude des Herrn Regierungspräsidenten in Augsburg, das so viel böses Blut gemacht hat und das durchaus in den Rahmen dessen paßt, was ich geschildert habe.

Wie gesagt, ich will mich nicht mit Einzelheiten aufhalten, weil uns ferne lag, als wir uns zu der Interpellation entschlossen haben, daraus etwa einen Wahlschlager zu machen oder irgendwie agitatorisch und marktschreierisch mit dieser Interpellation wirken zu wollen. Es war vielmehr die **erste Sorge für den Bestand und die Zukunft unseres Staates**, die die Oppositionsparteien veranlaßt hat, diese Interpellation einzubringen.

Ich bin mir sehr wohl bewußt, meine Herren von der Regierung, daß Sie, wenn Sie wollen, diese Interpellation sehr leicht beantworten können, indem Sie sagen: Bitte, das sind alles Dinge, die dem Landtag vorliegen werden und ihn angehen werden, und es ist Sache des Haushaltsausschusses und Sache des Landtags, die entsprechenden Korrekturen zu schaffen. Ich glaube aber, auch Sie werden der Auffassung sein, daß der Bericht des Obersten Rechnungshofs es notwendig gemacht hat, daß über die Grundlagen und über die verschiedenen Einzelheiten hier im Landtag diskutiert wird.

Meine Herren von der Regierung, wenn Sie mich fragen, **wie die Dinge abgestellt werden sollen** und wie ich mir eigentlich das Verhältnis der Ver-

(Bezold [FDP])

waltung, der einzelnen Ressorts zum Landtag und zu seinem Haushaltsausschuß vorstelle, dann darf ich mit einem schließen: Ich glaube, je ehrlicher die Zahlen sind, die dem Haushaltsausschuß des Landtags und dem Landtag vorgelegt werden, und je unangefochtener sie bleiben, desto besser ist es für die Demokratie, für unseren Staat und für unsere Regierung. Wahrscheinlich wäre es das Erstrebenswerteste, daß der Haushaltsausschuß an den Zahlen, die vorgelegt werden, und an dem Haushaltsplan überhaupt keine Einwendungen zu machen hätte, daß sie also so abgeglichen und so ehrlich wären, daß der Haushaltsausschuß zu den einzelnen Fragen nur ja oder nein zu sagen hätte. Meine Herren von der Regierung, ehrlich nicht in dem Sinne, daß durch geschickte Machenschaften und durch geschicktes Placieren der einzelnen Ausgabennotwendigkeiten etwa dem Ausschuß seine Arbeit erschwert wird. Jeder weiß ja, daß die Aufstellung eines Haushaltsplans eine Kunst ist, die sich unter Umständen für das einzelne Ressort in sehr fühlbarer Weise bezahlt macht. Aber ich glaube, sie darf niemals zu einem Kunststück werden, etwa so, daß so viele Vorhänge und Schleier vor die Tatsachen gezogen werden, daß sie das aufmerksamste Auge eines Parlamentariers nicht mehr durchdringen kann. Es kommt doch immer die Zeit, wo sich ergibt, daß nicht das geschehen ist, was auch durch die Aufstellung des Haushaltsplans wie durch alle Dinge, die die Regierung tut, geschehen müßte, nämlich daß ein **Vertrauensverhältnis zwischen der Regierung und der Volksvertretung** geschaffen wird. Ein Vertrauensverhältnis, wie es aber durch Fehler, wie dieser Bericht des Obersten Rechnungshofs sie aufzeigt, in keiner Weise gefördert wird.

(Lebhafter Beifall bei FDP und BP)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Zur Beantwortung der Interpellation erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister der Finanzen.

**Zietsch, Staatsminister:** Hohes Haus! Der Bericht des Obersten Rechnungshofs über die Durchführung der Rechnungsprüfung für das Rechnungsjahr 1950 ist der Staatsregierung im April 1953 zugegangen. Den Beanstandungen des Obersten Rechnungshofs hat die Regierung bereits in weitestem Umfang entsprochen. Die Einzelheiten sind in einer schriftlichen Stellungnahme zum Bericht des Obersten Rechnungshofs niedergelegt, die dem Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags am 20. Juni 1953 zugeleitet worden ist. Von den 151 darin behandelten Punkten sind 81 bereits vollkommen erledigt, 28 davon laut ausdrücklicher Anerkennung des Obersten Rechnungshofs bereits in seinem Prüfungsbericht. In 34 der unerledigten 70 Fälle geht die Verwaltung mit dem Obersten Rechnungshof einig und wird seinen Wünschen entsprechen, sobald die zur Zeit noch bestehenden Hindernisse beseitigt sind. In 36 Fällen bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Auffassung der Regierung und der des Obersten Rechnungshofs.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf ganz kurz eine Bemerkung über die **äußere Form der Sachbehandlung** machen. Nach § 21 Abs. 1 Satz 2 des Rechnungshofgesetzes von 1951 beschließt der Landtag auf Antrag des Staatsministeriums der Finanzen nach Anhörung des Senats auf Grund der Staatshaushaltsrechnung und des Berichtes des Obersten Rechnungshofs über die Entlastung der Staatsregierung. Das vorausgeschickt, darf ich nun zu den drei gestellten Fragen folgendes feststellen:

Zu **Frage 1**, die da lautet: Wann beabsichtigt die Staatsregierung, die erforderlichen Genehmigungen des Landtags herbeizuführen? Das Staatsministerium der Finanzen hat am 25. August 1952 unter Berücksichtigung des Artikels 80 der bayerischen Verfassung die Staatshaushaltsrechnung für das Jahr 1950 dem Landtag vorgelegt und bei dieser Vorlage gleichzeitig die Erteilung der Entlastung beantragt. Ich darf das Datum wiederholen: Am 25. August 1952 ist dieser Antrag auf Entlastung mit den entsprechenden Unterlagen dem Landtag zugegangen. Der Antrag auf Erteilung der Entlastung umfaßt wie die Entlastung selbst die Staatshaushaltsrechnung und die dazu aufgestellten Bemerkungen des Obersten Rechnungshofs als Ganzes.

Wenn im Bericht des Obersten Rechnungshofs an mehreren Stellen davon die Rede ist, daß zu bestimmten Maßnahmen der Staatsregierung noch die Genehmigung des Landtags einzuholen sei, so bedeutet dies lediglich, daß bei der Erteilung der Entlastung auch diese wirklichen oder vermeintlichen Verstöße gegen Bestimmungen des Haushaltsrechts gewürdigt werden müssen. Es bedeutet aber nicht, daß neben der Erteilung der Entlastung noch besondere Genehmigungen für einzelne Maßnahmen auszusprechen wären. Der vom Finanzministerium gestellte Antrag auf Erteilung der Entlastung beinhaltet demnach zugleich die unter Buchstabe a) der Interpellation geforderten Anträge.

Zu **Frage 2**, die da lautet: Wann beabsichtigt die Staatsregierung, die vom Obersten Rechnungshof geforderten Auskünfte zu erteilen? kann ich sagen, daß Sie aus der schriftlichen Stellungnahme gegenüber dem Herrn Landtagspräsidenten ersehen werden, daß eine Äußerung der Verwaltungen zu Anfragen oder Anregungen des Obersten Rechnungshofs nur da unterblieben ist, wo sie noch nicht möglich war. Es ist allerdings zu diesen Anfragen zuzugeben, daß in all den Fällen, in denen der Oberste Rechnungshof noch keine Stellungnahme bekommen hat, die Form eines Zwischenbescheids über den Stand der Angelegenheit hätte gewählt werden müssen, um zum mindesten den Obersten Rechnungshof vorläufig zu unterrichten, daß an den Dingen gearbeitet wird.

Zu **Frage 3**, die da lautet: Was hat die Staatsregierung getan, um in den gegebenen Fällen die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen? darf ich sagen: Die Staatsregierung wird verantwortliche Beamte und Angestellte zur Rechenschaft ziehen, sobald ihnen ein grobes Verschulden bei

(Zietsch, Staatsminister)

der Erfüllung ihrer Dienstpflichten einwandfrei nachgewiesen ist. Wie aus der schriftlichen Stellungnahme zu ersehen ist, ist auch bereits in einigen Fällen das Dienststrafverfahren eingeleitet worden. Ob in den übrigen noch offenen Fällen ein Anlaß zur Einleitung eines Dienststrafverfahrens besteht, läßt sich erst nach Abschluß der entsprechenden Verhandlungen sagen.

Hohes Haus! Aus Anlaß der Interpellation darf ich vielleicht noch einige **grundsätzliche Bemerkungen** anschließen. Wie ich bereits ausgeführt habe, bestehen in 36 Fällen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verwaltungen und dem Obersten Rechnungshof. Die Verwaltungen haben ihre abweichende Auffassung dem Obersten Rechnungshof bekanntgegeben, ohne daß es ihnen dadurch gelungen wäre, ihn zur Aufgabe seines Standpunktes zu bewegen. Diese Streitfragen zwischen der Verwaltung einerseits und dem Obersten Rechnungshof andererseits müssen daher vom Landtag entschieden werden, und zwar in dem Verfahren, das der Erteilung der Entlastung voranzugehen hat. Dabei wird die Staatsregierung Gelegenheit haben — und sie wird diese Gelegenheit wahrnehmen —, ihre vom Standpunkt des Obersten Rechnungshofs abweichende Meinung vorzutragen. Die Gründe für und wider werden im dafür zuständigen Ausschuß — es ist wohl der Staatshaushaltsausschuß — eine eingehende Aussprache notwendig machen, da ja der Haushaltsausschuß die Beschlußfassung des Plenums über die Erteilung der Entlastung vorzubereiten hat. Dort sind also die Einzelheiten zu besprechen, Herr Kollege Bezold als Begründer der Interpellation; denn die dabei zu entscheidenden Fragen sind viel zu weitläufig und zu schwierig, als daß sie sich im Rahmen einer Interpellation behandeln ließen. Ich darf es mir daher ersparen, im Augenblick auf solche Einzelheiten, die von Ihnen vorgebracht worden sind, einzugehen.

Meine Damen und Herren! Die Staatsregierung hat das ihre getan, um das **Verfahren zur Erteilung der Entlastung** in Gang zu setzen, indem sie, wie ich bereits sagte, durch den Staatsminister der Finanzen den Antrag nach Artikel 80 unserer Verfassung hat stellen lassen. Gegenstand dieses Verfahrens werden übrigens nicht nur die Haushaltsrechnung und die dazu aufgestellten Bemerkungen des Obersten Rechnungshofes für das Rechnungsjahr 1950, sondern auch die Vorlagen für die Rechnungsjahre 1946 bis 1949 sein müssen. Die diesbezüglichen Rechnungen für die Jahre 1946 bis 1949 sind mit dem Antrag auf Erteilung der Entlastung dem Hohen Hause einmal mit Schreiben vom 31. Juli 1951 und zum anderen Mal mit Schreiben vom 21. Januar 1952 zugegangen.

Ich darf am Schlusse noch feststellen, daß die Staatsregierung nicht im geringsten bestrebt ist, die gemachten Fehler zu decken; es war aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bezold als Begründer der Interpellation da und dort so etwas herauszuhören. Ich möchte ausdrücklich be-

tonen, daß es der Staatsregierung darauf ankommt, die Prüfungsarbeit des Rechnungshofs, die ja insbesondere der federführende Ressortminister, der Finanzminister, als eine ausgezeichnete Hilfe für die von ihm zu verantwortende Tätigkeit betrachtet, mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Ich glaube, damit dem Hohen Hause eine Antwort gegeben zu haben, die darlegt, daß von der Staatsregierung aus rechtzeitig und unverzüglich alles geschehen ist, um den Forderungen, die unsere Verfassung und unsere Gesetze stellen, zu entsprechen.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der CSU)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Ich frage das Hohe Haus, ob es im Anschluß an die von dem Herrn Staatsminister der Finanzen auf die Interpellation gegebene Antwort in eine Besprechung einzutreten wünscht?

**Bezold (FDP):** Ich beantrage, in eine Besprechung der Antwort einzutreten.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Es ist der Antrag gestellt, in eine Besprechung der Interpellation einzutreten. Ich frage: Wer unterstützt diesen Antrag? — Die Unterstützung genügt; es findet eine Besprechung statt.

Als erster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lippert gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

**Dr. Lippert (BP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kommentar des Herrn Kollegen Dr. Bezold als Interpellant war so erschöpfend, so ausführlich, daß ich mich nun kürzer fassen kann. Gemessen an dem, was der Oberste Rechnungshof sagen und wie vielen er seine Meinung beibringen mußte, darf man aber zugeben, daß dieser Bericht außerordentlich schonend abgefaßt worden ist. Er erschöpft sich in Anregungen, Beanstandungen und bringt selten ausgesprochene Vorwürfe. Er hat es sogar an einer sehr höflichen Geste nicht fehlen lassen, wie wir im Haushaltsausschuß bei der Beratung des Landwirtschaftsetats erfahren haben: Der Rechnungshof hat sich mit dem Hinweis, daß er die Beanstandungen zu veröffentlichen gedenke, an die Ministerien gewandt und ihnen einen Termin zur Abhilfe gesetzt. Die Ministerien hätten es also in der Hand gehabt, diese Veröffentlichung zum großen Teil zu vermeiden, wenn sie davon hätten Gebrauch machen wollen. Aber selbst zur Zeit der Beratung des Etats sind die ganz mißlichen Zustände noch nicht abgeändert gewesen und auf die Anfragen des Obersten Rechnungshofs waren auch noch keine Antworten eingegangen. Wenn es noch eines weiteren Beweises für die **Gleichgültigkeit** oder vielleicht sogar für den **schlechten Willen** bedurft hätte: hier war er gegeben! Welcher von den Gründen auch zutreffen mag — vielleicht auch beide — jeder fordert dringend die öffentliche Rechnungslegung heraus. Dies um so mehr, als ja auch der Staat umgekehrt von seinen Bürgern wahrheitsgetreue Auskunft über das Einkommen und Vermögen bei der Steuerveranlagung in An-

(Dr. Lippert [BP])

spruch nimmt. Der Staatsbürger aber betrachtet den Verwaltungsaufwand sehr kritisch und darüber hinaus auch mißtrauisch, wenn es an entsprechenden Veröffentlichungen fehlt. Für die Exekutive soll das Bewußtsein, daß es eine Öffentlichkeit gibt, nicht nur eine Mahnung, sondern auch ein Ansporn sein — was wir leider vermißt haben —, nicht auf diesen festgestellten schwachen Punkten einfach zu beharren. Dieses Hin- und Herfragen, diese Verzögerung der Antworten zeigt doch die Tendenz, von der vorgefaßten Meinung, die als falsch gerügt wird, nicht abweichen zu wollen.

Einzelne Ministerien sind trotz wiederholter Mahnung sogar bis heute noch nicht mit dem Material herausgerückt, das der Oberste Rechnungshof von ihnen angefordert hat. Gerade darin erblicken wir einen unhaltbaren Zustand, der wieder einmal bestätigt, daß die Exekutive zwar den Bestand des Obersten Rechnungshofes anerkennt, ihm aber doch im Stillen einen **verschleierte** **Widerstand** entgegenbringt. Die Verwaltung hätte es nach unseren Beobachtungen überhaupt lieber, daß sich alles gefälligst nach ihr richtet, und sie wünscht sich wahrscheinlich weniger Klarheit im Budget und in den Erläuterungen — daher auch die Titelverwechslungen —, das gibt ihr eine natürliche Überlegenheit, ein gewisses Übergewicht. Diese Geheimniskrämeri, dieses Alleinwissen macht sie besonders stark und beeindruckt den Nichteingeweihten. Je schwächer demnach der Oberste Rechnungshof, desto größer wird das Übergewicht der Exekutive und der Bürokratie und desto schwieriger auch die Kontrolle darüber, in welcher Weise die oft unter schweren Opfern aufgebrauchten Steuergelder verwendet worden sind. Deshalb legen wir diesen großen Wert darauf, daß die Volksvertretung, das heißt der jetzige Landtag die Verwaltungstätigkeit und die Wirkung des Rechnungshofes endlich einmal behandelt, nachdem man sich zweieinhalb Jahre lang mit dieser Frage nicht ernstlich befaßt hat. Wir dürfen nämlich nicht in den Fehler verfallen, die **gesetzlich festgelegten Aufgaben des Obersten Rechnungshofs** — Herr Kollege Bezold hat die einzelnen Bestimmungen ja zitiert — einzuengen oder durch Angriffe ungerechtfertigter Art den Rechnungshof unter Druck zu setzen, so wie wir es kürzlich erlebt haben. Der letztere Umstand hat schließlich auch zu dieser Interpellation geführt. Wir müssen den Obersten Rechnungshof vielmehr ermuntern und stützen, alle Möglichkeiten der Einsparung, soweit sie natürlich nicht den Verwaltungszweck nach § 3 des Gesetzes gefährden, auszuschöpfen. Teilweise ist das ja geschehen. Der Bericht, der uns vorliegt, zählt eine Reihe von Verstößen auf, nicht nur gegen die Reichshaushaltsordnung, sondern auch gegen die Einhaltung der Stellenpläne sowie geradezu krasse Fälle von schwarzen Fonds. So ist es zum Beispiel einfach untragbar, daß ein Landbauamt den nicht verbrauchten Betrag in Höhe von mehreren hunderttausend Mark am Ende des Geschäftsjahres in einer Sparkasse anlegt, nach Beginn des neuen Geschäftsjahres den

Betrag wieder abhebt und im Etat davon überhaupt nichts vermerkt wird.

Natürlich „dürfen“ in diesem Bericht auch **Mißbräuche mit den Dienstkraftwagen** nicht fehlen. Es tut mir fast leid, daß der Herr Kollege Bezold dieses von mir immer schon sehr bevorzugte Thema so ausgiebig behandelt hat. Die Anregung, da und dort Fahrbereitschaften einzurichten, die der Oberste Rechnungshof dankenswerterweise gegeben hat, soll in den meisten Fällen — mir ist überhaupt keiner bekannt — nicht befolgt worden sein. Ebenso ist den vielen Vorschlägen von Einsparungsmaßnahmen, die ich auf diesem Gebiet im Haushaltsausschuß schon gemacht habe, nicht Rechnung getragen worden. Im Gegenteil! Es ist aber erfreulich, daß der Oberste Rechnungshof daran erinnert, daß es bei uns auch noch eine Bundesbahn gibt.

Die **Chefdienststellen** werden als überbesetzt bezeichnet und die staatlichen **Hochbauten** wegen zu aufwendiger Bauweise ebenso beanstandet wie die viel zu geringen Mieteinnahmen aus diesen Dienstwohnungen. Die wiederholt gerügten **Forstvillen** mit 62 000 DM Gestehungskosten je Wohnungseinheit — vom Bauplatz abgesehen —, das Haus für den Regierungspräsidenten von Augsburg, das rund 180 000 DM verschlungen hat, berechtigen zu der Frage, wann die Exekutive endlich damit aufhört, sich ohne ernsthafte Untersuchung nur mit der Androhung von persönlicher Haftung zu begnügen, statt die Verantwortlichen eindeutig zur Rechenschaft zu ziehen. Ich darf auf Seite 20 des Berichts aufmerksam machen. Es heißt da ausdrücklich:

„Der Oberste Rechnungshof ist der Auffassung, daß das die staatswirtschaftlichen Interessen schädigende Verhalten vieler Behörden nur dann geändert werden kann, wenn die wiederholten Androhungen bezüglich der Haftung in allen Fällen schuldhafter Handlung verwirklicht werden. Er hat deshalb die Dienstaufsichtsbehörden aufgefordert, die Schuldfrage in den genannten Fällen nachzuprüfen und verantwortliche haftbar zu machen.“

Was ist denn geschehen? Gehört haben wir noch nichts. Lediglich heute hat der Herr Finanzminister angedeutet, daß solche Untersuchungen eingeleitet sind. Wann kommen sie zum Abschluß? Sie liegen schon jahrelang zurück!

(Abg. Dr. Brücher: Wann erfahren wir etwas davon?)

Ich nehme an, daß diese Interpellation dazu beiträgt, daß demnächst vom Ministerium dem Landtag mitgeteilt wird, was an **Untersuchungsergebnissen** tatsächlich herausgekommen ist. Bis jetzt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine gewisse Solidarität der Verwaltungen besteht, wenn es sich um die innere Abneigung gegenüber dem Obersten Rechnungshof handelt. Über das dürfen wir uns aber nicht hinwegtäuschen lassen. Die Beanstandungen müssen ernster genommen werden, als es bisher der Fall war. Sie dürfen nicht, wie wir es wiederholt im Haushaltsausschuß

(Dr. Lippert [BP])

erlebt haben, in gefälliger Weise verniedlicht oder, wozu der Herr Landwirtschaftsminister ein ganz besonderes Talent hat, recht gemütlich bagatellisiert werden.

(Abg. Kiene: Das Talent hat er! —  
Abg. Bezold: Ja, ja!)

— Richtig; ich habe gesagt, ein ganz besonderes Talent, die Prüfungsbeanstandungen des Obersten Rechnungshofs recht gemütlich zu bagatellisieren.

(Abg. Bezold: Da darf der Haushaltsausschuß nicht drauf hereinfallen!)

Andererseits — ich habe das im Haushaltsausschuß schon zitiert — sind die **Prüfungsberichte der Bundesregierung** als „ungeniert die Zeichen hochmütiger Gereiztheit tragend“ bezeichnet worden. Das hat sich zwar auf einen Prüfungsbericht der Bundesregierung bezogen, aber auch bei uns besteht in manchen Ministerien die Neigung, auf die Beanstandungen des Rechnungshofs in dieser Weise zu reagieren. Ich gebe zu, daß die Rechnungsprüfung, Beratung und Entlastung schneller ermöglicht werden sollten. In der langen Zeit, die verstreicht, bis wir zu den Rechnungsprüfungsberichten kommen, geht nämlich nicht nur das Interesse der Beteiligten, sondern auch das der Öffentlichkeit verloren und das Erinnerungsband wird immer dünner, zumal soundso viele bei der Prüfung nicht mehr da sind, die seinerzeit die Beratung erlebt haben. Dennoch dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, den Obersten Rechnungshof nur zur Rechenmaschine, zur technischen Hilfsapparatur, zum Anhängsel einer Verwaltung absinken zu lassen. Natürlich muß zunächst jede Kontrolle mit der rein rechnerischen Revision beginnen. Aber die Feststellung der zahlenmäßigen Richtigkeit, Vergleiche mit dem Haushalt und Vergleiche mit der Verfassung dürfen keinesfalls das Endziel der Arbeit des Obersten Rechnungshofs bilden. **Oberster Grundsatz** muß bleiben, nicht nur auf die Sparsamkeit, sondern auch **auf die Wirtschaftlichkeit hin zu prüfen**. Dieser Grundsatz findet in § 96 der Reichshaushaltsordnung seine Stütze. Gerade die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit stellt den Obersten Rechnungshof vor eine besonders schwierige Aufgabe, da dieser Begriff in der Verwaltung nicht so meßbar ist, wie in der Privatwirtschaft, wo er durch die Bilanz erforscht werden kann. Der Wirtschaftlichkeitsbegriff der Verwaltung beinhaltet zwar das gleiche, nämlich: mit den geringsten Mitteln den größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Es fehlen in der öffentlichen Verwaltung aber gewisse Anhaltspunkte für Gegenleistungen. Nehmen Sie das Beispiel der Gerichtskosten! Wir wissen nicht, ob wir für die Gerichtskosten ein gutes oder schlechtes Urteil bekommen, ob ein Prozeß lang dauert, oder kurzfristig erledigt werden kann. Im Staat ist nicht nur die Rentabilität maßgebend. Es muß ohne Rücksicht auf den Aufwand die Erfüllung öffentlicher Aufgaben beachtet werden. Daran gemessen erscheint es außerordentlich schwierig, geradezu als eine Kunst, das Richtige zu finden. Gerade wegen der Schwierigkeit dieser Auf-

gabe würde der Oberste Rechnungshof besondere Unterstützung verdienen.

Ich kann allerdings nicht damit zurückhalten, dem Obersten Rechnungshof bezüglich der Abfassung seines Berichtes einen — meines Erachtens psychologischen — Mißgriff vorzuhalten. Er lobt nämlich nicht, was er als gut befunden hat. Er teilt nur schwarze Punkte aus. Ich frage: warum nicht auch gelegentlich einmal weiße Punkte? Es sind zwar alle diese Begriffe — Ordnung, Sparsamkeit und Sauberkeit — im öffentlichen Dienst eine Selbstverständlichkeit. Ich darf aber die Bemerkung auf Seite 8 des Prüfungsberichts zitieren. Es heißt da unter Bezugnahme darauf, daß nur stichprobenweise Prüfungen vorgenommen werden können: „Behörden und Einrichtungen können deshalb aus dem Unterbleiben einer Beanstandung nicht den Schluß ziehen, daß ihre Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung in jeder Richtung einwandfrei war.“ Diese Bemerkung ist etwas zu hart und distanziert sich doch zu sehr. Damit werden diejenigen, die sich wirklich Mühe geben, nicht nur vor den Kopf gestoßen,

(Abg. Dr. Lenz: Sehr gut!)

sondern sie werden in die Ecke gestellt und ihre vorbildliche Arbeit überhaupt nicht gewürdigt. Ich glaube, das ist ein Fehler, der sich ohne große Kosten abstellen ließe. Ein kleines Lob zur rechten Zeit wirkt oft Wunder.

Andererseits haben wir beim Obersten Rechnungshof einen **erfreulichen Fortschritt** in der Auffassung seiner Aufgabe feststellen können. Er ist nämlich nicht mehr allein der negativ Prüfende, gleichsam der Kriminalist, der den kleinsten Fehlern nachschnüffelt, sondern er hat sich mit neuen Vorschlägen **positiv kritisch** eingestellt. Wir haben es zum Beispiel begrüßt, daß er Vergleiche mit dem Haushalt anderer Länder vorgenommen hat; uns erscheint das verdienstvoll und nicht als eine — wie der Herr Ministerpräsident im Haushaltsausschuß mit besorgter Miene ausführte — „gefährliche Sache“. Es war ja nur eine Anregung, nur ein Vergleich, der uns wohl zur Diskussion herausforderte, aber zu gar nichts verpflichtet, weil der Landtag souverän über seine eigenen Angelegenheiten entscheidet. Aber keinesfalls darf ein solches Beispiel, wie diese Studie über Hannover, dazu führen, daß der Rechnungshof durch Angriffe eines Ministers in die Verteidigung gedrängt wird. Gerade diese Tatsache zwingt uns zu der Frage, wie wir den Schutz des Rechnungshofs und eine wirkungsvolle Kontrolle gewährleisten. Meines Erachtens nur dadurch, daß diese Kontrolle nicht von einer unter- oder nachgeordneten Instanz ausgeübt wird, sondern nur von einer unabhängigen, die aus der übrigen Verwaltung ausgegliedert ist. Ich spreche dabei nicht von einer „vierten Gewalt“, glaube aber, der Rechnungshof müßte ebenbürtig zwischen Legislative und Exekutive stehen. Diese **Unabhängigkeit** schließt natürlich nicht eine sachliche Kritik aus. Aber in der von mir genannten Forderung liegt die Voraussetzung dafür, daß nicht nur die unteren, nicht nur die mittleren, sondern auch die höheren und staatsleitenden Instanzen

(Dr. Lippert [BP])

sorgfältigst geprüft werden. Es darf also **keine Begrenzung nach oben** bestehen; denn nichts ist so vollkommen, daß es darauf verzichten könnte, auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüft zu werden. Wir erleben es ja immer wieder, daß gerade bei den Sachkosten der Hebel angesetzt werden könnte, und es erscheint schon außerordentlich bedenklich, wenn etwa ein kostbarer Fußboden als Werkzeug verrechnet wird usw. Wir wissen schon: Es gibt sehr gute „Sachverständige“ in Haushaltsfragen, es gibt geradezu Haushaltsakrobaten, und denen muß eben auf die Finger gesehen werden. Diese öffentliche Berichterstattung darf niemanden ausnehmen von unten bis oben. Im Haushaltsausschuß habe ich mich so ausgedrückt, daß wir mit „Radfahrerberichten“, die nur den Kleinen beanstanden, nichts anfangen können.

(Abg. Dr. Strosche: Richtig!)

Wir müssen auch dafür eintreten, daß sich der Rechnungshof durch seine Berichte nicht gefährdet, das heißt, er muß mit Befugnissen ausgestattet sein, die es ihm erlauben, überall hineinzuleuchten, ohne deshalb um seine Existenz oder wenigstens um das Verbleiben seiner Beamten besorgt sein zu müssen. Das setzt allerdings umgekehrt beim Rechnungshof wieder ein **hohes Niveau an Wissen und Bildung** seiner Beamten voraus, die auch moralisch hochwertig sein und über ein gesundes Denken verfügen müssen.

Meine Damen und Herren! Bei der beobachteten geringen eigenen Prüfungsenergie der Exekutive wird der Ruf nach dem **Sparkommissar** aus den Reihen der Bevölkerung, verschiedener Organisationen usw. immer lauter. Ich habe seinerzeit bei der Beantwortung der Etatrede des Herrn Finanzministers im September 1951 selbst einen solchen verlangt, einen Sparkommissar, der bei einem kleinen Apparat mit großen Vollmachten ausgestattet sein müßte. Dazu möchte ich aber sagen: Solange es uns nicht gelingt, den Budgetkreislauf, also den Voranschlag, die Bewilligung und die Entlastung, zu beschleunigen, das heißt auf den kürzestmöglichen Weg zusammenzudrängen, scheint mir die Forderung nach dem Sparkommissar zu verblissen. Denn die wichtigste Aufgabe der Exekutive, die pünktliche Vorlage des Haushaltsplans, kann auch ein Sparkommissar von der Exekutive nicht erzwingen. Um so mehr vertreten wir deshalb die Auffassung, daß der Oberste Rechnungshof als eine Art Ersatzsparkommissar gestärkt werden muß. Mag es nun dem einen oder dem anderen Ministerium gefallen oder den da und dort vorhandenen Außenseitern bequem sein oder nicht; denn wir vertreten die Auffassung, daß der Rechnungshof die Gesundheit der Staatsfinanzen zu überwachen hat. Seine Aufgabe liegt auf einem hohen, materiell gar nicht meßbaren Niveau; sie gilt der Sauberkeit und Wirtschaftlichkeit der Staatsfinanzen. Daher verdient der Oberste Rechnungshof unsere volle Unterstützung, zumal er dazu berufen sein könnte, dem Staatsbürger ein wirkliches Verstehen des Staates zu ermöglichen.

(Beifall bei BP und FDP)

**Vizepräsident Dr. Fischbacher:** Als nächstem Redner erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Dr. Brücher.

**Dr. Brücher (FDP):** Hohes Haus, meine sehr verehrten Kollegen! Meine beiden Vorredner haben schon sehr viel Wesentliches zu unserer Interpellation gesagt, und ich möchte mich bemühen, nun noch einige andere Gesichtspunkte in die Diskussion zu werfen.

Bei den aus den Berichten des Obersten Rechnungshofs sich ergebenden Fragen, vor allem der Frage, inwieweit die gesetzlichen Bestimmungen in unserer Staatsführung und -verwaltung eingehalten worden sind; bei diesen sehr sachlichen Fragen, in deren letzte Einzelheiten ja nur sehr wenige von uns einen genauen Einblick und sie zu kritisieren die Möglichkeit haben, zumal sie ja nicht einmal von allen Beamten voll und ganz übersehen werden, bei all diesen Fragen handelt es sich doch im wesentlichen darum: Welches Ansehen genießt der Staat und die Verwaltung in einem demokratischen Zusammenleben der Menschen? Es ist ja die Stärke und der außerordentliche **Vorzug eines demokratischen Staates**, daß über solche Dinge, wie wir sie heute besprochen haben, gesprochen werden kann; denn ich glaube, daß in einer Diktatur derartige Vorkommnisse zwar vertausendfacht gegeben sind, doch ohne daß die Möglichkeit besteht und das Vertrauen vorhanden ist, darüber offen zu sprechen und den Bürgern zu sagen, wie die Verhältnisse liegen und was man tut, um sie zu verbessern. Ich möchte deshalb vor allem betonen, daß wir alle, die wir hier mit diesen Fragen zu tun haben, mit vollem Verantwortungsbewußtsein und auch ohne Ressentiments sprechen, wenn wir auf die vorhandenen Fehler und Schwächen aufmerksam machen. Es muß uns aber allen daran liegen, hier Ordnung zu schaffen und zu vermeiden, daß in Zukunft ähnliche Vorkommnisse, wie sie in dem Bericht des Obersten Rechnungshofs zu Dutzenden aufgezeigt werden, wieder vorkommen können.

Meine verehrten Damen und Herren! Es sind eigentlich seltene Gelegenheiten, wenn wir einmal einen so tiefen Blick in den Zustand unserer Verwaltung tun können wie auf Grund eines solchen Berichtes. Als ich ihn durchgesehen hatte, kam es mir vor, als hätte ich einen **Blick hinter den „Papiereen Vorhang“ der Bürokratie** getan, der sich aber schnell wieder schloß, ohne daß die Staatsregierung freiwillig irgend etwas hätte verlauten lassen, was denn nun eigentlich geschehen ist, um diese Beanstandungen abzustellen. Deshalb haben wir ja auch unsere Interpellation eingebracht, weil uns außerordentlich viel daran lag, nun einmal zu erfahren, wie die Regierung über diese Vorfälle denkt, vor allem, was sie getan hat, um diese Dinge in Zukunft mit größter Entschiedenheit abzustellen. Der Herr Finanzminister hat uns ja aus seinem Exposé einiges vorgelesen. Das hat uns, wie ich gestehen muß, in keiner Weise genügt; denn gerade bezüglich der **Frage der Verantwortlichkeiten** hätte es uns doch außerordentlich interessiert, ob man vielleicht doch energischer als bisher etwas tut, um die für diese Vorfälle Verantwortlichen

(Dr. Brücher [FDP])

endlich ausfindig zu machen, zur Rechenschaft zu ziehen und ein Exempel zu statuieren, ohne das sich offensichtlich nichts ändern wird. Wir haben beim Residenztheater, bei den Forstwillen, beim Haus des Regierungspräsidenten, bei den Landratsämtern, bei den Filmkrediten immer wieder erleben müssen, daß, wenn wir als Abgeordnete nach der Bestrafung der Schuldigen fragten und diese verlangten, die Schuldigen nicht zu finden waren, und so scheint es auch in diesem Fall wieder zu sein. Wenn zum Beispiel in dem Bericht von Stellenüberschreitungen, von Titelverwechslungen, von schwarzen Fonds und all diesen Dingen gesprochen wird, dann ist in dem Bericht des Obersten Rechnungshofs zugleich immer vermerkt, daß die Verantwortlichen bisher nicht gefunden werden konnten. Ich glaube aber, das ist ja doch die **Kernfrage des ganzen Problems**. Wenn man mit Rationalisierungsfachleuten spricht, so hört man immer, gleich ob es sich nun um eine Stadtverwaltung oder um die Verwaltung des Staates handelt, daß sich die Zustände nicht eher ändern werden, als bis einmal tatsächlich die Verantwortlichen festgestellt sind und jeder weiß, daß er, wenn er in seinem Arbeitsbereich nicht mit der nötigen Sparsamkeit arbeitet, genau so strenge Maßnahmen und Bestrafungen zu erwarten hat wie bei allen anderen Pflichtwidrigkeiten. Hier darf es kein Beschönigen und kein Vertuschen geben, hier muß man vielmehr rücksichtslos vorgehen gegen jeden, der schuldig befunden wird. Ich bin selbst als ehrenamtliche Stadträtin bei einer Stadtverwaltung tätig und sehe dort seit Jahr und Tag genau dasselbe unlösbare Problem.

In diesem Bericht des Obersten Rechnungshofs geht es in erster Linie um die Rechnungsprüfung und noch nicht einmal so sehr um die **betriebswirtschaftliche Seite unserer Verwaltung**. Wenn man hier erst einmal tiefer in die Dinge eindringen würde, würde man wohl seine blauen Wunder erleben, welche rein betriebswirtschaftlichen Beanstandungen bei unseren Verwaltungen zu erheben sind. Es wäre daher zu wünschen, daß die Arbeit des Obersten Rechnungshofs durch die eines Sparkommissars ergänzt wird, weil es für den Obersten Rechnungshof einfach unmöglich ist, bei der Prüfung der Frage der optimalen Arbeit bei möglichst sparsamer Verwaltung genau so vorzügliche Arbeit zu leisten wie bei seinen eigentlichen Rechnungsprüfungsaufgaben. Ich glaube, wenn der Wunsch der FDP, der ja schon in mehreren Anträgen zum Ausdruck gekommen ist, es sollten **Sparkommissare** eingesetzt werden — worin wir mit der Bayernpartei vollkommen übereinstimmen —, unabhängige Sparkommissare mit reichen Kompetenzen, um die betriebswirtschaftliche Seite unserer Verwaltungen unter die Lupe zu nehmen, erfüllt würde, würden wir manches blaue Wunder erleben, welche Umständlichkeit in unserer Verwaltung herrscht, wieviel völlig unrationelle Arbeit dort geleistet wird.

Es ist im „Handelsblatt“ im Mai dieses Jahres ein hochinteressanter Artikel von einem **Fachmann auf dem Gebiet der Rationalisierung** erschienen,

der seinerzeit die Reichsbahn rationalisiert hat und auch verschiedene Großstädte, der auch eine Zeitlang versucht hat, die Verwaltung der Stadt München zu reformieren. Unter der Überschrift „Verwaltungen dem Fortschritt wenig zugetan“ schreibt **Dr. Couvé** klar und deutlich, was das Grundübel, die Misere unserer ganzen Bürokratie ist. Ich würde nur wünschen, daß man sich des Rates dieser Leute bedient, die sowohl ihre Erfahrungen in der freien Wirtschaft gewonnen haben, aber auch die sicher etwas anders gearteten Verhältnisse in der Verwaltung kennen. Ich glaube, das, was wir uns an mangelnder Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung leisten, würde sich die freie Wirtschaft nie und nimmer leisten können.

Wenn man den Bericht des Obersten Rechnungshofs durchliest, ist man — mir ist es jedenfalls so ergangen — außerordentlich deprimiert. Was hätte man mit all den Geldern machen können, wieviel hätte man auf all den Gebieten helfen können, bei denen es immer heißt, wir haben kein Geld, wenn man rechtzeitig auf diese Dinge aufmerksam gemacht worden wäre! Wenn wir zum Beispiel hören, daß es an unseren Staatstheatern immer wieder vorkommt, daß Schauspieler jahrelang bezahlt werden, überhaupt nicht oder nur sehr wenig auftreten, wenn wir hören, daß für Sonderaufführungen pro Abend über 1000 DM ausgegeben werden

(Abg. Bezold: Für die Pfingstorgel! Das haben die Gerüche gekostet!)

— ja, bei der Pfingstorgel —, und auf der anderen Seite wissen, daß man den Volontärärzten nicht einmal zu einer dürftigen Existenz verhelfen kann, daß wir nicht in der Lage sind, unseren Junglehrern und unserem jungen Beamtennachwuchs für die erste Zeit zu helfen — — —

(Abg. Strobl: Im Haushaltsausschuß reden Sie anders, da fordern Sie Zuschüsse!)

— Bei den Theatern habe ich noch nie Zuschüsse gefordert, vor allem nicht bei unseren Staatstheatern, Herr Kollege, da kennen Sie mich ganz falsch. Ich verlange Zuschüsse für alle Aufgaben der Schule und der Jugendfürsorge, für unseren Nachwuchs und trachte, dafür durch Sparsamkeit an anderen Stellen die Mittel freizubekommen. Wenn wir in Zukunft bei der stereotypen Auskunft, wir haben kein Geld, um zum Beispiel die nichtstaatlichen Schulen zu retten, wir haben kein Geld, um den Studienreferendaren 10 DM monatlich mehr zu geben, schauen würden, wie wir bei unseren Verwaltungen sparen können, und auf diese Weise auch nur zwei, drei oder vier Prozent einsparen, kämen wir ein gutes Stück weiter und könnten viele der Aufgaben, die wir heute vernachlässigen, im Interesse der Allgemeinheit und der Demokratie besser berücksichtigen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Als nächster Redner erhält das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer.

**Dr. Lacherbauer (BP):** Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat recht, wenn er erklärt, die Rechnungen seien vorgelegt worden. Er hat auch recht, wenn er erklärt, es sind Entlastungsanträge gestellt worden. Der Haushaltsausschuß hat aber bisher noch nicht Gelegenheit gehabt, zu dieser Vorlage Stellung zu nehmen, weil er zunächst einmal die laufenden Etats beraten mußte und dabei bemüht war, diese auf das Laufende zu bringen, das heißt sie zu verabschieden, bevor das Rechnungsjahr beginnt. Insoweit ist meiner Auffassung nach die Interpellation gegenstandslos.

Ich darf aber auf folgendes verweisen. Die heutige Besprechung der Interpellation kann kein Ersatz sein für die sogenannte Rechnungsprüfung. Es wäre daher völlig danebengegriffen, wenn ich die vielen Beanstandungen, die in dem Bericht vermerkt sind, zum Gegenstand meiner heutigen Ausführungen machen wollte. Ich möchte nur **einiges Grundsätzliche** ausführen. Die Interpellation hat zum mindesten gezeigt, wie notwendig und wichtig die Rechnungsprüfung ist. Man erfährt, wenn man durch die Parlamente hindurchsieht, immer wieder, daß man dort den Blick in die Zukunft richtet, man findet aber nur wenige Abgeordnete, die sich wirklich die Mühe nehmen, solche Prüfungsberichte zu studieren und daraus die parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen. Ich weiß bestimmt, wenn es nicht so gekommen wäre, würde man die Ausführungen, die ich jetzt machen möchte, nicht verstanden haben.

Welche Mittel hat denn das bayerische Parlament, um gegen derartige Unregelmäßigkeiten — wenn Sie wollen, können Sie auch ein milderer Wort verwenden — vorzugehen? Ich will zur Zeit noch keine Kritik üben, weil die Dinge von mir noch nicht geprüft sind und der Haushaltsausschuß auch noch keine Gelegenheit gehabt hat, sie zu erörtern. Was kann das Parlament denn bestenfalls tun? Es kann Kritik üben, und damit ist seine Macht erschöpft. Das ist, meine Damen und Herren, viel zu wenig. Wenn ein Parlament nicht selbst die Konsequenzen ziehen kann, die zu ziehen es für notwendig erachtet, ist es darauf angewiesen, an die Exekutive die Bitte zu richten, ihrerseits **disziplinäre oder kriminelle Konsequenzen** zu ziehen oder ziehen zu lassen. Ich darf darauf verweisen, daß in anderen Demokratien die Möglichkeit vorgesehen ist, daß das Parlament selbst solche zur Rechenschaft zieht, die das Gesetz verletzen; darunter ist auch die Verletzung des Haushaltsgesetzes zu verstehen, also etwa die Abweichung von Titeln oder die Überziehung von Titeln ohne die auch in der Haushaltsordnung vorgesehenen besonderen Genehmigungen. Solange das Parlament eine solche Möglichkeit nicht besitzt, wird es auf den guten Willen derjenigen angewiesen sein, die das Parlament bestellt hat.

(Abg. Bezold: Lex imperfecta!)

— Das ist nicht nur eine lex imperfecta, sondern praktisch eine **Unterordnung des Parlaments unter die Exekutive**.

(Zuruf des Abg. Strobl)

— Mit der Entlastung allein, Herr Kollege, ist ja nichts getan.

(Abg. Strobl: Verweigerung der Entlastung!)

— Welche Konsequenzen ziehen Sie dann aus der Verweigerung der Entlastung? Sind Sie in der Lage, irgendwelche rechtlichen Konsequenzen zu ziehen? Ich werde Ihnen sagen, was Sie tun können. Sie können bestenfalls den Antrag stellen, einem einzelnen Minister oder der Regierung das Mißtrauen auszusprechen. Welche Bedeutung dieses politische Instrument besitzt, wissen wir.

(Abg. Dr. Brücher: Nach drei Jahren!)

Wenn die Geltendmachung.

(Abg. Donsberger: Ministerhaftung!)

— ich komme gleich darauf zurück — von Rechtsansprüchen von einer Mehrheit abhängt, dann ist es um das Recht sehr schlecht bestellt. Und jetzt komme ich zur **Anklage vor dem Verfassungsgerichtshof** — was benötigen Sie denn dazu? Dazu benötigen Sie eine qualifizierte Mehrheit dieses Hauses!

(Abg. Bezold: Die kriegen Sie einmal!)

Wir wollen uns doch darüber im klaren sein, daß das nicht nur eine Rechts-, sondern eine politische Frage ist. Ich darf Ihnen eines sagen. Ich rechne es mir zum Verdienst an, daß ich in dem Gesetz den bayerischen Verfassungsgerichtshof sogenannte Minoritätenrechte mit eingeführt habe, daß also insbesondere Rechtsansprüche unabhängig von einer Majorität auch dann geltend gemacht werden können, wenn es eine einigermaßen tragbare Minorität verlangt; ob das 10 oder 20 Prozent sind, darüber läßt sich streiten.

Nach meiner Meinung ist es der Sinn der heutigen Debatte, sich einmal diese Frage vorzulegen: Kann denn das Parlament seinen Willen gegebenenfalls selbständig durchsetzen? Ich weiß, daß ich damit zutiefst in das **Verfassungsrecht** hineingreife. Ich weiß aber auch, daß sich andere Parlamente diese Befugnis vorbehalten haben. Ich spreche jetzt nicht von den ältesten Parlamenten. Sie wissen, daß zum Beispiel in England das Parlament zugleich das oberste Gericht ist. Dort sind die Funktionen zusammengefaßt. Die sogenannte Gewaltenteilung darf auch nur cum grano salis betrieben werden. Aber eines darf sich das Parlament nicht nehmen lassen, nämlich die Macht, seinen Willen gegebenenfalls auch gegen die Exekutive durchzusetzen.

Eines der wichtigsten Instrumente, deren sich das Parlament bei der Aufklärung im Vollzug des Haushalts zu bedienen hat, ist der **Oberste Rechnungshof**. Wenn Sie einmal das Standardwerk von Heinik über die Rechnungsprüfung und über den Etat studieren, werden Sie sehen, daß sich sämtliche Parlamente der Welt über dieses Kernproblem die Köpfe zerbrechen. In den Vereinigten Staaten ist zur Zeit immer noch die sogenannte Hoover-Enquete anhängig, die sich darum bemüht, eine sinnvolle Rechnungsprüfung auf die Beine zu stellen. Ich habe meine Anwesenheit in Amerika

(Dr. Lacherbauer [BP])

benützt, gerade dieses Problem zu studieren. Denn es ist nach meinem Dafürhalten mit das Alpha und das Omega der Demokratie.

(Abg. Bezold und Abg. Dr. Eberhardt:  
Sehr richtig!)

Der Rechnungshof ist überall, ob er Cour de Contes heißt oder wie auch immer, unabhängig, insbesondere von der Exekutive zu gestalten. Ich werde Ihnen einen der **Grundfehler unseres Rechnungshofgesetzes** nennen: Der Präsident des Obersten Rechnungshofs wird von der Exekutive allein ernannt. Ich brauche mich nicht näher auszudrücken; ich glaube, unter verständigen Leuten verstanden zu sein. Ich spreche dem gegenwärtigen Präsidenten des Rechnungshofs meine Hochachtung aus, daß er den Mut besitzt, unabhängig von allen anderen zu sagen, was zu sagen ist.

(Allgemeiner Beifall)

Wir müssen ihm dafür dankbar sein. Ich will noch etwas sagen, was ich bisher in der Öffentlichkeit noch nicht ausgesprochen habe. Als er sein Amt antrat, hatte ich mit ihm eine zweistündige Besprechung, um zu erfahren, wie er seine Aufgabe auffaßt. Ich war befriedigt und beruhigt, daß ein Mann an dieser Stelle sitzt, zu dem wir als Parlament das höchste Vertrauen haben können.

Ich bin also nicht etwa der Meinung, daß es aus Wollust am Bekritteln oder vielleicht sogar noch aus mehr geschieht, wenn der Rechnungshof seine Berichte in dieser Form, wie er sie verfaßt, uns vorlegt. Wir wissen selbstverständlich — das hat der Herr Kollege Lippert vollkommen klar zum Ausdruck gebracht —, daß bei den Millionen Einzelanweisungen, die im Staat erforderlich sind, um den Staatshaushalt von fast drei Milliarden zu vollziehen, im Grunde genommen die Beanstandungen relativ sehr gering sind. Es ist nicht Aufgabe des Rechnungshofs, im übrigen den Exekutivbehörden ein Lob auszusprechen. Das wird nach Durchführung der Rechnungsprüfung unsere Aufgabe sein. Darum darf man auch nicht übertreiben. Ich sehe die **Aufgabe des Rechnungshofs** vor allem darin — und dazu ist er kraft des Rechnungshofgesetzes berufen, weil er die Übersicht über die Gesamtverwaltung hat, ähnlich wie in der Privatwirtschaft beim sogenannten externen Betriebsvergleich — den einzelnen Behörden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und Erfahrungen, die da oder dort gemacht werden, anderen zugute kommen zu lassen.

Mir — ich möchte mich in dieses Problem nicht weiter vertiefen — kam es darauf an, aufzuzeigen: Wie steht das Parlament zum Rechnungshof? Welche Mittel hat das Parlament, um gegebenenfalls seinen Willen durchzusetzen, und nicht bloß zu bekritteln, was bekrittelnswürdig ist? Darum ist für mich die heutige Interpellation nur ein Auftakt. Die erste Aufgabe des Haushaltsausschusses — es war immer mein Bemühen und ich habe mir in der Zwischenzeit schon einen Plan zurecht gelegt, wie wir die Rechnungsprüfung durchführen werden — wird es sein, wenn er diesen Haushalt

verabschiedet hat, sich mit der Rechnungsprüfung zu befassen.

(Beifall bei BP und FDP)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Ich erteile weiter das Wort dem Herrn Abgeordneten Eberhard.

**Eberhard (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu der Interpellation der Fraktionen der FDP und der Bayernpartei habe ich **namens der Koalitionsparteien** folgende Erklärung abzugeben:

Die Koalitionsparteien anerkennen das Recht der Opposition, auf die in der Interpellation erhobenen Angelegenheiten hinzuweisen und insbesondere die Beanstandungen des Obersten Rechnungshofs näher zu untersuchen. Auch die Koalitionsparteien sind der Auffassung, daß Artikel 80 der bayerischen Verfassung, wonach der Staatsminister der Finanzen über die Verwendung aller Staatseinnahmen im folgenden Rechnungsjahr zur Entlastung der Staatsregierung dem Landtag Rechnung zu legen hat, von außerordentlicher Bedeutung ist und der Volksvertretung eine hohe Verantwortung auferlegt. Wir sind auch der Auffassung, daß das oberste Recht der Volksvertretung, nämlich den Haushaltsplan durch Gesetz festzustellen, nur von geringem Wert ist, wenn nicht gleichzeitig damit die tatsächliche Verwendung aller Staatseinnahmen durch die Rechnungslegung nachgewiesen und geprüft wird. Die Koalitionsparteien sind deshalb der Auffassung, daß eine fruchtbare Aussprache über diese Probleme im Plenum des Landtags erst dann sinnvoll und erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn der Haushaltsausschuß die Haushaltsrechnungen, die diesem bereits für die Zeit von 1946 bis 1950 vorliegen, vorher im einzelnen geprüft und zu dem Entlastungsantrag der Staatsregierung Stellung genommen hat.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich darf als Vorsitzender des Haushaltsausschusses hinzufügen, daß dies leider erst nach den Ferien der Fall sein wird, weil zuerst der Haushalt für das Jahr 1953 unter Dach und Fach gebracht werden muß.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Die Aussprache ist geschlossen. Ich frage die Interpellanten, ob sie einen Antrag stellen wollen.

**Bezold (FDP):** Ich danke für die Frage; wir beabsichtigen keinen Antrag zu stellen.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Die Behandlung der Interpellation ist abgeschlossen.

Wir kehren nunmehr zurück zur

**Aussprache über den Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.**

Als nächster Redner erhält das Wort der Herr Abgeordnete Haisch.

**Haisch (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der heißumkämpfte Landwirtschaftsetat des vergangenen Jahres hat unseren verehrten Herrn Landwirtschaftsminister

(Haisch [CSU])

etwas sparsam werden lassen, hat ihn, ich möchte sagen, so stark beeindruckt, daß er in diesem Jahr einen Betrag von 4 013 000 DM eingespart hat. Es sind gestern und vorgestern bereits die Nöte der Landwirtschaft einerseits und die Nöte des Staatshaushalts andererseits vorgetragen worden. Wenn ich von der **Sparsamkeit** spreche, mit der der Landwirtschaftsetat aufgestellt wurde, so liegt der Beweis schon darin, daß der Etat des Landwirtschaftsministeriums raschestens zur Abwicklung kommen konnte, daß tatsächlich eine große Einheit im Haushaltsausschuß vorhanden war und den einzelnen Positionen fast einheitlich zugestimmt werden konnte. Ich möchte bei dieser Gelegenheit gerade den Abgeordneten des Haushaltsausschusses herzlich danken, aber auch dem Finanzministerium für das Entgegenkommen und für seine Mitarbeit.

Wir haben für die zentrale Verwaltung einen Betrag von über 4 Millionen DM eingesetzt. Daran ist wohl kaum etwas zu rütteln; denn es ist eine feststehende Ausgabe, an der nicht groß gedeutelt werden kann. Zur Förderung der allgemeinen Landwirtschaft sind nahezu 3 Millionen DM ausgegeben worden, was dankbarst anerkannt wird. Besonders wertvolle Arbeit leistet die Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz hinsichtlich der Schädlingsbekämpfung und die Landessaatzuchtanstalt in Weißenstephan. Zur Behebung der Notstände in der Landwirtschaft sind nicht ganz 600 000 DM eingesetzt. Hier kann man allerdings nicht von einer großen Überanstrengung des bayerischen Staates sprechen. Sehr stark wurde bei der Ausgabe von 1,2 Millionen DM zur **Bekämpfung von Pflanzen- und Tierschädlingen** in der Landwirtschaft gespart. Wenn wir den Kartoffelkäferbefall auf unseren Feldern betrachten, dann müssen wir feststellen, daß gerade der Kartoffelkäfer für das Land Bayern und für unser ganzes Bundesgebiet eine volkswirtschaftliche Gefahr bedeutet und daß es ganz unmöglich ist, daß der Bauer allein diese Gefahr bannen kann. Infolgedessen ist es auch notwendig, hier entsprechende Staatsmittel einzusetzen. Die Cercospora-Krankheit, eine Blattkrankheit, hat im vergangenen Jahr vor allem unsere Rübenfelder befallen und im besonderen den Zuckerrübenanbau gefährdet; sie ist ebenfalls eine Gefahr für den Hackfrucht- und Zuckerrübenanbau. Deswegen muß auch hierauf das Augenmerk gerichtet werden. Ich brauche nun nicht die Reblausbekämpfung oder die Maikäferplage und Engerlingsplage anführen, wie sie gerade in diesem Jahr gehaust und Schäden hervorgerufen hat. Ich glaube, wir sind uns darüber vollkommen einig, daß hier Staatsmittel mit eingesetzt werden müssen. Die Schädlinge im Wein-, Obst- und Gartenbau zu bekämpfen, muß unsere gemeinsame Arbeit, die Arbeit des Staates, der Landwirtschaft und des ganzen Volkes sein.

Herausgreifen möchte ich vor allem die Ausgaben zur **Förderung der Landwirtschaftsberatung und des Schulwesens** mit über 13 Millionen und die 10 Millionen DM, die zur Durchführung der Flurbereinigung gegeben werden. Über die **Flurbereinigung** etwas zu sagen, ist nicht notwendig; denn wir

sind uns alle darüber vollkommen im klaren, daß diese die Voraussetzung zur intensiven Bewirtschaftung unserer Höfe ist und daß sie vor allem notwendig ist, um die Mechanisierung und Technisierung sowie den Maschineneinsatz auf dem Hofe erfolgreich zu gestalten. Es ist notwendig — und der Weg führt über die Flurbereinigung —, daß wir zu einer gewissen **Erzeugungskostensenkung** in der Landwirtschaft kommen. Die Landwirtschaft von heute verlangt mehr Können und Wissen, als es bis jetzt der Fall war. Deshalb möchte ich gerade den Männern danken, die in der bayerischen Verfassung mitgearbeitet und in Artikel 164 die Förderung der Landwirtschaft in besonderem Maße herausgestellt haben. Sie haben erkannt, daß es eine Staatsaufgabe ist, die ureigenste Aufgabe des Staates, die landwirtschaftliche Beratung und das Schulwesen zu fördern. Nun ist es die Aufgabe der Schule, daß der Lehrplan mit der praktischen Landwirtschaft in Einklang gebracht wird. Vor allem möchte ich betonen, daß es notwendig ist, tüchtige theoretisch vorgebildete, praktische Landwirte zu haben, die auch Betriebswirtschaftler sind. Heute genügen die allgemein gehaltenen betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse und Grundsätze nicht mehr, sondern neben der allgemeinen Betriebswirtschaft muß heute in der Landwirtschaftsschule die **angewandte Betriebslehre** in den Vordergrund gestellt werden. Die Aufgabe der angewandten Betriebslehre ist, eine gute Anleitung zur praktischen Organisation und betriebswirtschaftlichen Führung des landwirtschaftlichen Betriebs zu geben. Notwendig ist die Anweisung für den zweckmäßigen Einsatz der Arbeitskräfte und der Zugkräfte, der Maschinen, und die richtige sachgemäße Auswahl und Verwendung der Betriebsmittel. Eine intensive landwirtschaftliche Kulturwirtschaft verlangt, das im letzten Jahrzehnt Entwickelte mit den neuen Erfahrungen zu befruchten. Dann können die Ansprüche, die der Verbraucher an die Landwirtschaft stellt, befriedigt werden und dann ist die Landwirtschaft gegenüber dem Ausland auch einigermaßen konkurrenzfähig. Ich möchte deshalb besonders die elf neu genehmigten **Landwirtschaftsämter** herausgestellt wissen und betonen, daß damit der Landtag wiederum seine Landwirtschaftsfreundlichkeit an den Tag legt.

(Bravo! bei der SPD)

Wenn ich nun zum Kapitel **Tierzucht** komme, so wissen wir alle, daß auf diesem Gebiet schon vieles geleistet wurde, aber noch manches zu leisten und in den nächsten Jahren zu tun ist. Die Voraussetzung für eine gute, erfolgreiche Tierzucht ist aber die **Milchleistungskontrolle**.

(Abg. Hofmann Engelbert: Sehr gut!)

Wir wissen, daß um den Betrag von einer Million für die Milchkontrolle ziemlich hart gefochten wurde. Im vergangenen Jahr standen für die Milchleistungskontrolle im Haushalt 1 516 300 DM zur Verfügung. In diesem Jahr wurde dieser Posten bis auf 500 000 DM gestrichen, weshalb die landwirtschaftlichen Abgeordneten den Antrag gestellt haben, daß zur Aufrechterhaltung der Milchkontrolle weiter eine Million gegeben wird. Der

(Haisch [CSU])

Haushaltsausschuß hat dies dadurch unterstrichen, daß er nach Fraktionsberatungen diese Million genehmigt hat. Wenn nun heute gerade deshalb wiederum die Frage auftaucht, ob wir uns im Etat eine Überziehung um 1,1 oder 1,2 Millionen gestatten können, und man daran denkt, die Million für die Milchleistungskontrolle zu streichen, so möchte ich betonen, daß im Sondervermögen der Milchwirtschaft ein Betrag von 804 900 DM eingesetzt ist, der eigentlich auf Grund des § 22 des Milch- und Fettgesetzes anderen Zwecken der Milchwirtschaft dienen müßte. Da wir aber auch in dieser Hinsicht Verständnis für das Referat haben, muß man auch der Landwirtschaft, im besonderen der Tierzucht, Verständnis entgegenbringen und für die Milchleistungskontrolle den Betrag von 1 500 000 DM, der gegenüber dem Vorjahr gekürzt ist, genehmigen.

Nun hat sich der Herr Minister auch eingehend mit der **Agrarpolitik** befaßt. Es wurde gesagt, er habe Wege gewiesen, die tatsächlich geeignet seien, die Landwirtschaft einer Gesundung entgegenzuführen. Gestatten Sie mir, daß ich kurz auf einige Dinge eingehe. Wenn wir in das Volk hineinhören, so müssen wir feststellen, daß auf der einen Seite, von der Seite der Verbraucherschaft, die Klage kommt, das Leben sei zu teuer, auf der anderen Seite der Bauer Kritik daran übt, daß er für seine Produkte zu wenig erhält. Bevor ich hiezu Stellung nehme, möchte ich eines betonen: Der **Lebensstandard des deutschen Volkes**, ganz allgemein gesprochen, ist nach meinem Dafürhalten zu hoch.

(Abg. von und zu Franckenstein: Sehr richtig!)

Wenn wir acht Jahre zurückdenken und uns an den Zusammenbruch unseres deutschen Vaterlandes und unserer deutschen Wirtschaft erinnern, dann den heutigen Lebensstandard des größten Teils unseres Volkes betrachten, müssen wir sagen, daß er einem verlorenen Krieg, einer zusammengebrochenen Wirtschaft nicht angepaßt ist.

Man kann zwar an dem einen und anderen kritisieren, man soll Kritik üben, aber diese Kritik darf nicht ins Unermeßliche führen und muß nach wie vor von einer gewissen Verantwortung getragen sein.

(Sehr gut!)

Wenn ich vorhin gesagt habe, der Verbraucher klagt über die hohen Lebenshaltungskosten und der Bauer übt Kritik, daß er für seine Produkte zu wenig bekommt, müßte daraus eigentlich geschlossen werden, daß der **Weg vom Erzeuger zum Verbraucher** abgekürzt werden muß. Mit wenigen Worten: Der Betrag, der zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucherpreis liegt, ist vielfach so hoch, daß er dem Erzeugerlös sehr nahekommt. Wenn ich den Anteil der Landwirtschaft am Endverkaufserlös, also am Verbraucherpreis, herausstelle, so beträgt er bei Schweinen 52 Prozent, bei Rindern 64 Prozent, bei Milch 59 Prozent, bei Brotgetreide 38,8 Prozent, bei Eiern 67 Prozent und bei Obst 30 Prozent. Sie sehen daraus ohne weiteres, daß der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher sehr

lang ist. Dabei möchte ich allerdings nicht übersehen, daß gerade auf dem Boden dieses langen Weges Tausende von Gewerbetreibenden, Tausende und Abertausende von Arbeitern stehen. Man muß dies aber auch berücksichtigen, wenn man einerseits den landwirtschaftlichen Erzeugerpreis betrachtet und andererseits versucht, das Steueraufkommen der Landwirtschaft zu kritisieren.

Unser Ziel müßte sein, die **Preise zu reduzieren**, nicht nur für die Lebensmittel, sondern die Preise ganz allgemein. Dabei muß wohl gesagt werden, daß der Erzeugerpreis durch die Löhne und die sächlichen Betriebsausgaben bedingt ist. Die **Agrarpolitik** und die **Wirtschaftspolitik** müssen aufeinander abgestimmt werden; das ist dringend notwendig, wenn die Landwirtschaft auch weiterhin Bestand haben soll. Die Landwirtschaft braucht eine ruhige, eine stetige, vor krisenhaften Erschütterungen geschützte Entwicklung. Sie braucht stabile Preise und auch einen stabilen Absatz. Wenn nämlich beides nicht aufeinander abgestimmt ist, dann kommen wir aus den Preisschwankungen niemals heraus, und der Verbraucher wird ebenso wie der Erzeuger ewig unzufrieden bleiben. Deshalb ist es dringend notwendig, daß wir — der Herr Minister hat davon schon gesprochen — eine Grenzschleuse schaffen, die die Einfuhr regelt, und daß die Vorratshaltung so durchgeführt wird, daß dadurch wirklich ein Ausgleich für den Verbraucher geschaffen werden kann. Die Einfuhr muß unter allen Umständen der Eigenerzeugung angepaßt werden. Es ist nicht richtig, wenn wir zum Beispiel in der Lage sind, auf dem Gebiet der Buttererzeugung dem Bedarf mit 98 Prozent nachzukommen, daß dann soundso viele tausend Tonnen Butter überschüssig eingeführt werden.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Deshalb ist es wichtig, daß die Einfuhr auf die Eigenerzeugung auch tatsächlich Rücksicht nimmt.

Die deutsche **Agrarproduktion**, allgemein gesprochen, muß und kann gesteigert werden; denn durchschnittlich erzeugen wir ja nur 65 bis 70 Prozent des Gesamtbedarfs. Wenn darüber hinaus die Mehrproduktion in besonderem Maße gefördert wird und darüber hinaus eingeführt wird, so haben wir nichts dagegen. Es ist aber ungesund, auf Kosten der deutschen Landwirtschaft Einfuhren zu tätigen.

Weiter müssen die **Verzehrgewohnheiten** im deutschen Volk etwas angesprochen werden; denn die Verzehrgewohnheiten helfen mit, eine gewisse Panne in der Landwirtschaft, in der Ernährungswirtschaft zu schaffen. Ich komme darauf schon noch zurück.

(Abg. Dr. Brücher: Der Minister ist nicht da!)

— Der Minister kann nur solange der Sache dienen, solange der Verbraucher mitmacht, Frau Kollegin.

(Abg. Dr. Brücher: Aber der Minister sollte schon anhören, was Sie zu sagen haben!)

— Er hat jedenfalls etwas Wichtigeres zu tun.

(Heiterkeit und Widerspruch)

(Haisch [CSU])

Ich bitte einmal zu sagen, der Herr Staatsminister möchte hereinkommen.

(Abg. Dr. Bungartz: Herr Kollege, ist der Verbraucher für den Produzenten da oder umgekehrt?)

— Wenn Sie die Frage stellen, ist der Verbraucher für den Produzenten da oder umgekehrt, so sage ich Ihnen, Herr Kollege Dr. Bungartz: Wir sind alle aufeinander angewiesen; ohne den Produzenten kann der Verbraucher nicht leben und umgekehrt, und infolgedessen muß auch die Wirtschaft aufeinander abgestimmt werden.

(Lebhafte Zurufe)

Wir bejahen zum Beispiel die **Einfuhr von Lebensmitteln**, Herr Dr. Bungartz, solange sie nicht die inländische Erzeugung stört. Wenn aber die Inlandserzeugung dermaßen gestört wird — ich komme darauf noch zurück — wie zum Beispiel gegenwärtig in der Milchwirtschaft, so kann das ein ehrlicher Wirtschaftler nicht mehr gutheißen.

(Abg. Dr. Schier: Wie ist das mit den Kirschenpreisen?)

— Meine sehr verehrten Herren, ich bin zwar dafür nicht verantwortlich und bin auch nicht ganz genau im Bild, aber ich habe gestern abend zufällig Kirschen gekauft und mußte dabei feststellen, daß soundso viel Kirschen übrig bleiben, die heute nicht mehr verkauft werden können und infolgedessen in den Tonnen verschwinden müssen. Dieser Verlust muß natürlich bis zu einem gewissen Grad einkalkuliert werden. Das ist bei Obst und Gemüse der Fall.

(Lebhaftes sehr richtig! bei der CSU — Abg. Nagengast: Herr Dr. Schier, da müßten Sie das Wetter machen können!)

Nun wird heute so viel von der **sozialen Marktwirtschaft** gesprochen. Sie setzt aber eine Gleichberechtigung und Gleichbehandlung voraus. Nur dann ist es möglich, eine soziale Marktwirtschaft zu betreiben. Wenn man aber versucht, Einfuhren zu machen, die der heimischen Landwirtschaft schaden, wenn man versucht, die heimische **Landwirtschaft zum Fronknecht des Industrieexports** zu machen,

(Sehr gut! bei der CSU)

dann müssen wir von der landwirtschaftlichen Seite im Interesse der gesamten Wirtschaft das ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU — Abg. Gegenwarth: Bei Holz ist es das gleiche! — Zuruf: Wer ist daran schuld? Wer macht denn das?)

Wenn wir von Herrn Minister Dr. Schlögl gehört haben, daß vor allem eine **Einfuhrpolitik**, eine gute, gesunde Vorratshaltung mit Abstimmung auf die Eigenerzeugung zur Gesundung der Landwirtschaft und der Wirtschaft allgemein führen kann, so können wir dies nur unterstützen und bejahen. Gerade für die Landwirtschaft ist es notwendig, daß der innere Markt in Zusammenarbeit mit der Einfuhr geregelt wird, so daß er auf einem ordentlichen Weg ablaufen kann. Wichtig aber ist — das

möchte ich noch einmal herausstellen — die Aufklärung beim Erzeuger so gut wie die Aufklärung beim Verbraucher. Nur dann ist die Möglichkeit einer gewissen Anbauordnung und eines ordnungsgemäßen Verbrauchs gegeben.

Wieviel wird heute über die **Vieh- und Schweinepreise** geschimpft! Was wird hier alles gesagt! Interessant ist allerdings, daß man jahrelang nach der Ware gegriffen hat, ohne danach zu fragen, was sie kostet, während heute allgemein versucht wird, die Preise zu drücken. Wenn man heute die Verzehrgewohnheiten betrachtet, wenn man in einen Metzgerladen hineingeht und zusieht, so muß man feststellen, daß heute alles nach Koteletts, nach Schinken, nach Schnitzeln oder Lendenbraten greift,

(Widerspruch)

— das ist Tatsache, meine Herren —, daß man heute geringere Wurst und geringeres Fleisch kaum mehr an den Mann bringen kann.

(Lebhafte Zustimmung von der CSU — Widerspruch — Abg. Bezold: weil zu viel Wasser drin ist! — Erneuter Widerspruch)

Das sind Tatsachen, über die wir nicht hinwegkommen. Deshalb ist auch in mancher Hinsicht die Spanne wohl zu verstehen.

Ich komme nun auf die **Milchwirtschaft** zu sprechen; denn ich halte es für dringend notwendig, daß wir gerade der Milchwirtschaft etwas Augenmerk schenken. Im Allgäu kostet bekanntlich das Kilo Milch 20,8 Pfg. Daß die Bauern dadurch beunruhigt sind, ist verständlich. Wir müssen aber verstehen, daß jede Zurücksetzung des Verbrauchermilchpreises in erster Linie den Erzeugermilchpreis drückt. Warum? Weil auf jeden Liter Milch eine Vorbelastung von 17 bis 18 Pfennigen gegeben ist. Erhält also der Bauer 20 bis 21 Pfennige und ist eine Vorbelastung von 18 Pfennigen vorhanden, dann ist es ganz klar, daß jede Herabsetzung des Verbrauchermilchpreises in erster Linie den Bauern trifft. Mancher wird sich fragen: Woher diese Vorbelastung? — Nun: 5,5 Pfennige Kleinhandelsspanne, 4,5 Pfennige Molkereihandelsspanne, 2,75 Pfennige Anfuhrkosten, 2,5 Pfennige Landes- und Bundesausgleich und die Umlage, 1 Pfennig Umrechnung vom Kilo auf Liter, 1 Pfennig Frischmilchzuschlag, das sind zusammen — ich habe die Mindestbeträge genommen — 17,25 Pfennige. Wir kommen also dann in allen Fällen auf über 39 Pfennige. Wir hoffen und wünschen — und es wird keiner im Hause sein, der dagegen spricht —, daß der Milcherzeugerpreis wieder ansteigt und daß wir schon die 42-Pfennig-Grenze erreichen, da ja für den Verbraucher ein Höchstpreis — in der Großstadt 42 Pfennige — gegeben ist. Vom September der vergangenen Jahres bis einschließlich März dieses Jahres hätte in der Großstadt der Verbraucherpreis eigentlich 46 Pfennige betragen müssen. Man hat die 42-Pfennig-Grenze eingehalten, und wir vom Bayerischen Bauernverband und von der bäuerlichen Seite aus haben gepredigt, daß diese 42-Pfennig-Grenze im Interesse der Verbraucherschaft eingehalten werden müsse. Den ganzen Winter über haben wir den Bauern zuge-

(Haisch [CSU])

mutet, die 4 Pfennige zu tragen. In Schwaben zum Beispiel haben wir monatlich rund 60 bis 90 000 DM zuschießen müssen, um den 38-, 40- und 42-Pfennig-Preis einhalten zu können. Ich bitte das jedenfalls zu berücksichtigen.

Meine Zeit ist nun abgelaufen; ich muß also zum Schluß kommen.

(Abg. Strobl: Ihre Redezeit! Nicht Ihre Zeit ist abgelaufen!)

— Gott sei Dank nur die Redezeit; ich hoffe, daß die Lebenszeit noch recht lange andauere.

Sie fragen nach dem **Zwischenhandel**, sehr geehrter Herr Kollege Priller! Ich habe den Zwischenhandel nicht vergessen. Sie waren vielleicht nicht da, als ich sagte, der Erzeugerpreis müsse näher an den Verbraucherpreis herangebracht werden. Ich habe allerdings betont, daß dazwischen Tausende stehen, die daran verdienen, daraus aber auch ihr tägliches Brot nehmen.

(Zuruf von der SPD: Und etwas mehr! 75 Prozent bei der Milchspanne!)

— Bei der Milchspanne? Eben habe ich es Ihnen gesagt: die Kleinhandelsspanne 5,5 Pfennige, die Molkereispanne 4,5 Pfennige. Ich glaube, ich brauche diese Dinge also nicht neuerdings zu wiederholen. Sie dürfen aber nicht vergessen, meine Damen und Herren: Früher hat der Milchhändler mit einem Gewinn von 1,5 bis 2 Pfennigen vorlieb genommen; er konnte auch von Haus zu Haus fahren, so wie er wollte. Er hat sogar eine Milchkanne benützt, die er heute nicht mehr benützen dürfte — aber darüber möchte ich keine weiteren Ausführungen machen.

(Abg. Eisenmann: Dr. Niklas sagt aber, daß die Handelsspanne in Ordnung sei!)

— Herr Kollege, darf ich Ihnen eines sagen: Es ist viel leichter zu kritisieren und in der Opposition zu stehen, als eine Verantwortung zu haben. Auch das müssen wir berücksichtigen.

Zum Schluß darf ich aber im Namen meiner Fraktion dem Herrn Minister Dr. Schlögl, dem Herrn Staatssekretär Maag, allen Mitarbeitern des Landwirtschaftsministeriums und auch den Herren der Forstverwaltung herzlich für die Unterstützung der Landwirtschaft danken. Wenn Sie sagen, diese Unterstützung sei eine Selbstverständlichkeit, denn dafür seien sie letzten Endes da: Jawohl! Sie und wir sind dafür da, Diener unseres Volkes zu sein. Und wenn wir als Diener unseres Volkes mitarbeiten in unserem bayerischen Staat und in unserem deutschen Vaterland, wird man in kurzer Zeit über die Klagen, die wir heute führen, hinwegsehen können.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Es folgt als nächster Redner der Herr Abgeordnete Kiene.

**Kiene (SPD):** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte wiederholen, was

ich bereits im Haushaltsausschuß gesagt habe, daß der Etat des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überschaubarer und an den dunklen Punkten auch etwas durchsichtiger geworden ist. Die Titeileinteilung und die Erläuterungen sind ordentlicher, und es ist sogar vorgekommen, daß uns der Herr Staatsminister Rentabilitätsberechnungen und Vermögensnachweise für die Staatsgüter vorgelegt hat, wie das schon lange Jahre gewünscht wurde.

Immerhin sind noch einige Differenzpunkte vorhanden, so die sogenannten Globalansätze, deren Aufteilung immerhin noch eine gewisse **Generosität und Freigebigkeit für freiwillige Leistungen** erkennen läßt, die beim Ministerium noch aufgegeben werden muß. Ich erwähne: für eine Viehhandelschule 10 000 DM, für eine Schule der Bäckerinnung 10 000 DM, für eine Landhandelschule 10 000 DM, für den Bayerischen Müllerverband zur Neuerrichtung einer Fachschule 20 000 DM usw. Das sind Punkte, die wohl eigentlich nicht in den Landwirtschaftsetat hineingehören; denn da handelt es sich nicht um notleidende Verbände, die diese Mittel nicht aus sich selbst heraus aufbringen könnten. Einige weitere Ansatzpunkte sind Förderung und Betrieb der Agrarwirtschaft 100 000 DM, für Technik und Rationalisierung 100 000 DM, für wissenschaftliche Forschungen und Versuche 100 000 DM. Diese und andere im Titel 392 aufgeführte Positionen dürften im nächsten Jahr noch schärfer unter die Lupe genommen werden. Es dürften überhaupt die verschiedenartigen Versuche, die auf alle möglichen Staatsgüter und Institutionen verstreut sind, auch einer Rationalisierung unterzogen werden. Glücklicherweise sind bestimmte Anträge auf Ersatz von Wildschäden in Höhe von 600 000 DM oder von 300 000 DM für Fasanenzucht, die wohl nur Propagandaanträge darstellen, im Haushaltsausschuß nicht angenommen worden. Einer besonderen Überprüfung bedarf das Sondervermögen des Referats Milch und Fett. Einer Überprüfung bedürfen auch die Kredite für die Milchwirtschaft; doch darüber dann im zweiten Teil meiner Ausführungen.

Was mich aber stärker bewegt hat und was auch für Sie von größerer Bedeutung sein wird als der Etat, das sind die **agrarpolitischen Ausführungen**, die uns der Herr Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft gemacht hat; denn sie zielen auf einen der kritischsten Punkte unserer gesamten westdeutschen Wirtschaftspolitik. Ich freue mich festzustellen, daß die Kassandrarufer jetzt nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern neuerdings auch von der Bayernpartei erhoben werden.

(Abg. Eisenmann: Schon früher!)

— Nein, das ist nicht richtig! Und wenn ich die letzten Äußerungen Ihres Herrn Besold gehört habe, daß die Regierung Adenauer an der Haltung der föderalistischen Union nicht scheitern wird, so heißt das doch auch, daß die Wirtschaftspolitik akzeptiert wird.

(Zuruf: Das ist nicht gesagt worden!)

— Aber bisher wurde sie jedenfalls akzeptiert und wenn ich die Beratungen zum neuen Getreide-

(Kiene [SPD])

gesetz beobachte, dann berichtet doch heute die „Südpost“ darüber, daß es einem Sozialdemokraten vorbehalten blieb, die von-bis-Preise zu garantieren und zu fordern, daß Getreidemengen, die nicht zum Mindestpreis abgenommen werden, von der Bundesregierung übernommen und eingelagert werden müssen. Das hätte sich eine andere Partei ja schließlich auch verdienen können als die besondere Vertreterin der Landwirtschaft.

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist aber dem Abgeordneten Friedemann überlassen geblieben, dies zu tun, und Dr. Horlacher selbst, der ja ein anerkannter Fachmann auf dem Gebiet ist, hat erklärt, daß das eine Durchbrechung der sogenannten sozialen Marktwirtschaft bedeuten würde im Zuge auf eine Entwicklung hin, wie wir sie in Bayern schon seit einigen Jahren haben wollen, nämlich im Sinne einer echten Marktordnung.

Was heißt „soziale Marktwirtschaft“? Der Bundeswirtschaftsminister hat es ja neuerdings so interpretiert, daß unter „sozial“ nicht zu verstehen sei, was wir etwa im Sinne von Wohlfahrt darunter verstehen, sondern daß der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ nur nach dem Lexikon übersetzt zu werden brauche in „allgemeine Marktwirtschaft“: eine allgemeine Berücksichtigung aller Wirtschaftszweige und nicht eine besondere. Der Ausdruck soll keine Wohltätigkeit für die Landwirtschaft bedeuten. Hier scheint mir ein Hauptfehler in der Betrachtungsweise zu liegen, den ich aber den Herren von der Industrie und vom Handwerk nicht übel nehme, weil sie davon ausgehen müssen, daß mit einer beliebigen Anzahl von Menschen, Kräften und Betriebseinrichtungen mit einer beliebigen Menge von Material eine beliebige Menge von Produktion erzeugt werden kann, die man auch beliebig lange lagern kann, je nachdem, ob man sie braucht oder nicht. Unter Umständen kann man sie 5 oder 10 Jahre lang horten, ehe man sie in die allgemeine Verteilung bringt. Das geht aber bei den landwirtschaftlichen Produkten unter keinen Umständen. Man sollte es doch endlich einmal erfassen, daß dann, wenn die Landwirtschaft und die Natur ihre Produkte hervorbringt, diese auch sofort abgesetzt und verbraucht werden müssen, und daß nur ein Teil der landwirtschaftlichen Produkte lagerungsfähig ist. Selbst dieser ist es nur begrenzt, ob das nun Getreide, konserviertes Fleisch oder Butter ist.

Wegen dieses Unterschiedes zwischen den landwirtschaftlichen Produkten und den Produkten von Industrie und Handwerk muß die Landwirtschaft besonders berücksichtigt werden. Wir verlangen eine besondere Berücksichtigung unserer eigenartigen bayerischen Verhältnisse, deren Schwergewicht mehr auf der Viehzucht und der Molkereiwirtschaft liegt als auf dem Getreide- und Zuckerrübenbau.

Der Herr Landwirtschaftsminister möge sich noch an die Zeit erinnern, da wir für Bayern eine Marktordnung entworfen und geschaffen hatten,

die unseren Verhältnissen gemäß war, ein Instrument, das wohl geeignet war, sowohl den Erzeuger als auch den Verarbeiter, den Verteiler und den Verbraucher an einen Tisch zu bringen, um vernünftige Preise und vernünftige Spannen zu machen. Dann wären die Lebensmittel entsprechend billig gewesen, was eine Stabilität in unsere Wirtschaft gebracht hätte, die, wie wir annehmen, für alle Beteiligten gleich nützlich gewesen wäre. Darin war die berühmte Vorratshaltung und die Einfuhrschleuse als Regulator vorgesehen. Aber in Bonn haben sich damals die großen Spekulanten durchgesetzt und haben dabei auch ihre großen Gewinne gemacht. Nicht die Versorgung war das Maßgebende, sondern das Gewinnprinzip war es. Und ich darf vielleicht wiederholen, was ich bereits 1951 im Rahmen des Landwirtschaftsetats bei den Beratungen gesagt habe: „Das Ziel muß eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung sein, und die Politik muß davon ausgehen, allzu unterschiedliche Verhältnisse in der landwirtschaftlichen Produktion durch Lenkungsmaßnahmen auszugleichen. Insofern sind wir keine unbedingten Befürworter der freien Wirtschaft, sondern Anhänger einer Marktpolitik mit einem Weisungsrecht des Staates unter Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper. Dazu gehört unseres Erachtens eine Planung der landwirtschaftlichen Erzeugung, eine Markt- und Preisregelung und Sicherstellung der Versorgung der Verbraucher.“

Diese Anschauung hat sich ja nun weitgehend durchgesetzt. Sogar auf der rechten Seite des Hauses wurde ungefähr derselbe Standpunkt vertreten,

(Zuruf von der BP: Wurde immer schon gewollt! Auch die Bauern wollen das!)

aber nicht genügend stark. Ja, ich kann sogar unserem Herrn Staatsminister einen kleinen Vorwurf nicht ersparen, daß er in der letzten Zeit wie eine Trauerweide in bezug auf seine Marktordnung war und daß er vielleicht manches Mal nach Bonn hätte gehen müssen,

(Sehr richtig! bei der BP)

um seinen Kollegen den Rücken zu steifen. Der Herr Wirtschaftsminister Dr. Ehrhard ist ja viel, viel rücksichtsloser und setzt seinen Kopf durch. Dr. Niklas hätte vielleicht die Gesellschaft einiger Landwirtschaftsämter gebraucht, um die Landwirtschaft stärker zu vertreten. Hier würde also auch heute noch die Möglichkeit bestehen, etwas nachdrücklicher in der Richtung zu wirken, in der wir bisher immer haben gehen wollen, nämlich auf eine Marktordnung zumindest für landwirtschaftliche Produkte, damit es nicht möglich ist, mit den wichtigsten Lebensmitteln unseres Volkes zu spekulieren. Ich habe mir einmal die Frage erlaubt, sehr verehrter Herr Staatsminister — Sie werden sich erinnern —, als die Milchpreise im Ansteigen waren, ob denn an diesen erhöhten Auszahlungen auch die Milchproduzenten, also die Bauern, beteiligt seien, weil die Fettprozentage ja in ihrem Wert erhöht worden sind. Dafür hat unser schlauer Herr Minister eine möglichst harmlose Erklärung abgegeben, nämlich daß die Auszahlung für die Fetteinheit im Landesdurchschnitt 5,1 bis

(Kiene [SPD])

5,2 Pfennige im Juni und 5,8 bis 5,9 Pfennige im August betragen habe. Daraus sei zu ersehen, daß der Anteil der Bauern an den erhöhten Butterpreisen außerordentlich gering war. Die Frage war damals allerdings im Oktober gestellt, und die Milchpreise und die Fettpreise stiegen bis zum Weihnachtsfest sehr erheblich, nicht wahr? Ich habe hier eine Aufstellung: Der Industriemilchpreis betrug im Dezember 1952 im Allgäu 30 Pfennige, im Emmentaler Gebiet 29 Pfennige und in Oberbayern 26,85 Pfennige. Das sind immerhin 3 bis 6 Pfennige mehr als bei der ursprünglichen Milchpreisfestsetzung. Und, Herr Kollege Haisch, Sie werden mir nicht verübeln, wenn ich jetzt sage: Da haben die Bauern nicht ach und weh geschrien und sie waren nicht darüber bestürzt, daß sie nun einen erhöhten Fettprozentpreis haben würden.

(Abg. Haisch: Aber, Kollege Kiene, die 42 Pfennige sind geblieben!)

— Das wäre eine Frage, die noch untersucht werden müßte. Wir Verbraucher haben uns auch nicht darüber beklagt — das gebe ich gerne zu —, daß der Milchpreis stabil geblieben war. Die Verbraucher hätten sich schon gerührt, wenn der Milchpreis erhöht worden wäre.

Nun ist allerdings die sensationelle Tatsache zu verzeichnen, daß der Milchpreis seit Weihnachten 1952 außerordentlich rapid zurückgefallen ist. Im Emmentaler Gebiet betrug der Milchpreis 22,8 Pfennige; das entspricht also einem Abfall um 7,2 Pfennige seit Weihnachten 1952. Das ist doch die Differenz, die die Molkereien den Erzeugern jetzt nicht mehr zu bezahlen brauchen. Nun frage ich Sie: Wer steckt diese neuerliche Spanne ein, die sich hier auftut?

(Abg. Haisch: Herr Kollege Kiene, Sie müssen den Butterverkauf und den Käseverkauf berücksichtigen!)

— Ja, soweit die Milch zu Butter verarbeitet wird! Soweit sie aber nicht zu Butter verarbeitet wird, wird sie in München für 42 Pfennige verkauft.

(Abg. Haisch: Ich habe Ihnen ja die Spanne genannt!)

— Es bleibt trotzdem so, wie ich sage, daß der Erzeuger nur 22,8 Pfennige bekommt, in Oberbayern vielleicht 24 Pfennige. Den Vorteil scheinen die Molkereien zu haben, die jetzt für den gesunkenen Milchpreis nicht nachzugeben brauchen, sondern die Differenz entweder in ihre Kasse oder aber in die Kasse des Referats Milch und Fett legen können. Und hier ist das Problem, das ich genau zu überlegen bitte, nämlich ob es möglich ist, einen festen Verbraucherpreis und gleichzeitig einen variablen Erzeugerpreis zu halten.

(Abg. Haisch: Herr Kollege Kiene, wieviel ist 22 und 18? Das ist 40!)

— Dann sind noch 2 Pfennige Differenz, und wenn ich einen Preis von 30 Pfennigen zugrundelege, wie er im Emmentaler Gebiet und im Industriemilch-

gebiet gezahlt wurde, dann frage ich mich: Wo ist die Differenz? Und hier ist unser Referat Milch und Fett noch vollständig undurchsichtig, nicht nur deswegen, weil es imstande ist, Millionen an Investitionskrediten für die Molkereiwirtschaft herzugeben, die wahrhaftig rentabel ist, sondern auch deswegen, weil hier sowohl die Förderungsbeträge wie die Stützungsbeträge nur global ausgewiesen sind.

Die Stützungsbeträge — das wissen wir — sind die Transportstützungen und Werkmilchstützungen. Aber ich frage mich: Was bedeuten die Förderungsbeträge? Ich möchte den Herrn Landwirtschaftsminister um Auskunft bitten, was die 5,8 Millionen DM Förderungsbeträge innerhalb des Sonderabschnitts Milchwirtschaft im Referat Milch und Fett in ihren Einzelheiten bedeuten sollen.

Zum ändern muß ich unserm Herrn Landwirtschaftsminister hinsichtlich der Frage der **Kaufkrafthöhung** widersprechen. Er hat sich so ausgedrückt: „Die Anreicherung der allgemeinen Kaufkraft durch staatliche Maßnahmen habe zum Beispiel der gewerblichen Wirtschaft einen neuen Produktionsimpuls und damit einen Vorsprung gegeben, der um so größer ist, als die Landwirtschaft infolge unnötiger Importe und dadurch entstandener Absatzschwierigkeiten an der Kaufkrafterhöhung kaum teilnehmen darf.“ Das scheint mir doch nicht nur eine Verniedlichung und Bagatellisierung echter, beweisbarer Tatsachen zu sein, sondern das ist schon eine vollständig verkehrte Ausdrucksweise. Denn es ist durchaus falsch, den Bauern immer zu sagen: Ihr leidet Not, euch geht's schlecht. — Da halte ich es schon mit dem Herrn Senator Thoma, der im Senat gesagt hat, daß es der Landwirtschaft noch nie so gut gegangen sei wie im gegenwärtigen Augenblick.

(Oho! und lebhafter Widerspruch bei der CSU)

— Ja, Sie mögen dagegen protestieren; ich werde Ihnen mit Zahlen beweisen, daß das, was ich sage, richtig ist.

(Zurufe und Widerspruch seitens der CSU)

Das ist beweisbar!

(Unruhe bei der CSU — Glocke des Präsidenten — Abg. Baumeister: Hinausfahren aufs Land und arbeiten!)

Nun, das ist beweisbar, und zwar mit dem Zahlenmaterial, das der Bayerische Bauernverband selbst herausgibt.

(Zurufe des Abg. Demmelmeier und anderer)

— Sehr verehrter Herr Kollege Demmelmeier, ich bin den Bauern ja nicht neidig auf ihre Arbeit, ich bin ihnen auch nicht neidig, wenn es ihnen gut geht. Aber man soll nicht sagen: es geht uns schlecht; denn die Finanzleute sind auch so schlau, daß sie, wenn einer gar so jammert, wissen — wie der Volksmund sagt —: dem muß man etwas nehmen, und bei dem anderen, der recht aufschneidet, wird man bald gezwungen sein, auszuweichen. — Ich erzähle Ihnen, was hier im **Bericht des Bayerischen Bauernverbandes** steht:

**(Kiene [SPD])**

Maschineneinsatz: 1935 bis 1939 315 Millionen Reichsmark (Meßziffer), 1948/49 529 Millionen DM, 1950 691 Millionen DM, 1951/52 1 049 000 000 DM.

(Abg. von und zu Franckenstein: Das ist doch kein Maßstab!)

— Nur einer!

(Abg. von und zu Franckenstein: Überhaupt keiner!)

Schleppenbestand: 1939 34 000 Stück, im Juni 1950 116 000 Stück, am 1. Oktober 1952 233 000 Stück und am 31. Dezember 1952 256 000 Stück.

(Abg. von und zu Franckenstein: Da sind die Schulden der Landwirtschaft dabei!)

— Dafür gibt's auch Zahlen, Herr Kollege von Franckenstein! — Melkmaschinen: im Jahre 1938 1 200, 1950 5 860, 1950/51 10 483, heute zusammen also 16 283 Stück.

(Abg. Eberhard: Es wird halt mehr gemolken!)

Dreschmaschinen: 1950 300 bis 500, 1952 2000 Stück.

Die Indexpzahlen für die Verkaufserlöse — 1938 gleich 100 gerechnet — betragen für 1948 125, für 1950 181 und für 1952 234, also das 2,3-fache von 1938.

(Zuruf von der CSU)

— Ich leugne ja nicht, daß das im Verhältnis zu anderen Dingen steht, aber man soll nicht immer von der notleidenden Landwirtschaft reden.

(Unruhe bei der CSU)

— Die Verschuldung betrug 1939 6,2 Milliarden Mark, am Tag der Währungsreform 2,5 Milliarden Mark,

(Zuruf von der CSU: 4,9 Milliarden Verschuldung!)

am 1. Juli 1951 4,3 Milliarden Mark. Darin sind enthalten 650 Millionen DM mittel- und langfristige Kredite aus dem ERP-Programm; der Rest wurde frei finanziert oder über Banken aufgenommen.

(Abg. von und zu Franckenstein: Um die Maschinen zu kaufen! — Zuruf von der BP)

— Geh', das glaubt Euch ja kein Mensch. Ich rede Gott sei Dank mit den Bauern! Ich weiß, wie es bei den „Frettern“ ist, ich weiß wie es bei den gesunden und kräftigen Mittelbetrieben ist und ich weiß, daß es bei den Großgrundbesitzern wohl nicht schlechter sein wird als bei den Mittelbetrieben.

(Heiterkeit bei der SPD)

— Ich weise nach, daß der Rohertrag 1938/39 je Hektar bei 224 Mark und 1951 bei 366 Mark lag. Das sind Zahlen, die aus Ihrem eigenen Verbandsleben stammen,

(Abg. von und zu Franckenstein: Und von Ihnen mißbraucht werden!)

und Sie sollten das nicht leugnen.

Ich nehme aber auch nicht an, daß der Kollege Dr. Schlögl gemeint hat, die **Steigerung der Kaufkraft** sei so zu verstehen, wie es nämlich auch aus diesem Material hervorgeht, daß der Normalverbraucher, der 1948 noch 9,3 Kilogramm Zucker verzehrt hat, heute 25 Kilogramm verzehrt — jetzt kommen wir zu den Verbrauchsgewohnheiten —, daß weiter der Verbrauch pro Kopf bei Fleisch von 23 Kilogramm 1948 auf 40 Kilogramm 1952, bei Fett von 6,9 Kilogramm auf 20,6 Kilogramm, bei Eiern von 2,6 auf 7,4 Kilogramm und bei Vollmilch von 66,4 auf 113 Liter gestiegen ist. Diese Steigerung trifft pro bäuerlichen Verbraucher nicht zu. Das stimmt, weil nämlich die Bauern während der Zeit, als wir hungerten — —

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

— Das nimmt ihnen auch niemand übel. Aber man soll daraus nicht ableiten, daß die Kaufkraft innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung nicht mindestens genau so angewachsen ist wie innerhalb der gewerblichen und der industriellen Bevölkerung.

(Widerspruch)

Hier heißt es im Vorwort:

„Wenn das auch nicht ein voll befriedigendes Ergebnis ist, so ist es doch immerhin ein ermutigendes Ergebnis. Von gewissen Kreisen und aus durchschaubaren Gründen wird immer das Gegenteil behauptet. Aber trotz der anerkannt schwierigen Bedingungen im Produktionsprozeß kann sich die Landwirtschaft neben der übrigen Wirtschaft durchaus sehen lassen.“

Ich komme wieder zum Etat zurück und behaupte, daß die Maßnahmen, die die Staatsregierung, das Landwirtschaftsministerium und der Bayerische Landtag, insbesondere auch meine Partei, gut geheißenen haben, zur Steigerung des Erntertrags und zur Besserung des Preisgefüges beigetragen haben, und wenn erst noch die Marktordnung dazu käme, müßte ich mich wundern, wenn nicht auch Sie endlich vollständig befriedigt wären.

(Abg. Bezold: Ausgeschlossen! — Beifall bei der SPD und in der Mitte)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Es folgt als Redner der Herr Abgeordnete Elzer.

**Elzer (BHE):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Rahmen dieser Haushaltsdebatte möchte ich doch auch auf das Problem der Heimatvertriebenen und der **Eingliederung der heimatvertriebenen Bauern** zu sprechen kommen. Es ist in dieser Hinsicht zugegebenermaßen schon einiges geschehen, aber das Tempo der Eingliederung der heimatvertriebenen Bauern erscheint mir doch etwas zu langsam, wenn man berücksichtigt, daß in Bayern allein 36 000 Siedleranwärter mit Siedlerschein vorhanden sind, von denen bis jetzt ein Fünftel eingegliedert wurde. Von diesem Fünftel ist nur ein Drittel auf Vollbauernstellen angesiedelt, wäh-

(Elzer [BHE])

rend die anderen auf Nebenerwerbssiedlungen untergekommen sind. Ich habe mir von diesem Drittel — es sind das ungefähr 2000 Bauernstellen — eine Übersicht geben lassen, wie die Leute wirtschaften, und habe zu meiner großen Freude festgestellt, daß die Leistungen dieser Wirtschaften weit über dem Durchschnitt des Landes liegen. Ich habe beispielsweise feststellen können, daß der Milchertrag bei diesen Wirtschaften weit über 3000 Kilogramm liegt, und habe eine Wirtschaft festgestellt, in der auf 0,6 Hektar ein Stück Großvieh gehalten wird, wobei die Milchleistung 4000 Kilogramm beträgt bei einem Fettgehalt von 3,9 Prozent.

(Abg. von und zu Franckenstein: Das ist eine Ausnahme!)

— Ich sage ja, das ist eine Spitzenleistung, aber der Durchschnitt liegt mit über 3000 Kilogramm doch auch über dem Landesdurchschnitt und das ist wohl eine einmalige Leistung. Ich will damit nur sagen, daß diese Wirtschaften doch sicher intensiv geführt werden. Es liegt nun einmal im Interesse des deutschen Volkes, daß unsere Landwirtschaft auf das intensivste betrieben wird, weil wir nur eine beschränkte, feststehende Fläche zur Verfügung haben, die praktisch nicht vergrößert werden kann, außer durch eine Kultivierung des Ödlandes und der Moorländereien, worauf ich noch zurückkommen werde. Damit ist nachgewiesen, daß die Ansiedlung heimatvertriebener Bauern die deutsche Wirtschaft und insbesondere die Landwirtschaft fördert, zumal diese Heimatvertriebenen ja auch neue Bearbeitungs-, neue Saat-, Ernte- und Konservierungsmethoden mitgebracht haben, die sich hier ohne weiteres anwenden lassen und zum Teil in einzelnen Wirtschaften auch schon zur Anwendung gelangen. Diese intensive Bewirtschaftung ist außerordentlich wichtig, ja lebensnotwendig. Denken wir daran, wie wir noch vor wenigen Jahren unter dem Nahrungsmittelmangel gelitten haben! Es kann uns auch heute passieren, daß Schiffe mit Nahrungsmitteln ausbleiben und die Vorräte erschöpft sind, so daß wir dann vor der gleichen Kalamität stehen wie vor der Währungsreform. Das wollen wir aber doch alle zusammen nicht mehr erleben!

Nun ein Wort zur **Landessiedlung!** Die Landes-siedlung verpachtet Grundstücke an heimatvertriebene Bauern mit der Maßgabe, daß diese Bauern, wenn sie sich durch drei Jahre bewährt haben, den Hof, auf dem sie wirtschaften, im Kaufwege erwerben können. Was geschieht aber in vielen Fällen nach diesen drei Jahren? Die Bauern bekommen nicht einen Kaufvertrag in die Hand, sondern einen neuen Pachtvertrag, der womöglich noch ungünstigere Bedingungen enthält als der ursprüngliche. Es geht das Gerücht um, daß die Landessiedlung der größte Großgrundbesitzer Bayerns ist. Es ist mir unerfindlich, warum dieses Land durch die Landessiedlung gehortet wird, wenn so und so viele tausend heimatvertriebene Bauern und auch nachgeborene Bauernsöhne auf Wirtschaften

warten. Ich glaube, hier müßte irgendwie Remedur geschaffen werden.

(Abg. Dr. Strosche: Sehr richtig!)

Wir stehen im allgemeinen bei der Ansiedlung von heimatvertriebenen Bauern vor zwei Problemen. Das erste ist die Erhaltung der Bauernsubstanz überhaupt und das zweite die Unterbringung heimatvertriebener Bauern auf Pacht- oder eigenen Höfen. Zur Erhaltung der Bauernsubstanz möchte ich sagen, daß wir nicht untätig zusehen dürfen, wie unsere Bauern, die große, reiche und wertvolle Erfahrungen mitgebracht haben, heute noch als Knechte und Arbeiter in der Landwirtschaft verwendet werden. Immer noch sind 28 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeiter Heimatvertriebene. Ich glaube, daß es eine Substanzverschwendung ist, wenn man diese Menschen mit ihren reichen Erfahrungen auf untergeordneten Stellen arbeiten läßt.

Sehr erstaunt war ich über die Mitteilung, daß ein Plan ventiliert wird, diese heimatvertriebenen Bauern sozusagen zu exportieren. Ich denke da an das **Projekt „Kanada“** des Herrn Bundeskanzlers. Dieser Weg wäre meines Erachtens vollkommen verfehlt. Wir dürfen nicht unsere wertvollste Substanz, unsere besten Arbeitskräfte, die vielleicht bei einer Rückkehr in die Heimat wieder Bauern werden, exportieren. Bei der Aussiedlung dieser heimatvertriebenen Bauern taucht schon die erste Schwierigkeit beim Transport nach Übersee auf. Wenn die Leute dort gelandet sind, werden bestenfalls 50 bis 60 Prozent richtig Boden fassen können; denn wenn sie auch noch so tüchtig sind, für die kanadische Landwirtschaft sind sie nicht tüchtig genug, weil dort ganz andere Boden- und Klimaverhältnisse herrschen als bei uns. Es wäre also grundfalsch, wenn man diese Leute hinausschicken würde; denn es könnten nur wenige dort Boden fassen, und der Rest würde trachten, so rasch als möglich, dann aber vollkommen verzweifelt, zurückzukehren.

Zur Erhaltung der Bauernsubstanz gehört auch die **Ausbildung der landwirtschaftlichen Jugend.** Wir müssen hier dem Herrn Staatsminister Dr. Schlögl dankbar sein, daß er sozusagen ein bedeutender Schulgründer geworden ist. Der Herr Staatsminister hatte die Liebenswürdigkeit, uns zu einer Besichtigung der Ackerbauschule in Landsberg einzuladen. Wir haben diese Einladung, über die wir sehr erfreut waren, gerne angenommen. Wir haben bei der Besichtigung feststellen können, daß diese Schule sachlich und praktisch in jeder Beziehung einwandfrei und hervorragend eingerichtet ist. Wir hatten Gelegenheit, nicht nur mit dem Lehrkörper, sondern auch mit den Schülern Fühlung zu nehmen. Im Lehrkörper haben wir verschiedene alte Bekannte aus der sudetendeutschen Heimat begrüßen können, die dort wertvolle Arbeit leisten. Unter den Schülern waren 25 bis 30 Prozent Heimatvertriebene, und wir haben mit Freuden feststellen können, daß der größte Teil ganz hervorragend abgeschlossen hat. Dies war für uns auch Veranlassung, den Antrag zu stellen, es sollten im Etat des Landwirtschaftsministeriums

(Elzer [BHE])

30 000 DM für Stipendien an solche Schüler bereitgestellt werden, die mit der Note I absolviert haben, damit sie die Möglichkeit haben, ihr Studium an einer Hochschule fortzusetzen und sich wissenschaftlich weiterzubilden. Aus diesen jungen Menschen sollen später einmal landwirtschaftliche Berater und Lehrer nicht nur für unsere neue Heimat hier, sondern vielleicht einmal wieder für unsere angestammte Heimat werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit anschnitten, daß gegenüber dem Akademikerberuf, überhaupt gegenüber dem Studium an einer Hochschule augenblicklich eine gewisse Animosität besteht. Dem möchte ich unter allen Umständen entgegenreten. Es ist ja doch nicht so, daß diese Menschen studieren, um einen Titel zu erringen, sondern sie sollen damit die Fähigkeit bekommen, zu forschen, wissenschaftlich tätig zu sein, was doch enorm wichtig ist, wenn man bedenkt, daß wir in der Landwirtschaft eine Rationalisierung in höchstem Ausmaß notwendig haben. Denken wir daran: Wenn es einmal zur europäischen Agrarunion kommen wird, muß die Landwirtschaft mit stark sinkenden Preisen rechnen. Es wird also gar nichts anderes übrig bleiben, als neue Methoden, fortschrittliche Methoden ausfindig zu machen, wie man die Produktion, soweit das möglich ist, verbilligen kann.

Nun sind wir bei den Preisen angelangt, die ja heute schon ziemlich eingehend diskutiert worden sind. Ich möchte aber doch eine Bemerkung dazu machen. Ich stehe auf dem Standpunkt, es wäre möglich, daß der Bauer für sein Produkt mehr bekommt, ohne daß der Verbraucher mehr bezahlen muß. Das ganze Kunststück liegt eben in der Verkürzung des Wegs vom Erzeuger zum Verbraucher. Wir brauchen da nicht zu weit in die Nachbarschaft zu gehen, um uns ein gutes Beispiel auszuborgen, sondern wir können auf Dänemark schauen, wo diese Zustände schon seit Jahrzehnten eingeführt sind. Dort hat sich das **Genossenschaftssystem** ausgezeichnet bewährt. Der Landwirt liefert seine Produkte an die Genossenschaft ab, bekommt alles, was er für seine Wirtschaft braucht, von der Genossenschaft geliefert und die Genossenschaft liefert an den Verbraucher zu preisgünstigen Bedingungen.

Ich möchte ein Beispiel anführen, das wir alle vor Monaten in der Zeitung gelesen haben. Ein Bauer in Norddeutschland hat in einen Krautkopf einen Zettel hineingesteckt, auf den er geschrieben hatte: „Liebe Hausfrau! Ich habe für den Krautkopf 10 Pfennig bekommen. Wenn Du ihn bekommst, würde es mich interessieren, von Dir zu hören, was Du bezahlt hast.“ Die Hausfrau war recht findig und hat ihm zurückgeschrieben: „Ich habe Deinen Krautkopf erhalten, habe aber für ihn 90 Pfennig bezahlt.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wenn der Bauer 30 Pfennig bekommen hätte statt 10 und der Konsument hätte 60 bezahlt, so wären in diesen 30 Pfennig Kosten, Gewinnzuschlag und auch das Risiko vollkommen genügend einkalkuliert gewesen; denn dem Krautkopf geschieht nichts, selbst

wenn er zwei oder drei Monate lagert. Dasselbe sehen wir auch bei anderen Produkten, zum Beispiel bei den Eiern. Es ist unverständlich, daß ein Ei beim Bauern mit 14 Pfennig bezahlt wird und wir in der Stadt für das Ei 23 Pfennig bezahlen müssen. Ich verweise deshalb nochmals auf das Beispiel Dänemark; es wird wohl Schule machen müssen, wenn es einmal zur Agrar-Union kommen sollte.

Nun komme ich zum zweiten Punkt, zur **Unterbringung der heimatvertriebenen Bauern auf eigenen Höfen**. Die Unterbringung ist nicht unbedingt im Kaufweg notwendig, sondern es ist auch ohne weiteres denkbar, daß diese Höfe gepachtet werden, was vielleicht in gewisser Beziehung beiden Teilen Vorteile bieten kann. Die Schwierigkeit liegt aber in der Beschaffung auf dem freien Markt. Wenn man sich auf die Landessiedlung, Bodenreform usw. verlassen wollte, würde man alt und grau. Die Beschaffung am freien Markt ist aber den heimatvertriebenen Bauern verwehrt, weil sie nicht die Mittel haben, in der Zeitung zu annoncieren oder die einzelnen Makler abzufahren und abzugrasen, ob sie irgendein geeignetes Objekt haben. Die meisten sind ja heute Tagelöhner oder Fürsorgeempfänger und haben ein so kärgliches Einkommen, daß sie knapp ihr Leben und das Leben ihrer Familie bestreiten können. Es wäre deshalb sehr zweckmäßig, wenn eine Aktion eingeleitet werden könnte, daß freie Höfe im „Vertriebenen-Anzeiger“ publiziert werden. Das könnte kostenlos erfolgen und wäre für beide Teile, auch für den „Vertriebenen-Anzeiger“, der dadurch an Publizität gewinnen würde, nur ein Vorteil.

Eine weitere Schwierigkeit ist die **Beschaffung des Kredits**. Sie ist direkt als ein Leidensweg zu betrachten. Wenn ein heimatvertriebener Bauer einen Kreditantrag stellt, muß er zunächst soundso viele Unterlagen haben. Dann wird der Antrag von einem Ausschuss beurteilt, dann geht er zur Landessiedlung oder zu ich weiß nicht welchen Behörden. Schließlich und endlich kommt er zurück mit Gründen, nichtssagenden Bemerkungen und der Aufforderung, noch andere Unterlagen beizubringen. Ich möchte da einen Fall erwähnen, der mir in der letzten Zeit passiert ist: Eine südostdeutsche Bäuerin, die in der Gegend von Bergen ein Anwesen erwerben wollte, hat einen Kredit von 20 000 DM beantragt; da sie lange Zeit keinen Bescheid bekommen hat, hat sie mich gebeten, ich möchte doch intervenieren. Ich habe das getan und bei der Landessiedlung folgendes erfahren: Der Antrag auf 20 000 DM ist zu hoch, man könnte im besten Fall 15 000 DM bewilligen; man muß berücksichtigen, daß die Felder versumpft und nichts wert sind und daß der Wald, von dem sie spricht, nur Stangenholz und auch nichts wert ist. Ich war darüber natürlich sehr erstaunt und habe bei der Bäuerin rückgefragt. Sie hat gesagt: Ich verstehe das nicht; denn sowohl die Felder wie der Wald sind begutachtet worden, die Bonität der Felder ist für einwandfrei befunden worden und auch der Wald ist vom Waldschätzer als ein im Durchschnitt 40- bis 50jähriger Bestand anerkannt worden. Das sind also derartige Diskrepanzen, daß es für mich

(Elzer [BHE])

sehr interessant sein wird, festzustellen, wo die Wahrheit aufhört und die Dichtung anfängt. Ich werde der Sache auf alle Fälle nachgehen.

(Abg. Luft: Auf der einen Seite wollen sie viel bekommen, auf der anderen Seite aber keinen Kredit geben!)

— Ja, das sind die beiden Punkte und das Papier zwischen der Schere ist der heimatvertriebene Bauer.

Nun zu den **Möglichkeiten der Bodenbeschaffung!** Das traurigste Kapitel ist wohl die Bodenreform. Das Bodenreform-Gesetz hat dem Großgrundbesitz so viele Möglichkeiten gegeben, der Bodenabgabe Schwierigkeiten entgegenzustellen, daß er ungefähr ein halbe Dutzend Gründe anführen und jeden durchprozessieren kann. Es dauert im einzelnen Fall etwa zwei Jahre, bis alle Instanzen durchschritten sind. Es kann also 10 bis 12 Jahre dauern, wenn ein Großgrundbesitzer prozessiert. In dieser Zeit kommt es nicht zur Bodenabgabe. Das Hinziehen der Verfahren ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß der Großgrundbesitz zum Prozessieren anscheinend genügend Geld hat.

Ich will aber gerecht sein und zugeben, daß die Entschädigung den Großgrundbesitz in keiner Weise befriedigen kann. Der Großgrundbesitz bekommt im Durchschnitt für ein inventarisiertes Hektar Land 1000 DM, für ein nichtinventarisiertes 600 DM. Daß diese Entschädigung und dazu die Zahlungsbedingungen — 10 Prozent in bar und 90 Prozent in Schuldverschreibungen — kein Anreiz zum Verkauf sind, ist selbstverständlich. Aber ich glaube, das müßte nicht das größte Hindernis sein. Die Bestimmungen über die Entschädigung könnten ohne weiteres geändert werden. Entscheidend ist die Abgabewilligkeit, und die vermissen wir. Wir vermissen gerade auf diesem Gebiet das Christentum der Tat.

(Abg. Dr. Strosche: Sehr richtig!)

Unsere Bauern haben alles verloren, der Großgrundbesitz hat alles behalten. Dazwischen gäbe es sehr viele Möglichkeiten, sich auszugleichen und anzugleichen.

Der Herr Kollege von Franckenstein, der momentan leider nicht da ist, hat vor einem halben Jahr im Landwirtschaftsausschuß gesagt, es sei davon überzeugt, daß wir, wenn wir ein sogenanntes Güteverfahren einführen würden, von den damals ungefähr 18 000 strittigen Hektar ungefähr 12 000 durch Güteverhandlungen bereinigen könnten.

(Zuruf aus der Mitte: 15 000!)

Wir haben damals beschlossen, daß uns die Oberste Siedlungsbehörde vierteljährlich, erstmals zum 1. April 1953, einen Bericht über den Fortgang der Bodenreform vorlegt. Das ist im Mai auch geschehen. Wenn man diesen Bericht genau studiert, kommt man zu der Erkenntnis, daß in diesem Vierteljahr praktisch gar nichts geschehen ist; es sind bestenfalls vielleicht 1000 Hektar bereinigt

worden, was gar nichts ist. Wir haben damals, als Kollege Franckenstein von den Güteverhandlungen gesprochen hat, schon den sogenannten Silberstreifen am Horizont gesehen. Aber leider hat sich dieser Silberstreifen in Gewitterwolken verwandelt. Ich möchte damit der Obersten Siedlungsbehörde nicht irgendeinen Vorwurf machen; im Gegenteil, die Oberste Siedlungsbehörde war bemüht, auf den Großgrundbesitz einzuwirken, daß er doch Vernunft und Verstand annimmt und abgabewilliger wird, aber anscheinend ohne jeden Erfolg.

Infolgedessen wird es notwendig sein, daß wir uns darüber den Kopf zerbrechen, wo wir neues Land herbekommen könnten. Ich denke da vor allem an die **Staatsgüter**. Herr Minister Dr. Schlögl hat uns seinerzeit gesagt, daß er bereit sei, drei oder vier Güter zur Verfügung zu stellen. Bisher fehlt allerdings zu der Zusage noch die Tat. Ich hoffe, daß wir bald Gelegenheit haben werden, uns von dem Gegenteil zu überzeugen. Es möge nicht unvermerkt bleiben, daß die Rentabilität verschiedener Staatsgüter nicht befriedigend ist und daß einige ziemlicher Zuschüsse bedürfen. Von solchen, die Zucht- und Forschungszwecken dienen, sei abgesehen. Die jetzige Art der Bilanzierung ist absolut unübersichtlich, man kann keinen Schluß aus ihr ziehen. Ich glaube, wenn man die Bilanzen nach kaufmännischen Grundsätzen aufstellen würde, kämen wir zu der Überzeugung, daß mehr als drei oder vier Güter aus dem Staatshaushalt ausscheiden, parzelliert und vertriebenen Bauern zugeteilt werden könnten. Es wäre den Bauern geholfen, aber auch dem Staat. Ich wiederhole also meine Bitte an den Herrn Landwirtschaftsminister: Beginnen Sie mit der Freigabe von einigen dieser Staatsgüter!

Eine weitere Landquelle wäre der **landwirtschaftliche Besitz der Strafanstalten**. Es ist mir nicht ganz erfindlich, warum diese großen Flächen in eigener Verwaltung der Strafanstalten bleiben müssen. Es wäre doch viel richtiger, wenn man sie aufsiedelt. Wenn man keine Arbeit für Sträflinge hat, bestünde ja die Möglichkeit, daß diese, wenn man größere Einheiten schafft, dort als landwirtschaftliche Arbeiter eingesetzt werden. Ich erinnere mich an die Zustände in meiner Heimat. Wir hatten wenige Kilometer von uns entfernt eine große Strafanstalt. Jeden Tag während der Saison wurden die Sträflinge unter Aufsicht eines Aufsehers auf die Besitzungen gebracht und arbeiteten dort. Auch dies ließe sich hier durchführen.

Ich hätte aber noch eine weitere Verwendung, speziell für die Sträflinge der Strafanstalt Bernau. Wir wissen, daß sich zwischen Traunstein und Endorf enorme **Moorflächen** befinden, die mit wenig Geld zu kultivieren wären. Man sagt immer — und das ist eine alte Faustregel —, daß die Kultivierung eines Hektars Moorboden 5000 DM kostet. Ich glaube, daß diese Zahl überholt ist, insbesondere im Hinblick auf den Einsatz von modernen Maschinen, die es ermöglichen ohne weiteres Drainagegräben zu ziehen, so daß die kostspieligen Arbeiten entfallen. Auch wäre die Arbeit der Sträflinge billiger und wir könnten damit zu billigeren Preisen meliorieren.

(Elzer [BHE])

Ich möchte noch darauf verweisen, daß Moorsiedlungen, wenn sie einmal kultiviert sind, sehr rentabel sein können. Das haben die Batschka-Bauern dadurch bewiesen, daß sie in ganz großem Umfang den **Hanfanbau** auf derartigen Flächen forciert haben. Hanf ist günstiger anzubauen als Raps, weil er nicht frostgefährdet ist. Er bringt Öl, Ölkuchen, Fasern sowie Schäben, aus denen Faserplatten erzeugt werden können, so daß die Verwendung und Rentabilität des Hanfanbaues unbedingt gegeben ist. Das gleiche würde vom Lein gelten, den man auch in großem Stil anbauen könnte, was um so wichtiger ist, als wir Hanf- und Leinfasern importieren müssen.

Ich habe erwähnt, daß die **Meliorierung** derartiger Böden kostspielig ist. Man darf aber nicht vergessen, daß unsere landwirtschaftliche Fläche in Deutschland sehr begrenzt ist. Wir müssen daher sehen, neue Landquellen hinzuzubekommen, die sich unter allen Umständen rentabel gestalten können. Es bestünde aber auch eine andere Möglichkeit, diese Moorflächen und Ödländereien in Kultur zu bringen. Ich denke da an einen freiwilligen — ich betone ausdrücklich freiwilligen — Arbeitsdienst, der wohl einen gewissen Beigeschmack aus der Vorkriegszeit hat; wir können es aber auch werteschaffende Arbeitslosenfürsorge oder sonstwie nennen. Es wird jedenfalls nicht schaden, wenn die Jugend, die heute unverschuldet auf der Straße liegt und das Arbeiten verlernt hat, bevor sie es gelernt hat, zu einer richtigen Handarbeit angehalten wird.

(Abg. Dr. Strosche: Sehr richtig!)

Es wird auch niemand schaden, wenn er es lernt, mit Krampe und Schaufel zu arbeiten, ganz gleich, ob er später Arzt, Ingenieur usw. wird. Wir haben im Kz erfahren, wie schwierig es für uns alte Leute war, uns umstellen und diese manuelle Arbeit verrichten zu müssen.

(Abg. Dr. Franke: Sie hatten eben nichts Ordentliches gelernt!)

— Stimmt. Damals hat man anscheinend nichts Ordentliches gelernt. Ich glaube, Sie haben anscheinend auch keinen Arbeitsdienst mitgemacht.

(Abg. Dr. Franke: Das war aus dem Schützen-graben! Ich habe das nur zitiert, es stammt nicht von mir!)

Ich glaube auch, daß sich sehr viele heimatvertriebene Bauern finden würden, die ganz gern bei diesen Meliorationsarbeiten mit Hand anlegen würden, vorausgesetzt, daß man ihnen die sichere und verbindliche Zusage gibt, daß sie auf diesen Flächen, die kultiviert worden sind, auch Höfe bekommen können.

Nun gäbe es noch eine Quelle. Das sind die **auslaufenden Höfe**. Wir haben in Bayern nach der Information, die ich bekommen habe, 44 000 erbenlose Höfe und 122 000 Höfe, für die kein männlicher Erbe vorhanden ist. Ich glaube, hier bestünde die Möglichkeit, nicht nur die heimatvertriebenen Bau-

ern, sondern auch die nachgeborenen Bauernsöhne anzusetzen.

(Abg. Bantele: Die kommen nicht zum Zug!)

Ich habe mich gefreut, als ich damals im Landwirtschaftsministerium anfragte, ob denn diese Zahlen stimmen und mir ein Herr am Telefon sagte, er wisse es nicht, er werde aber den Apparat weitergeben und ich hören konnte, wie er zu seinem Kollegen sagte: „Ich habe den Eindruck, ein Abgeordneter will ein Heiratsbüro aufmachen.“ Diese Absicht habe ich zwar nicht. Ich habe den Witz aber sehr gut gefunden. Ich würde mich freuen, wenn daraus Wahrheit werden würde, nicht wegen meines Büros, sondern für die nachgeborenen Bauernsöhne sowohl als auch für die jungen heimatvertriebenen Landwirte, die zu einer Frau und damit zu einem Besitz kämen. Wie gesagt, es ist nicht notwendig, daß dieser Besitz verkauft wird. Ich neige überhaupt der Verpachtung zu, weil die Beweglichkeit für alle Teile viel leichter ist. Diese Höfe müßten aber irgendwie erfaßt werden. Ich glaube, es bestünde in erster Linie über die Landwirtschaftsämter die Möglichkeit, solche Höfe, die durch diesen Unglücksfall, wenn ich so sagen darf, schlechter bewirtschaftet sind, zu erfassen. Es wäre zweckmäßig, wenn sich die Oberste Siedlungsbehörde das entsprechende Material beschaffen würde, das man dann ohne weiteres im Landwirtschaftsausschuß beraten und im Plenum verarbeiten könnte.

Noch ein Wort zur **Landwirtschaftsabgabe**! Wir haben einen Abänderungsantrag eingebracht, und zwar haben wir die Worte „einschließlich der heimatvertriebenen Bauern“ einfügen lassen. Wir sind den Herren Kollegen dankbar, daß sie hier in der zweiten Lesung unserem Abänderungsantrag zugestimmt haben. Ich wiederhole die damalige Begründung: Wir haben heute bereits 6000 angesiedelte Bauern, davon einen Teil Vollbauernstellen, während der andere Teil Nebenerwerbssiedlungen umfaßt. Weitere zehntausende heimatvertriebene Bauern sind noch im Bauernverband organisiert. Wir wollten jedenfalls die Existenz dieser Menschen dort festgehalten wissen. Wir sind überzeugt davon, daß, wenn einmal die Ansiedlung der heimatvertriebenen Bauern durchgeführt sein wird, es diese Trennung zwischen heimatvertriebenen und einheimischen Bauern nicht mehr geben wird. Dann wird auch hoffentlich das gegenseitige Mißtrauen ein für allemal behoben sein. Aber, meine Damen und Herren, bedenken Sie doch bitte die Wichtigkeit der Seßhaftmachung der heimatvertriebenen Bauern in ihrem erlernten Beruf auch einmal im Hinblick auf die Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes! Denken Sie daran, daß einmal die Schiffe ausbleiben und die Vorräte erschöpft sein könnten und wir dann wieder vor bitterster Not stehen. Wir brauchen aber auf alle Fälle den bäuerlichen Nachwuchs, insbesondere wir Heimatvertriebenen. Wir haben den Gedanken an die Rückkehr in die Heimat niemals aufgegeben und werden ihn nicht aufgeben, auch wenn es noch so lange dauern wird. Die Landwirtschaft ist die Grundfeste eines jeden Staates. Deshalb müssen wir unter allen Umständen unsere Bauernsubstanz erhalten.

(Beifall beim BHE)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Ich schlage vor, die Beratungen jetzt zu unterbrechen. Sie werden um 15 Uhr wieder aufgenommen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 30 Minuten unterbrochen)

Präsident Dr. Dr. Hundhammer nimmt die Sitzung um 15 Uhr wieder auf.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Die Beratungen sind wieder aufgenommen.

Zur Tagesordnung bemerke ich, daß der unter Ziffer 13 erwähnte Antrag der Abgeordneten Dr. Korff, Falk, Bachmann Georg und Schreiner betreffend Ausbau der Realschule Gunzenhausen zur Vollenstalt (Beilage 3923) zurückgezogen wurde. Die Behandlung dieses Antrags erübrigt sich daher.

Ich schlage dem Hohen Hause vor, nunmehr vorwegzunehmen die Punkte 1 und 2 des Nachtrags:

**Antrag der Abgeordneten Greib, Geiger, Pösl, Drechsel, Piehler, Sichler, Wolf Franz und Dr. Geislhöringer betreffend beschleunigter Ausbau des Oberrach-Kraftwerkes (Beilage 2973)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Drechsel und Genossen, von Feury und Genossen, Dotzauer und Genossen und Rabenstein betreffend Finanzierung des Baues des Oberrach-Kraftwerkes (Beilage 4150).**

Den Bericht über die Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 4253) erstattet der Herr Abgeordnete Dr. Geislhöringer. Ich erteile ihm das Wort.

**Dr. Geislhöringer (BP),** Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Im Juli 1952 wurde bereits der Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß das Oberrach-Kraftwerk beschleunigt ausgebaut wird. Diesem Antrag stimmte der Wirtschaftsausschuß am 26. September 1952 zu.

Im Verfolg dieses Antrags wurde am 27. Mai 1953 folgender Dringlichkeitsantrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Interesse des weiteren Ausbaues der bayerischen Energieversorgung dafür zu sorgen, daß die Bayernwerk AG. auf die Ausschüttung einer Dividende verzichtet und daß die dafür anfallenden Mittel zum Bau des Oberrach-Kraftwerkes verwendet werden.

Diesem Dringlichkeitsantrag wurde mit Beschluß des Wirtschaftsausschusses vom 18. Juni 1953 einstimmig stattgegeben.

Es handelt sich um folgendes. Die Bayernwerk AG. hat bereits für das vergangene Geschäftsjahr 1951/52, das mit dem 30. September 1952 abgelaufen ist, durch die zuständigen Organe beschlos-

sen, daß der im Berichtsjahr erzielte Gewinn in voller Höhe für Sonderabschreibungen gemäß § 36 des Investitionshilfegesetzes verwendet werden soll, so daß das verflossene Geschäftsjahr ohne Gewinn und Verlust abschloß. Durch den vorliegenden Antrag wird bezweckt, die Staatsregierung als Vertreter des Hauptaktionärs der Bayernwerk AG. zu veranlassen, dieselbe Methode den zuständigen Organen der Gesellschaft für das laufende Geschäftsjahr 1952/53 wieder vorzuschlagen. Maßgebend ist dabei die Erwägung, daß nach § 36 des Investitionshilfegesetzes jene Anlagen der Grundstoffindustrien — und die Elektrizitätswirtschaft zählt zu den Grundstoffindustrien — gesondert erhöht abgeschrieben werden dürfen, die bis zum 31. Dezember 1954 ganz oder zu einem erheblichen Teil vollendet sind. Deshalb muß, wenn das gemacht werden soll, so bald wie möglich mit dem Bauen begonnen werden. Es darf die Zeit der Baumöglichkeiten für Wasserbauten nicht verstreichen, weil im Winter dann nicht mehr begonnen werden könnte, so daß ein volles Jahr verloren ginge.

Der Wirtschaftsausschuß hat daher einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause diesen Antrag zur Annahme zu empfehlen, und ich bitte, dem stattzugeben.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Über die Beratungen im Ausschuß für den Staatshaushalt (Beilage 4255) berichtet der Herr Abgeordnete Elsen. Ich erteile ihm das Wort.

**Elsen (CSU),** Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat in seiner 203. Sitzung den gleichen Antrag behandelt. Mitberichterstatter war der Herr Abgeordnete Dr. Strosche, die Berichterstattung hatte ich zu übernehmen. Der Ausschuß hat dem vom Wirtschaftsausschuß einstimmig angenommenen Antrag gleichfalls einstimmig mit einer geringfügigen Änderung zugestimmt. Aus rechtlichen Gründen muß es nämlich in der dritten Zeile statt „die Bayernwerk AG.“ heißen: „die Aktionäre der Bayernwerk AG.“. Ich bitte Sie, den Antrag mit der vom Haushaltsausschuß beschlossenen geringfügigen Änderung anzunehmen.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Über die Verhandlungen im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zum Antrag auf Beilage 2973 (Beilage 3282) berichtet der Herr Abgeordnete Piehler. Ich erteile ihm das Wort.

Der Antrag hängt inhaltlich mit der Materie zusammen, über die Ihnen eben berichtet wurde.

**Piehler (SPD),** Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr hat in seiner 59. Sitzung am 26. September 1952 beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, das Oberrach-Kraftwerk beschleunigt auszubauen.

Beim Bau des Walchensee-Kraftwerkes wurde zur Anreicherung des Wasserstandes des Walchensees die Isar bei Krünn abgeleitet. Das Isarwasser fließt durch einen Stollen zum Sachensee und von da mit einem Gefälle von 67 Metern im früheren

(Piehler [SPD])

Bett der Oberrach in den Walchensee. Dieses Gefälle von 67 Metern soll durch das schon längst geplante sogenannte Oberrach-Kraftwerk ausgenutzt werden. Das Isarwasser soll vom Sachensee aus durch einen 4 Kilometer langen Stollen zum Wasserschloß geführt und von da in einem Schrägstollen dem am Walchensee zu erbauenden Kraftwerk zugeleitet werden. Wasserschloß, Druckstollen und Kraftwerk sollen in den Berg hineingebaut werden, so daß mit Ausnahme der Tore, die dem Landschaftsbild angepaßt werden, von der ganzen Kraftwerksanlage nichts zu sehen ist. Durch dieses Kraftwerk werden 40 Millionen Kilowattstunden im Sommer und 21 Millionen Kilowattstunden im Winter, zusammen also 61 Millionen Kilowattstunden erzeugt. Die Bauzeit soll zwei Jahre betragen, wobei rund 400 Arbeitslose beschäftigt werden können. Die Anlage soll insgesamt auf 14 Millionen DM zu stehen kommen und das beste und rentabelste Kraftwerk in Bayern sein.

Ich bitte das Hohe Haus, dem Beschluß des Wirtschaftsausschusses zuzustimmen.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Beide beteiligten Ausschüsse haben einen einstimmigen Beschluß gefaßt. Das Hohe Haus verzichtet in diesem Falle wie üblich auf eine Aussprache.

Wir stimmen zunächst ab über den Antrag, der den beschleunigten Bau des Oberrach-Kraftwerks zum Ziele hat, weil er die Grundlage für den zweiten Antrag ist. Wer dem auf Beilage 3282 wiedergegebenen Ausschußbeschuß zustimmt, wolle Platz behalten. — Das Plenum hat den Ausschußvorschlag einstimmig gebilligt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Ausschußbeschuß gemäß Beilage 4255. Wer ihm zustimmt, wolle Platz behalten, wer dagegen ist, sich vom Platz erheben. — Der Antrag ist gegen 1 Stimme angenommen. Eine Stimmenthaltung erfolgt nicht.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir fahren weiter in der

**Aussprache zum Haushalt des bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1953.**

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Frühwald.

**Frühwald (BP):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Vertreter der Bonner Regierungsparteien im hiesigen Landtag haben es bis jetzt vermieden, auf die Angriffe meines Kollegen **Eisenmann** einzugehen, und wir sind gespannt, ob der Herr Staatsminister versuchen wird, diese Angriffe zu entkräften oder gar zu widerlegen.

Ich kann es mir nicht ersparen, dem Herrn Staatsminister **zur großen Agrarpolitik** doch auch ein paar Worte zu sagen. Wir Bauern sind, wenn unsere Arbeit von Erfolg gekrönt sein soll, in

erster Linie auf unseren Herrgott angewiesen. Ich muß sagen, daß der Herrgott, unbeschadet der Parteizugehörigkeit oder des Umstandes, wen einer gewählt hat, zur rechten Zeit die Sonne scheinen und auch zur rechten Zeit immer wieder regnen läßt.

(Zurufe: Viel zu viel regnet es jetzt!)

— Auch das hat vielleicht seinen Vorteil; der Herrgott wird schon wissen, warum. Ich glaube, mit dieser Seite müssen und können wir Bauern also wohl zufrieden sein. Wenn dann durch den Segen des Herrgotts und den Fleiß des Bauern die Ernte herangereift ist, sind wir von den Leuten abhängig, die die Agrarpolitik in unserem Lande steuern. Da beginnt es dann nicht mehr so zu klappen wie vorher.

(Heiterkeit — Zuruf: Das sind auch keine Herrgötter!)

Ich weiß sehr wohl, daß der bayerische Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit seinem Ministerium gegenüber seinem großen Kollegen in Bonn ein Aschenbrödel dasein führt, daß er zwar manchmal gerne möchte, wenn er nur könnte. Er kann aber halt nicht!

(Heiterkeit)

Ich habe mich heute vormittag gewundert, daß Herr Kollege Haisch, der doch ein Angehöriger der Bonner Regierungskoalition ist, sehr scharf geworden ist, als Herr Kollege Eisenmann den Einwurf machte, der Bundeslandwirtschaftsminister habe alles gutgeheißen, was in den letzten Monaten besonders hinsichtlich der Liberalisierung auf unserem Gebiete passiert ist. Er hat gemeint, es sei leicht, von der Opposition aus hier Kritik zu üben, es sei aber viel schwerer, es besser zu machen. Da möchte ich den Kollegen von der CSU doch eines sagen: Es ist unsere Aufgabe als Opposition Kritik zu üben, und wir haben ein gutes Recht dazu. Ich glaube, es war auch eine **vernünftige Opposition**, die wir bisher getrieben haben. Eine solche Opposition kann nur dazu beitragen, die Arbeit der Regierungsparteien zu befruchten. Man sollte sich da nicht unnötig aufregen. Ich finde es aber doch etwas stark, wenn hier von Vertretern der Bonner Regierungsparteien die dortige Agrarpolitik mißbilligt wird und man so gewissermaßen Opposition treibt in der eigenen Partei. Der stärkste Mann, wirtschaftspolitisch gesehen, ist in Bonn doch wohl Herr Professor Dr. Erhard, und er hat wohl auch viel stärkere Ellbogen als der Herr Bundeslandwirtschaftsminister Niklas. Da wäre es doch ganz gut, wenn Sie ihn, nachdem er ja Ihrer Partei angehört und wie Dr. Niklas geborener Bayer ist, sich einmal im internen Kreise vorknöpfen würden, um ihm den Mißerfolg in der Agrarpolitik entsprechend vorzutragen.

(Zuruf von der CSU: Dazu brauchen wir nicht Ihre Belehrung!)

Wir von der Opposition wissen, was falsch gemacht wurde, uns braucht man das nicht zu sagen, das sagen wir schon selbst. Sagen Sie es nur selbst einmal diesen verantwortlichen Herren!

(Zuruf: Sagen Sie das Ihrem Herrn Vater!)

(Frühwald [BP])

Ich glaube, es könnte dann manches abgestellt werden.

Ich habe vorhin schon erwähnt, daß der Herr Staatsminister mit seinem Ministerium eigentlich ein Aschenbrödel-dasein fristet. Er hat nur die kleinen Sachen in Bayern zu machen, die großen werden drohen in Bonn geacht. Neuerdings mischt man sich dort allerdings auch schon in die kleinen Sachen ein. Es wird immer schlimmer auf diesem Gebiet. Der Herr Landwirtschaftsminister hat aber doch eine Möglichkeit, und das ist der **Bundesrat**, in dem er seine Stimme erheben kann, wenn es um agrarpolitische Dinge geht, die auch er mißbilligt. Ich habe allerdings gehört, daß der Herr Staatsminister bei den Bundesratssitzungen sehr oft durch Abwesenheit glänzt und dort durch seinen Staatssekretär vertreten wird. Ich möchte als Vertreter der Opposition den Herrn Staatsminister doch bitten, wenn solche Dinge im Bundesrat besprochen und entschieden werden, sich vielleicht persönlich nach Bonn zu begeben, um dort zu versuchen, die Belange Bayerns entsprechend durchzusetzen.

(Abg. Bantele: Sehr gut!)

Herr Kollege Eisenmann hat schon auf manchen Mißerfolg hingewiesen. Es ist heute früh das Versprechen von Rhöndorf durchgeklungen und weiter erwähnt worden, daß die Regierungserklärungen in Bayern hinsichtlich der Landwirtschaft manches zu wünschen übrig lassen. Auch hier möchte ich die Vertreter der Regierungsparteien bitten, danach zu trachten, daß wenigstens ein Teil der Versprechungen eingehalten wird. Daß nicht alles eingehalten werden kann, sehen auch wir von der Opposition ein.

Im Haushaltsausschuß ist durchgeklungen, daß der Herr Landwirtschaftsminister sehr enttäuscht war, daß man in **Wolnzach** seitens der bäuerlichen Bevölkerung so starke Kritik geübt hat. Ich möchte Ihnen sagen, Herr Landwirtschaftsminister, daß Sie die Wolnzacher Bauern ziemlich verärgert haben, da Sie erklärten, sie seien keine besonderen Heiligen, und darüber hinaus, es war eine recht versoffene Angelegenheit.

(Heiterkeit)

Ich möchte Ihnen raten, Herr Landwirtschaftsminister, lassen Sie die Verbitterung da draußen ruhig etwas abklingen, sonst könnte es nach meiner Ansicht, wenn Sie sich dort sehen lassen, noch etwas schlimmer werden als das letztmal.

(Zurufe: Hört, hört! Soll das eine Drohung sein?)

Ich meine, es ist das Recht eines jeden Menschen in der Demokratie, wenn er glaubt, daß etwas falsch gemacht wurde, dies auch zum Ausdruck zu bringen. Der eine ist vielleicht in der Lage, solche Dinge etwas feiner vorzubringen, während der andere es in seiner Wolnzacher Mundart sagt.

Sie haben, Herr Staatsminister, und das rechne ich Ihnen hoch an, die **schulischen Angelegenheiten** in den letzten Jahren sehr stark vorangetrieben.

An diesen Schulen lernt der junge bäuerliche Nachwuchs nicht nur Fachwissen, sondern auch, wie er sich auf dem wirtschaftspolitischen Parkett zu bewegen hat. Die bäuerliche Jugend wird dort auch zu parteipolitischem, besonders agrarpolitischem Denken erzogen. Die jungen Bauern von heute, Herr Staatsminister, machen sich sehr stark Gedanken darüber, was hier falsch und was richtig ist. Wundern Sie sich nicht, wenn da in der nächsten Zeit vielleicht draußen von der bäuerlichen Bevölkerung manchmal scharfe Kritik geübt wird! Ich weiß, Sie allein sind nicht verantwortlich.

(Abg. Eichelbröner: Hopfenbauern!)

— Der Hopfen spielt eine untergeordnete Rolle, das wissen Sie ganz gut, Herr Kollege Eichelbröner. Es ist aber doch so, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der letzten Zeit große Preiseinbußen erlitten haben, und da meine ich, Herr Staatsminister, Sie sollten doch froh sein, wenn Sie nicht lauter geduldige Schafe vor sich haben, die zu allem brav ja und amen sagen, sondern gelegentlich einmal auch ihre eigene Meinung zum Ausdruck bringen. Damit wird die Position eines Landwirtschaftsministers, auch des bayerischen Landwirtschaftsministers, nicht geschmälert. Das ist nun einmal ein demokratisches Recht, und wir sind froh, daß es so ist.

Durch Ihre Referate, Herr Landwirtschaftsminister, geistert ständig der Gedanke der **Marktordnung**. Ich habe mich gewundert, daß Herr Kollege Falk, vielleicht wohlweislich, auf dieses Thema überhaupt nicht eingegangen ist.

(Abg. Kiene: Sehr richtig!)

Er gehört ja auch zur Regierungspartei, auf der Bonner Ebene gesehen. Da seine Partei eben die Liberalisierung usw. vertritt, ist es mir verständlich, daß er sich hierüber ausgeschwiegen hat.

Nun, Herr Landwirtschaftsminister, der Herr Kollege Kiene hatte heute vormittag recht, als er erklärte, daß es die SPD war, die uns durch dieses Gesetz jetzt den Absatz unseres Brotgetreides gesichert hat, da die Einfuhr- und Vorratsstelle eben veranlaßt ist, das Brotgetreide zum Mindestpreis zu übernehmen. Nach meiner Ansicht wäre es viel glücklicher gewesen, wenn dieser Vorschlag von der Mitte oder von der Rechten gekommen wäre. Ich glaube, hier gehe ich besonders mit der Rechten einig, Herr Landwirtschaftsminister, daß zum Beispiel Ihre Gedanken und vielleicht einmal die Verwirklichung Ihrer Marktordnung in Zukunft nicht von den Agrarpolitikern der SPD ausgehen sollen, sondern diese Verwirklichung soll nach meiner Ansicht über die Agrarpolitiker der Mitte und der Rechten gehen.

(Abg. Kiene: Warum? — Abg. Wimmer: Habt Ihr allein das Reservatrecht? — Weiterer Zuruf von der SPD: Sollen wir nichts tun?)

— Ich behaupte gar nicht, daß Sie nichts tun sollen; aber meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, man kann nicht zwei Extreme in einen Topf werfen.

(Zuruf von der SPD: Extreme?)

(Frühwald [BP])

Ich spreche Euch den guten Willen weiß Gott nicht ab; aber nach meiner Ansicht wäre es vielleicht gut, wenn vier Jahre die einen zeigen, was sie können, und die nächsten vier Jahre die andern. Dann kann sich der Wähler draußen Gedanken machen, welcher von den beiden es besser gemacht hat.

(Abg. Dr. Strosche: Ein vernünftiger Gedanke! Dazu gehört auch das entsprechende Wahlgesetz!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang den Herrn Landwirtschaftsminister bitten, alles zu tun, damit die **Liberalisierung** besonders in der Landwirtschaft nicht weiter um sich greift, sondern daß seine Gedanken zur Marktordnung jetzt doch von Bonn etwas eingebaut werden. Ich glaube, dann wird es nicht mehr notwendig sein, daß der Herr Landwirtschaftsminister eine Rede der Opposition hält. Er wird dann nach meiner Ansicht auch die Zustimmung der Opposition finden.

Ich möchte nun auf ein Kapitel des Haushalts eingehen, und zwar zuerst zum Landwirtschaftsministerium selbst. Unter Kapitel 08 05 ist die **Marktregelung** niedergelegt. Dieses Kapitel hat seit dem Vorjahr mit einem Einnahmerückgang von 600 000 DM zu rechnen, und zwar wird dieser Einnahmerückgang mit dem Wegfall der Erhebungsgrundlagen begründet, auf deutsch gesagt, mit dem Wegfall der Aufgaben. Wir müssen nun heute bei diesem Kapitel 08 05 310 000 DM zuschießen. Die Personalausgaben sind gleichzeitig um 30 000 DM, die Reisekosten um 2 200 DM höher geworden. Nach meiner Ansicht wäre es doch notwendig, gerade bei Kapitel 08 05 zu überprüfen, ob die Ausgaben hinsichtlich der Marktregelung in dem Ausmaß überhaupt noch erforderlich sind, nachdem der Bund das meiste weggenommen hat.

Weiter möchte ich feststellen, daß nach meiner Ansicht und nach Informationen, die meiner Fraktion zugegangen sind, das **Haushaltsreferat** in Ihrem Ministerium doch etwas übersetzt ist. Dort sind angeblich 40 bis 50 Personen beschäftigt. Allein in der Reisekostenstelle sind es 6 bis 8 Personen, die nur die ganzen Reisekostenvorlagen überprüfen und dann an die Rechnungskammer zur endgültigen Prüfung weitergeben. Ob diese Zweigleisigkeit notwendig ist, traue ich mir hier nicht unbedingt zu entscheiden, aber einer Überprüfung ist sie nach meiner Ansicht doch zu unterziehen.

Beim Kapitel **Tierzucht** möchte ich die Kollegen und besonders auch den Finanzminister — er ist leider nicht da — bitten, gegen die Million, die wir für die Milchleistungsprüfungen zusätzlich bewilligt haben, unter keinen Umständen das Veto einzulegen. Diese Million kommt doch in erster Linie den kleinen und kleinsten Betrieben zugute, die von sich aus nicht in der Lage sind — ich glaube, das wissen die Kollegen von der Linken auch —, allen diesen Verpflichtungen gerecht zu werden. Wollen wir gerade hier, weil die Milchleistungsprüfungen sehr großen Anklang gefunden

haben, die Leute nicht vor den Kopf stoßen, sondern durch Bewilligung der Million unbedingt versuchen, daß hier weiter aufgebaut wird!

Als Franke möchte ich besonders dafür danken, daß es möglich war, für das **Erbwertforschungsinstitut** in Neustadt an der Aisch die erforderlichen drei Kräfte zu genehmigen, um im fränkischen Bezirk auf diesem Gebiet Forschung zu treiben. Ich verstehe meinen Kollegen Eisenmann sehr gut, wenn er sagt, man muß alles auf Weihenstephan, München oder Grub konzentrieren. Nach meiner Ansicht sind aber in Franken andere Voraussetzungen und Bedingungen gegeben und es ist gut, wenn sich eine Außenstelle in Franken mit diesen Dingen befaßt.

Den Herrn Ministerialrat Dr. Dürrwachter möchte ich darum bitten — das habe ich schon im Haushaltsausschuß gesagt —, man möge doch versuchen, daß sich die Beamten noch mehr als jetzt auf die bayerische Tierzucht konzentrieren und nicht mehr so stark auf die Mitglieder der Zuchtverbände usw. Ich glaube, dort ist am meisten Neuland und kann auch am meisten geschaffen werden.

Was den **erweiterten Beratungsdienst** betrifft, so habe ich schon eine Menge Briefe bekommen, weil ich mir erlaubt habe, ihn als teilweise überflüssig zu erklären. Dazu möchte ich sagen, daß man niemals die Statistik hier als alleiniges Hilfsmittel verwenden kann. Ich bestreite nicht, daß der erweiterte Beratungsdienst verschiedene Erfolge gezeitigt hat. Wir müssen aber, wenn diese Mittel einmal zu fließen aufhören, darauf bedacht sein, daß sich die erweiterte Beratung nicht nur auf einen Landkreis in jedem Regierungsbezirk, sondern auf die gesamte Landwirtschaft in unserem bayerischen Raum erstreckt. In diesem Zusammenhang möchte ich doch noch eines erwähnen: Die Landwirtschaftsämler — es sind jetzt Gott sei Dank wieder um 11 mehr — sollen sich draußen noch viel mehr auf die Beratung der Landwirtschaft, die Beratung der Bauern konzentrieren. Hier möchte ich den Herrn Staatsminister bitten, daß man doch damit aufhört, riesige Monatsberichte, die wiederum von Monat zu Monat wechseln und nach Jahren immer wieder gleich bleiben, anzufordern und dadurch die Beratungsbeamten zu Bürokraten zu machen. Ich möchte nur wissen, Herr Staatsminister, wer die Berichte für ganz Bayern in Ihrem Ministerium durchliest. Man soll doch dafür sorgen, daß sich der Beamte draußen in erster Linie der Aufgabe widmet, für die er da ist, der Beratung.

Zur **Flurbereinigung** möchte ich sagen, daß man doch irgendwie versuchen soll, hier in den Realteilungsgebieten von Franken eine Klärung herbeizuführen. Sonst ist jede Flurbereinigung in dem Raum, wo sie am notwendigsten ist, nämlich in den Realteilungsgebieten, sinnlos, weil im nächsten Jahr bereits wieder aufgeteilt wird. Vielleicht wird sich hier irgendwie ein Weg finden, um diesen Mißstand abzustellen.

Zu den **Häusern der Bäuerin** möchte ich Ihnen eines sagen, Herr Minister: Sie haben mir im

(Frühwald [BP])

Haushaltsausschuß ziemlich stark widersprochen, als ich meine Meinung besonders über das Haus in Dürrnbuch zum Ausdruck brachte. Ich möchte Ihnen im Auftrag unseres Kreistags, der sich in seiner letzten Sitzung auch eingehend mit dieser Materie befaßt und den Landrat und mich entsprechend beauftragt hat, mitteilen, man möge in Zukunft mit kleineren Projekten draußen in den Dörfern arbeiten und die Gemeinden nicht mit so großen Projekten ungeheuer belasten. Wenn wir es nämlich fertigbringen, mit den gleichen Mitteln fünf arbeitserleichternde Einrichtungen für die Bäuerin zu schaffen, dann haben wir mehr erreicht, als wenn wir nur eine Einrichtung geschaffen haben, die dann nur einem ganz kleinen Kreis zur Verfügung steht. Ich stehe nicht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß hier nichts getan werden muß, und ich hätte es gerne gesehen, daß dieser Titel noch erhöht worden wäre. Aber man soll doch lieber kleine Häuser der Bäuerin oder kleine Gemeinschaftswascheinrichtungen usw. bauen und soll von diesen teureren Projekten absehen. Sollte eine Gemeinde bereit sein, eine Belastung von 100 000 DM und mehr auf sich zu nehmen, dann wäre das ihre Angelegenheit, aber im großen und ganzen soll man es doch bei den kleinen Projekten belassen.

Zu den Staatsgütern möchte ich doch das eine sagen: Jedes Staatsgut, das nicht ordentlich bewirtschaftet wird, sollte nach meiner Ansicht der Versiedelung zugeführt werden. Wir haben genug Bauern, die ohne weiteres in der Lage sind, dort nicht mit einem Defizit, sondern vielleicht mit einem Plus abzuschließen. Darüber hinaus sollte man auf den Staatsgütern, die in erster Linie für Lehrzwecke usw. da sind oder Versuchsgüter sind, doch Betriebsführer einsetzen, die wirklich beispielhaft auf diesem Gebiet arbeiten.

**Präsident Dr. Hundhammer:** Herr Abgeordneter, die Redezeit Ihrer Fraktion ist erschöpft. Ich bitte, zum Ende zu kommen.

**Frühwald (BP):** Ich greife die Anregung des Herrn Ministerialrats Dr. Dürrwachter sehr gerne auf und sage, man soll ruhig diese Leute besser besolden, die als Betriebsführer auf diesen Staatsgütern stehen; das macht sich x-mal bezahlt, weil dadurch ein ganz anderer Wirtschaftsabschluß herauskommt.

Nachdem meine Redezeit leider erschöpft ist, möchte ich zum Abschluß noch folgendes sagen: Ich war ein kleiner Junge, als mein Vater als junger Parlamentarier einmal von einem Berufskollegen eine Karte bekam. Auf dieser Karte waren drei Bilder. Ich habe mir damals als kleiner Junge erstmals Gedanken über Politik gemacht. Auf dem ersten Bild war ein sehr wohlgenährter Herr mit einem großen Sack Geld; darunter stand: „Ich mit meinem Geld regier' die Welt!“

(Zuruf von der SPD: Das war ein Bauer! — Große Heiterkeit)

— Ja werter Kollege, wenn Sie mir den Bauern finden, bin ich gern bereit, es Ihnen zu glauben, aber ich glaube, er ist noch nicht geboren. — Auf dem zweiten Bild war ein Politiker im heißen Wortgefecht, und darunter stand: „Ich mit meinem Wort führe die Menschen zur Freiheit fort!“ Auf dem dritten Bild war ein pflügender Bauer, der mit einer Hand nach oben zeigte, und darunter stand: „Wenn Du nicht wärest und ich nichts tät', sie alle nichts zu essen hätt'!“ Auf Grund dieses Bildes möchte ich den Herrn Landwirtschaftsminister bitten, er möge doch alles tun, daß der Mann, der das tägliche Brot schafft, seine Tätigkeit auch durchführen und durchziehen kann. Dann wird es immer gut um die bayerische Wirtschaft bestellt sein.

(Lebhafter Beifall bei der BP)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Das Wort erhält als nächster Redner der Herr Abgeordnete Dr. Bungartz.

**Dr. Bungartz (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorerst möchte ich als Vertreter der Opposition dem Herrn Staatsminister danken, daß er in seiner Etatsrede auch auf seine Agrarpolitik eingegangen ist. Der Kern seiner Darlegungen ist wohl der, daß er schon gleich am Anfang darauf hinweist, das Ziel seiner Politik müsse sein, in der Landwirtschaft eine höhere Erzeugung zu erreichen. Auf dieses Ziel muß seine Politik ausgerichtet sein; denn wir wissen ja, daß die Landwirtschaft oder, wenn wir vom Herrn Staatsminister reden können, sein Ministerium, das ja an erster Stelle heißt Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, auf die Ernährung ausgerichtet ist. Wir wissen, daß es mit unserer Ernährung vor der Währungsreform, wenigstens für die nichtlandwirtschaftlichen Kreise nicht gerade sehr gut ausgesehen hat. Man muß auch diesmal darauf hinweisen, daß die Ernährung seit der Währungsreform zum Teil dadurch besser geworden ist, daß uns die Landwirtschaft mehr geliefert hat. Aber alles konnte und kann sie nicht liefern. Deshalb war die nichtlandwirtschaftlich tätige Bevölkerung nun einmal gezwungen, sich die Zusatzernährung durch Exporte zu beschaffen, mit denen sie Devisen verdiente und die Importe ermöglichte.

Wenn man heute sagt, daß uns die Landwirtschaft bei weitem noch nicht ernähren kann und daß wir gezwungen sind zu importieren, so ertönt von der Landwirtschaft und damit auch vom Herrn Staatsminister immer wieder der Ruf nach Schutz vor diesen Importen. Wir hören Worte gegen die Liberalisierung. Wir hören Worte von einer Marktordnung. Wir hören Worte von Einfuhrschleusen usw. Aber was bedeutet das alles? Das bedeutet doch das eine: Die Preise der Lebensmittel müssen hochgehalten werden! Nun könnte man das noch verstehen, wenn es möglich wäre, die Produktion tatsächlich wesentlich zu steigern. Uns Nichtlandwirten wird aber immer wieder gesagt: Das ist nicht möglich, wir haben den Boden nicht, wir

(Dr. Bungartz [FDP])

haben das Klima nicht usw. Darum gestatten Sie mir, daß ich Ihnen ein paar Zahlen nenne aus dem Bereich der **Landwirtschaftsabteilung der Europäischen Wirtschaftskommission**, die für das Jahr 1950 eine Zusammenstellung für 14 Länder der europäischen Landwirtschaft gemacht hat. Daraus geht hervor, daß die Bruttoerträge pro Hektar in Belgien sich auf 275 Dollar, in Holland auf 244 Dollar und in der Schweiz auf 240 Dollar belaufen. In weitem Abstand folgen dann Dänemark mit 140 Dollar pro Hektar, Westdeutschland mit 134 Dollar und Großbritannien mit 108 Dollar pro Hektar. Wir sehen also, daß es Länder gibt, die uns klimatisch usw. sehr verwandt sind wie die Schweiz, die beispielsweise doppelt so viel pro Hektar erzeugen als wir. Interessant sind auch die Zahlen der Erzeugung pro Kopf der in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Die Reinerträge belaufen sich in Belgien auf 1300 Dollar pro Kopf, in Dänemark bei sehr tiefen Preisen auf 1200 Dollar und in der Schweiz auf 1150 Dollar, während in Westdeutschland der Ertrag pro Kopf der in der Landwirtschaft tätigen Menschen nur 550 Dollar beträgt.

(Zuruf von der BP: Und in Bayern?)

— Das kann ich Ihnen auch sagen. Das ist eine sehr interessante Zahl. In Bayern ist der Ertrag pro Kopf der in der Landwirtschaft Tätigen eben 550 Dollar; denn in Bayern erzeugt der in der Landwirtschaft Tätige im Durchschnitt genau so viel wie im übrigen Bundesgebiet. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Bayern ist durchaus nicht schlechter als der Durchschnitt des Bundesgebiets, sondern sie hält sich absolut an den Durchschnitt. Wenn wir aus unserer Statistik sehen, daß die Produktivität der in Bayern insgesamt in Handel, Industrie und Landwirtschaft Tätigen niedriger ist als der Durchschnitt des Bundesgebiets — denn im Bundesgebiet ist der Durchschnitt 4000 DM pro Kopf der insgesamt tätigen Bevölkerung, während er in Bayern nur ungefähr 3100 ist —, so ergibt sich folgendes: Pro Kopf der landwirtschaftlich Tätigen sind es 2000 DM, pro Kopf der in Gewerbe und Handel Tätigen in Bayern ist der Durchschnitt nur 3730 DM, während er im übrigen Bundesgebiet 4800 DM beträgt. Daß wir eine beinahe um ein Viertel niedrigere Produktivität unserer Gesamtwirtschaft in Bayern haben, liegt nicht an der niedrigen Produktivität der bayerischen Landwirtschaft, sondern an der niedrigeren Produktivität der bayerischen gewerblichen Wirtschaft. Diese Ausführungen gehören aber in das Konzept des Herrn Wirtschaftsministers, der sich darüber Gedanken machen müßte, und nicht in das des Herrn Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Er kann beruhigt sein: Die bayerische Landwirtschaft produziert im Durchschnitt ebensoviele wie die Landwirtschaft im übrigen Bundesgebiet.

Die Zahlen, die ich Ihnen vorgelesen habe, zeigen, daß im ganzen Bundesgebiet und damit auch in Bayern — wenn man die Beispiele der angren-

zenden Länder Schweiz, Belgien und Holland zugrunde legt — tatsächlich noch **kolossale Reserven** vorhanden sind, um mehr zu produzieren. Nun ist es eine alte Tatsache jeder Wirtschaft: Man kann den Lebensstandard eines Volkes nur dann heben, wenn die Wirtschaft mehr produziert, nicht aber, wenn sie ihre Preise erhöht. Also nicht durch Preiserhöhungen, sondern durch **Mehrproduktion** ist ein Erfolg möglich. Wie da die Verhältnisse liegen, möchte ich Ihnen nur an einem Beispiel zeigen. Sehen Sie sich die Zahlen in der eisenschaffenden Industrie in Deutschland und in Amerika an! In Amerika produziert ein in der eisenschaffenden Industrie Tätiger 150 Tonnen im Jahre, ein in Deutschland in der eisenschaffenden Industrie Tätiger aber nur 50 Tonnen im Jahre. Das heißt, daß die Produktivität drüben pro Beschäftigten höher ist. Es ist deshalb selbstverständlich klar, daß man dann auch pro Beschäftigten höhere Löhne zahlen kann. Darum soll sich die Landwirtschaft meiner Auffassung nach nicht so sehr darüber beklagen, daß höhere Löhne gefordert werden. Es ist das natürlich unangenehm; das gebe ich Ihnen als Arbeitgeber zu. Wir dürfen aber eines nicht vergessen: Höhere Löhne zwingen zu höherer Produktivität, zur Rationalisierung und zwingen damit letztlich dazu, eine wesentlich bessere Wirtschaftspolitik zu betreiben.

(Zuruf von der CSU: Und das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag?)

— Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag gilt nicht nur für Bayern und Deutschland, sondern genau so gut für die Schweiz und die anderen Länder. Ich empfehle Ihnen nur, zu lesen, was der Herr Staatsminister über die Verwendung von Düngemitteln selbst sagt. Er ruft ja der Landwirtschaft zu: Verwendet mehr Dünger! Gerade in Bayern steht es sehr schlecht damit. Der Herr Landwirtschaftsminister sagte ebenso: Produziert mehr an tierischen Erzeugnissen, das heißt, nehmt mehr Futtermittel her! Jetzt können Sie ja nicht mehr sagen: Wir können die Futtermittel nicht kaufen, wir haben keine Devisen dazu! Im Gegenteil! Die deutsche gewerbliche Wirtschaft bringt Ihnen soviele Devisen, daß wir heute gar nicht mehr wissen, was mit den Devisen anfangen. Auch da sind alle Hemmnisse weg; es dreht sich nur darum, die Möglichkeiten heute zu nutzen.

Wenn mir nun heute morgen vom Herrn Kollegen Haisch gesagt wird, daß sich die Abnehmer, die Konsumenten in ihrem Konsum auch etwas nach den Produktionsmöglichkeiten richten müßten, so muß ich Ihnen erwidern, daß ich das in einer Wirtschaftspolitik für eine verfehlte Devise halte. Jede Wirtschaftsform, auch die Landwirtschaft, muß daran festhalten, daß für den Konsumenten gewirtschaftet wird und daß nicht der Konsument für die Wirtschaft da ist.

(Zuruf von der BP: Dann darf man sich nicht über die Spannen beklagen!)

— Über die Spannen beklagen? Dafür, wie es heute in der deutschen Landwirtschaft mit den **Qualitätsprodukten** oder Nichtqualitätsprodukten

(Dr. Bungartz [FDP])

steht, haben wir ein wunderbares Beispiel. In Deutschland lebt eine **Besatzungsmacht**, die auch Lebensmittel kauft. Sie kauft sie allerdings nach den Gesichtspunkten der Qualität und auch einer gewissen Reinheit und Sauberkeit, wie bei der Milch. Was sehen wir da? Die Milch müssen wir allerdings ausnehmen. In Deutschland wird eine Milch produziert und leider Gottes auch verkauft, die nicht tbc-frei ist, so daß die amerikanische Besatzungsmacht nach ihren Bestimmungen diese tbc-haltige Milch nicht verwenden darf. Sie ist deshalb gezwungen, diese Milch im Ausland zu kaufen. Es ist übrigens für die Oppositionspartei, ich möchte beinahe sagen, etwas Charmantes, wenn der eine Herr Minister tbc-haltige Milch verkauft und sogar Propaganda dafür macht, und der andere Herr Minister durch Röntgenreihenuntersuchungen dann die Erfolge dieser Tätigkeit schwarz auf weiß festhalten will. Man sagte mir einmal, das nenne man Koalition — aber das ist ja Ihre Sache.

(Heiterkeit)

Wie sieht es nun auf dem **Markt in der Landwirtschaft** aus? Die Milch wird nicht gekauft, obwohl die Amerikaner täglich 250 000 Liter benötigen. Dazu möchte ich dem Herrn Kollegen Haisch etwas sagen. Sie haben selbstverständlich recht; nicht durch Zwang, aber durch Propaganda müßten wir es in Deutschland so weit bringen, daß wir auch einen Liter Milch täglich pro Kopf verbrauchen, wie es in Amerika der Fall ist, und nicht nur einen Viertel Liter Milch, wie es bei uns in der Bundesrepublik üblich ist. Was allerdings dann die Hopferbauern und die Bierbrauer sagen werden, wenn wir Milch statt Bier trinken, das weiß ich nicht. Auf jeden Fall vom Standpunkt der Volksgesundheit aus wäre es wesentlich besser, wenn wir es halb so weit brächten, wie die Amerikaner, nämlich auf einen halben Liter Milch pro Tag und pro Kopf der Bevölkerung. Die Amerikaner führen also täglich 250 000 Liter Milch aus Dänemark ein. Nach den Zahlen, die ich eben von der Behörde bekommen, also nicht selbst zusammengesucht habe, wurden am 1. Juli bis zum 31. Dezember 1952 für Milch, Sahne und Käse 1,6 Millionen Dollar ausgegeben. Dazu kam bis zum 1. Oktober 1952 Butter im Werte von einer Million, dazu 320 Tonnen dänischer Emmentaler, dazu im Jahre 1952 für 6,5 Millionen DM Fleisch aus Argentinien und Jugoslawien, das von den amerikanischen Besatzungsbehörden gekauft wurde, für 66 000 DM Geflügel, für 60 000 DM Käse aus Holland, für 7,6 Millionen DM dänische Eier und für 50 000 DM Kartoffeln aus Belgien. Daraus ersehen wir klar und deutlich, daß eine Konsumentengruppe da ist, die noch die Freiheit der Wahl des Marktes hat und die sich ihre Ware dort kauft, wo sie sie besser und billiger bekommt, während ein Großteil unserer Bevölkerung nicht die Freiheit der Marktwahl hat und deshalb gezwungen ist, die Qualität zu kaufen, die ihr angeboten wird. Das heißt also, daß wir durch Einfuhrschleusen und ähnliche Dinge bei weitem nicht das kaufen dürfen, was wir möchten, sondern das nehmen

müssen, was uns vorgesetzt wird, und dazu noch zu Preisen, die manipuliert werden.

(Zuruf von der CSU: Wir dürfen doch die Maschinen auch nicht dort kaufen, wo sie billiger sind!)

— Oh doch! Landmaschinen sind vollkommen liberalisiert. Sie können sich englische, französische und amerikanische Landmaschinen kaufen — amerikanische allerdings nur, wenn Sie Dollar haben. Alle anderen aber können Sie kaufen, wo Sie sie kaufen wollen. Sogar der Zoll ist für Landmaschinen außerordentlich niedrig. Ich muß Ihnen sagen: Als Landmaschinenfabrikant bin ich immer dafür eingetreten, ausländische Landmaschinen hereinzulassen. Wir brauchen die Konkurrenz nicht zu fürchten; das sehen wir bei unserem Export.

Ich möchte also der Landwirtschaft zurufen: Gehen Sie den Weg des **Protektionismus** nicht weiter, den Weg, den Sie wünschen, der Ihnen vorgeschlagen wird, den auch der Herr Minister nun mitgehen will. Dieser Weg führt nicht zu einer Weiterentwicklung der Landwirtschaft, nicht zu einer Höherentwicklung. Wenn unsere deutsche und bayerische Landwirtschaft nicht die Möglichkeiten, die sie besitzt, ausnutzt, dann wird es immer und ewig unmöglich bleiben, endlich einmal dieses vereinigte Europa zu gründen, auf das wir ja hinsteuern müssen. Nun werden Sie mir mit Recht sagen, ja dazu brauchen wir **Kapital**. Wir brauchen Kapital zur Investierung für unsere Ställe, wir müssen besseres Vieh kaufen usw. Da haben Sie vollkommen recht. Nun sagt auch der Herr Minister in seiner Rede sehr viel über **Kreditbedürfnisse**. Ich persönlich vermisse aber viel zu sehr, daß hier Kreitanprüche in größerem Ausmaß von der Landwirtschaft gestellt werden, und sehe es nicht ein, daß wir der eisenschaffenden Industrie — —

(Zurufe — Heftiger Widerspruch)

— Lassen Sie mich doch ausreden! Ich sehe nicht ein, da wir einer Industrie, die nicht notleidend ist, wie die eisenschaffende Industrie, diese komische eine Milliarde Investitionshilfe hinwerfen müssen, wo sich jetzt zeigt, daß die Industrie sie gar nicht braucht.

(Sehr gut! bei der BP)

Das Geld wäre viel besser angewandt zur **Rationalisierung der Landwirtschaft**, und da vermisse ich gerade, daß die Landwirtschaft viel zu wenig dafür sorgt, daß sie sich rationalisieren kann. Da muß ich eines sagen: Nur wenn sie sich rationalisiert und mehr produziert, nicht aber wenn sie die Preise heraufsetzt, kommt sie zu Mehrerträgen und es wird endlich das Problem gelöst, daß sie ihre Leute besser bezahlen kann. Es ist — und da gehe ich mit Ihnen einig — auf die Dauer ein vollkommen unmöglicher Zustand, daß ein Landwirtschaftsarbeiter geringer bezahlt wird als ein Hilfsarbeiter bei uns in der Industrie.

(Zuruf von der BP: Paritätspreise!)

— Nein, nicht Paritätspreise; wir wollen freie Preise dadurch, daß wir eine höhere Produktion

(Dr. Bungartz [FDP])

haben und nicht immer mit diesen Schutzmethoden kommen.

Ich glaube, die Zahlen, die ich Ihnen vorgelegt habe, zeigen, welche Möglichkeiten bestehen, und ich möchte nur, daß der Herr Staatsminister und die bayerische Regierung in ihrer Landwirtschafts- und Agrarpolitik mehr die Wege gehen, wo es zu Gunsten der deutschen Landwirtschaft vorwärts geht, nämlich die **Wege der Marktwirtschaft**, und daß sie nicht auf dem Protektionismus verharren, den sie bisher immer noch predigen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Das Wort erhält der Herr Abgeordnete Hausleiter.

**Hausleiter** (fraktionslos): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht die Absicht, mich mit meinen Herren Vorrednern auseinanderzusetzen, aber vielleicht darf ich doch vorweg ein Wort zu dem sagen, was der Herr Kollege Dr. Bungartz ausgeführt hat. Er hat so einleuchtend über die **produktionssteigernde Wirkung von Lohnerhöhungen** gesprochen, daß wir ihn eigentlich auffordern sollten, den Vortrag, den er hier eben der Landwirtschaft gehalten hat, einmal auch vor seinen eigenen Unternehmerverbänden zu halten.

(Lachen bei der SPD)

Vielleicht wäre das ein sehr interessanter Vorgang und wir würden dann sehr genau sehen, ob die Unternehmerverbände mit der gleichen Anteilnahme seinen Vortrag über Lohnerhöhungen anhören würden, wie er es hier von der Landwirtschaft erwartet hat.

Ich darf vielleicht noch ein anderes Wort zur Berichtigung hinzufügen, und das ist folgendes: Er hat sich für einen erhöhten Verbrauch von **Milch** eingesetzt und hat gleichzeitig auf die schlechtere Qualität der deutschen Milch hingewiesen, insbesondere auf die **Gefahr der Tuberkuloseinfektion**. Ein solcher Hinweis wirkt nicht sehr werbend für die Erhöhung des Milchverbrauchs und bedarf deshalb einer Richtigstellung. Die humane Tuberkuloseerkrankung, gegen die wir die Röntgenreihenuntersuchung eingeführt haben, hat nichts mit der Rindertuberkulose zu tun. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge; es würde hier sonst der Eindruck entstehen, als könnte man durch den Genuß von unkontrollierter Milch lungenkrank werden.

(Abg. Bezold: Das kann man auch!)

— Nein, Herr Kollege Bezold, das ist nicht möglich. Es gibt die Lymphdrüseninfektion durch Rindertuberkulose, die viele Kinder durchmachen, wodurch sie in hohem Maße immun werden gegen die bovine Tbc; aber das hat nichts mit der humanen Tbc zu tun. Das muß, um hier eine Legendenbildung zu verhindern, festgestellt werden. Es wäre gut, wenn der Herr Kollege Dr. Bungartz sich für den Milchverbrauch werbend einsetzen, aber nicht

gleichzeitig eine medizinische Legende damit verkoppeln würde.

Nun darf ich von diesem Punkt weggehen und eines sagen: Die **Debatte über den Landwirtschafts-etat** im Lande Bayern hat schon eine gewisse Tradition angenommen. Im allgemeinen wird unser Herr Landwirtschaftsminister mit einer gewissen Milde hier behandelt. Er erlebt nur einen dramatischen Höhepunkt, nämlich in dem Augenblick, in dem sein Vorgänger spricht. Dann erleben wir den dramatischen Kampf von Vorgänger und Nachfolger in der bayerischen Landwirtschaft, ein Schauspiel, das wir leider diesmal vermissen mußten.

(Große Heiterkeit)

Nun darf ich eines sagen: Auch ich neige zu der milden Behandlung des Herrn Landwirtschaftsministers! Ich habe nämlich ein wenig die Hebamme gespielt, als er es wurde und sein Vorgänger die Flinte damals ins Korn geworfen hatte, das nicht vorhanden war.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber er hat hinreichende Milderungsgründe. Es gibt eine Partei im Bundestag, die hat die charmante Wendung erfunden, sie sei die **Opposition in der Regierung**; eine etwas undeutliche Wendung, und zwar deshalb: wenn eine Partei in der Regierung zugleich Opposition ist, dann hat sie ja die Möglichkeit, das Land von ihren Ministern zu befreien, indem sie das Ziel der Opposition erfüllt und sich selber stürzt. Der Herr Landwirtschaftsminister in Bayern vertritt in der Frage der Landwirtschaftspolitik in der Tat ebenfalls eine Opposition in der Regierung, und zwar in der Opposition zum Bonner Kurs. Soweit er das tut, darf er der Anteilnahme der gesamten Bauern und der gesamten Opposition im Bayerischen Landtag durchaus sicher sein; denn hier sehen wir etwas sehr Interessantes: Es gibt eine strukturelle Bauernopposition gegen den Bonner Kurs, die dadurch nicht gemildert werden kann, daß der einzelne Bauer zum Beispiel einer Regierungspartei angehört. Ich habe dem verehrten Kollegen Haisch heute sehr aufmerksam zugehört. Er hat das vernichtendste Wort über die Agrarpolitik von Bonn gesagt, das ich bisher gehört habe und das wir uns hier sehr sorgfältig einprägen sollten. Er hat gesagt, die Landwirtschaft gerät in die Gefahr, zum **Fronknecht des Exports** zu werden. Das ist in der Tat die eigentliche Gefahr der gegenwärtigen Bonner Wirtschaftspolitik. Nun ist es nicht so, wie Herr Kollege Dr. Bungartz meint, daß nur notwendige Importe hereinkommen und daß man die hereinkommen lassen müßte, um die Preise niedrig zu halten. Ich glaube, gegen die notwendigen Importe wird kein deutscher und kein bayerischer Bauer Protest erheben. Das, was zur Debatte steht, sind gegenwärtig die planlosen und überflüssigen Importe, und diese haben eine doppelte negative Wirkung. Erstens, sie schädigen die einheimische Produktion, sie vermindern den Anreiz zur Produktionssteigerung; denn wenn der Pfälzer Bauer weiß, daß sein Frühgemüse auf dem Feld verfault, weil 14 Tage vorher Frühgemüse

(Haußleiter [fraktionslos])

aus Holland hereinkam, so daß seines nicht mehr abgesetzt werden kann, so ist der Anreiz zur Produktionssteigerung bei ihm sehr vermindert worden. Ich behaupte deshalb, daß die Planlosigkeit der Importe, die man in Bonn als Gegengeschäft für den Export für wichtig hält, in der Tat eine erhebliche Gefahr für die deutsche Landwirtschaft geworden ist. Nun hat der Herr Kollege Haisch gesagt: Ja, dazu kommt ein anderer Faktor; wir haben heute insgesamt einen zu hohen Lebensstandard, das heißt, man verlagert das Bedürfnis nach einer zu hohen Qualität und schädigt dadurch die deutsche oder die bayerische Landwirtschaft, die auf Grund ihrer Struktur nicht immer Spitzenqualitäten produzieren kann. Ich behaupte, die Dinge sind anders. Der **Propagandaschlager vom zu hohen Lebensstandard** muß einmal sehr sorgfältig entlarvt werden. Wir haben nicht einen zu hohen Lebensstandard, sondern wir haben eine **zu große Genußsucht** in bestimmten Bereichen. Das bedeutet folgendes: Zu einem hohen Lebensstandard würden langfristige Anschaffungen gehören, dazu würde gehören ein Sparwille in der Bevölkerung, der Wille, sich ein Häuschen zu bauen — all das gehört zu einem hohen Lebensstandard und all das haben wir nicht. Dagegen haben wir im Schaufenster Bananen und Apfelsinen und Frühobst aus dem Ausland. Und nun ist es so: Der Bürger im liberalistischen Staat hat so wenig Zutrauen zur Dauer der gegenwärtigen künstlichen Verhältnisse, daß er sagt: Was soll ich auf lange Frist hin anlegen und sparen? Ich kaufe mir das, was es im Augenblick an verlockenden Dingen im liberalen Schaufenster gibt! — Deshalb ist hier ein ausgesprochenes Mißverständnis am Werk: Nicht ein zu hoher Lebensstandard, sondern eine **falsche Lenkung der Bedürfnisse** der Massen liegt vor, da man die falschen und sinnlosen Importe ins Schaufenster legt. Da kann der Herr Kollege Bundartz oder wer auch immer für die freie Marktwirtschaft — oder die „soziale Marktwirtschaft“, wie man das Ding witzigerweise nennt — sagen, was er will, eines steht fest: Eine vernünftige Marktordnung würde auch eine vernünftige Bedarfslenkung in sich enthalten, und genau das brauchen wir, wenn die bayerische Landwirtschaft nicht in eine kritische Lage kommen soll.

Hier muß ich ein Wort der Kritik sagen zu den Ausführungen des Herr Kollegen Kiene. Man sollte die Dinge, die sich hier tun, viel aufmerksamer betrachten. Gegenwärtig ist folgendes im Gange: Auf Grund der Wahlfinanzierung gewisser Parteien bildet sich ein **antimarxistischer Block**. Auf Grund der faktischen Lage unseres Volkes wäre richtig die Bildung eines **antiliberalistischen Blocks**, und die Vorkämpfer eines antiliberalistischen Blocks sind, wie Sie hier an den Rednergarnituren gesehen haben, durchaus die Bauern. Die Bauern in Deutschland wissen genau, daß jeder weitere Schritt zur Liberalisierung eine Gefährdung der Grundlagen bedeutet, auf denen sie stehen. Und wenn heute die Sprecher der bayerischen Bauern sagen, es sei Gefahr im Verzug, dann sollte man nicht — wie es der Herr Kollege Kiene meinte —

kommen und sagen: den Bauern geht es noch sehr gut, sondern man sollte eines wissen: Die Krisenlagen, die der Liberalismus hervorbringt, zeigen sich immer am ersten und am empfindlichsten dort, wo der Bauer steht.

(Sehr richtig bei der SPD)

Anders ausgedrückt: Der Beginn der kommenden Krisenlage zeichnet sich heute im Agrarsektor ab. Das spüren wir alle in der Milchwirtschaft und auf den Gebieten, auf denen man die Schranken der Liberalisierung am meisten beseitigt hat. Deshalb dürfte auch die Sozialdemokratische Partei als Opposition hier nicht sagen: dem Bauern geht es gut, sondern sie müßte die Lage des Kleinbauern ansehen und dann müßte sie — und hier ist ein antiliberalistischer Block zu bilden — einmal auch die positiven Ziffern des Bauernverbandes analysieren, die der Herr Kollege Kiene heute vorgetragen hat. Das sind statistische Ziffern. Die Ziffern, die der Bauernverband gegenwärtig produziert, erinnern mich an gewisse „Produktionserfolge“ des Kriegswirtschaftsministers Speer, der im Jahre 1944 in Prag angefangen hat, irgendwelche Sturmgeschütze zu produzieren.

Im Monat vorher waren es null und im nächsten Monat zwei Geschütze. Dann kam die Meldung: „Sturmgeschützproduktion in Prag um 200 Prozent gesteigert!“

(Heiterkeit)

Ähnlich ist es mit den **Vergleichsziffern des Bauernverbandes**. Wir müssen nämlich dem Bauernverband ein wenig auf die Finger sehen. Der Bauernverband hat eine Doppelfunktion. Er ist erstens Vertreter des bäuerlichen Interesses, und all seine Unterfunktionäre nehmen dieses Interesse mit großer Umsicht, Liebe und Zähigkeit wahr. Daran ist gar kein Zweifel. Seine Führung ist aber eine CDU-Führung. Und nun sehen wir folgendes:

(Zuruf)

— Hermes ist CDU-Mann. — Die Funktionäre des Bauernverbandes kommen jetzt vor der Wahl in folgende kritische Lage: Sie müssen erstens den Standpunkt der scheinbaren Opposition gegen die Regierung vertreten, und sie müssen zweitens den Bauern beruhigen hinsichtlich der Erfolge der Regierung, der der Bauernverband nahesteht. Das tut man, indem man zwischen die realen kritischen Erörterungen über den Milchpreis zum Beispiel Berichte über die fortschreitende Technisierung der Landwirtschaft einstreut. Das wird dann als großer Erfolg letztlich der Regierungspolitik gebucht.

Ich behaupte, die **Technisierungsziffern der Landwirtschaft** müssen wachsen, und ich behaupte, der mittlere und der kleine Bauer, der nicht im Zuge der Technisierung mitmacht, kommt in eine sehr miserable Lage. Wenn er sich aber seine Maschinen unter den schwierigsten Verhältnissen anschafft, dann beweist das nicht eine Blüte der Landwirtschaft unter dem Herrn Niklas als Bundeslandwirtschaftsminister, sondern dann bedeutet das, daß der mittlere und kleinere Bauer fast ohne Investitionsmittel zu einem Wettlauf gezwungen

(Haußleiter [fraktionslos])

ist, den er auf die Dauer nicht gut durchhalten kann.

(Abg. Eberhard: Also geht's ihm doch schlecht!)

Und deshalb sind die Ziffern des Bauernverbandes nur relativ genau wie die anderen, die ich auch zitiert habe. Man sollte sie einmal vergleichen mit der Entwicklung im Gewerbe und in der Industrie. Das wären die richtigen Vergleichsziffern! Wenn Sie sie nur auf die Ausgangslage von 1938 oder 1936 beziehen, dann erzeugen Sie nämlich in Wirklichkeit ein zu optimistisches Bild von der Lage des Bauern. Darum muß der deutsche Bauer in der Tat erkennen, daß die Politik, die ihm von der Maschinenindustrie oder von der Großindustrie empfohlen wird, wie es ja der Herr Kollege Dr. Bungartz so anschaulich getan hat, in einem ausweglosen Widerspruch zum bäuerlichen Interesse steht. Von da aus muß der heutige Regierungskurs abgefangen, kontrolliert werden. Und da sehen wir folgendes: In dem Augenblick, in dem es auf die Wahl zugeht, arrangiert der Bauernverband die berühmte jeweilige **Besprechung beim Herrn Bundeskanzler in Rhöndorf**. Das ist ein schöner Brauch.

(Heiterkeit)

Das war so vor den Gemeindewahlen, das war so vor den Landtagswahlen. Immer, wenn die Bauern wieder CDU wählen sollen, empfängt der Herr Bundeskanzler in Rhöndorf die Spitzen des Bauernverbandes. Diese tragen ihm dann ein konkretes Programm vor. Dieses Programm enthält 8 oder 10 der wesentlichsten Punkte, die ausgezeichnet sind. Das letzte Programm des Bauernverbandes war vortrefflich. Darauf teilt der Herr Bundeskanzler mit, er sei von den Ausführungen der Landwirtschaftsvertreter auf das tiefste beeindruckt,

(Heiterkeit)

er werde demnächst seine Sachverständigen zu Hilfe rufen und dann werde er die Durchführbarkeit der hiermit gemachten Anregungen sorgfältig prüfen. Diese Prüfung dauert bis kurz nach der Wahl, dann ist sie irgendwo eingeschlafen und der Bauernverband arbeitet mit den CDU-Bauern friedlich und freundlich weiter wie bisher.

(Allgemeine große Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Nun meine ich: Dieser Zirkel muß als falsch erkannt werden, deshalb entlarven wir ihn ein wenig und es muß eines gesagt werden: Wir haben heute die Politik des Liberalismus, gekoppelt mit einer sorgfältig durchdachten Methodik der Beschwichtigung der Bauern. Beides ist miteinander verbunden. Ich weiß nicht ganz genau, welche Funktion der Herr Landwirtschaftsminister dabei hat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Denn insofern, als er die Opposition der Bauern ausdrückt, beschwichtigt er sie dadurch, daß er

sagt: Auch die Opposition ist in der Regierung vertreten. — Das ist beruhigend.

(Heiterkeit)

Die Milde, mit der der Herr Landwirtschaftsminister aus diesem Hause betrachtet wird, kommt daher, daß man seine Zielstrebigkeit bewundert und mit einem gewissen Vergnügen auch die verschlungenen Wege beobachtet, auf denen er zu seinen Zielen zu gelangen pflegt.

(Heiterkeit)

Und nun meine ich eines: Die **Politik der Beschwichtigung** und der Planlosigkeit kann dort möglich sein, wo sich die Dinge nicht so hart im Raume stoßen, das heißt, sie ist möglich in der theoretischen Diskussion, sie ist auch hier im Hause möglich, aber sie ist nicht mehr möglich beim kleinen bayerischen Bauern, weil dort Beschwichtigung auf die Dauer nicht helfen kann. Dort kann nur eines helfen, nämlich daß an die Stelle der Politik der Planlosigkeit eine Politik der organischen Marktplanung gesetzt wird. Es gibt keinen anderen Weg. Wenn die Bauern das erkennen und die **Front gegen den Liberalismus**, der an der Macht ist, so durchhalten, wie Sie es hier in der Diskussion über alle Parteien hinweg getan haben, wenn dann der Herr Landwirtschaftsminister seine Stellung im Bundesrat ein wenig ausnützt und wenn schließlich nicht bloß die Spitzen des Bauernverbandes, von deren Zurückhaltung wir wissen, sondern auch einige energische Landwirtschaftsminister in Rhöndorf antreten würden, am besten noch vor der Wahl, weil es dann wirkt, dann könnte ich mir davon versprechen, daß die Wünsche, die der Landwirtschaftsminister hier selber ausgesprochen hat, auch von seiner Zentrale in Bonn stärker gefördert werden als bisher.

(Beifall bei BP und SPD)

**Vizepräsident Hagen:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Lenz.

**Dr. Lenz (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige ganz kurze Bemerkungen zu den kritischen Ausführungen der Herren der Opposition! Ich habe mich gewundert, daß der Herr Kollege **Frühwald** die Maßnahmen der Bundesregierung so kritisch gewürdigt hat. Ich erinnere nur daran, daß sein Vater, glaube ich,

(Heiterkeit)

bayerischer Experte für Agrarpolitik und Präsident des Bayerischen Bauernverbandes und damit auch Mitglied der Regierungskoalition im Bund ist.

(Zuruf des Abg. Frühwald)

Es wäre zweckmäßig, Herr Kollege Frühwald, wenn Sie noch einen Einfluß auf Ihren Vater haben sollten, ich weiß es nicht,

(Heiterkeit)

daß Sie diese Wünsche, die Sie hier ausgesprochen haben, Ihrem eigenen Vater einmal vortragen.

(Zuruf des Abg. Frühwald)

(Dr. Lenz [CSU])

Der Herr Kollege **Eisenmann** hat von einer verfehlten Agrarpolitik gesprochen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Liberalisierung, wollen wir einmal sagen, zu einem gewissen Preisrückgang in der Landwirtschaft geführt hat. Aber wir müssen uns doch das Gesamtbild und Gesamtmaßnahmen unserer Bundesregierung vor Augen führen. Meine Herren, wenn ich zurückdenke: Die uferlosen Debatten im Deutschen Reichstag über Schutz Zollfragen wären heute angesichts der außenpolitischen Situation unmöglich.

(Abg. Dr. Wüllner: Jetzt haben wir sie in der Wahlrechtsfrage!)

Seien Sie froh, daß es die gegenwärtige Bundesregierung fertiggebracht hat, einen Wunsch zu verwirklichen, den wir Jahrzehnte gehabt haben, nämlich das **System der Kontingentierung**! Meine Herren, Sie haben keine Vorstellung, was wir seinerzeit in der Schutz Zollfrage erreichen konnten, als man nicht wußte, wie sich Schutz zölle überhaupt auswirken. Heute ist es bei der Kontingentierung auf Grund der Statistiken, auf Grund des Ernteausfalls außerordentlich schwierig, aber jedenfalls ist mir dieses System lieber als das frühere Schutz zollsystem. Ich bin der Bundesregierung, und besonders dem Bundesernährungsminister, dafür dankbar, daß er die **Vorratsstelle** eingerichtet hat, um endlich einmal eine Einwirkung auf die Preisbildung der Landwirtschaft zu bekommen. Das ist die Voraussetzung für eine landwirtschaftliche Produktionsförderung,

(Zurufe von der BP)

darin wollen wir festhalten.

Meine Herren, nun kommt eine Feststellung. Wir haben früher 4 Milliarden Produktionswerte in der Landwirtschaft gehabt. Wir haben heute — und das ist überall festgestellt worden, Herr Minister — 10 bis 12 Milliarden, an denen wir festhalten wollen. Das können Sie nicht mit schlechten Maßnahmen erreichen, sondern nur mit entsprechend guten Maßnahmen. An dieser Kaufkraft wollen wir festhalten, gerade nachdem in der letzten Zeit diese Preisrückgänge gekommen sind. Ich habe in den letzten 30 Jahren die Beobachtung der Zurückhaltung der Kaufkraft gegenüber dem Mittelstand, dem Handwerk, dem Einzelhandel, der Kaufmannschaft nie so gravierend machen können, als zur Zeit schlagartig der Preisrückgang einsetzte.

(Zurufe von der BP)

Ich sehe in der **Kaufkraft der Landwirtschaft** das Wesentliche, wenn man über Preisbildung spricht.

Sie sprechen nun von **Liberalisierung**. Ich habe erst vor einigen Tagen Gelegenheit gehabt, mit dem Herrn Bundeslandwirtschaftsminister, Professor Dr. Niklas zu sprechen; denn das ist eine wichtige Frage für die Bauern, auch allgemein volkswirtschaftlich betrachtet. Er erklärte mir — diese Feststellung haben schon mehrere Herren gemacht —, daß eine wesentliche Einfuhr überhaupt nicht stattgefunden hat, sondern daß die Preise von irgendwoher — ich möchte darüber nicht weiter sprechen — in einer bestimmten Art und

Weise beeinflußt worden sind. Meine Herren, wie kommt es, daß der Verbraucher 40 und 42 Pfennig für die Milch zahlt und vielleicht nur 2 Pfennig Nachlaß bekommen hat, während der Bauer 7 und 8 Pfennig Nachlaß bekam? Woher kommt das? Ich will nicht weiter darüber sprechen; ich weiß, meine Freunde in der Landwirtschaft nehmen mir das nicht übel. Die Preisbildung hat man — da möchte ich den Bauernverband ansprechen; meine Herren, ich kenne die Dinge seit 30 Jahren — bis heute nicht richtig geregelt. Das können Sie nicht rechtfertigen, daß wir heute 18 und 20 Pfennig Handels spanne haben. Ich will darauf nicht näher eingehen. Ich möchte auch keine Vorwürfe machen.

(Zurufe von der BP)

Die einzige Möglichkeit ist — und die wollen wir anstreben — die **Stabilisierung der Preise**. Das ist die Voraussetzung.

(Zuruf von der BP: Warum so aufgeregt?)

Das kann man nur machen, wenn von dem Markt eine große Menge, sagen wir Butter, herausgenommen wird. Staatssekretär Sonnemann und Professor Niklas haben erklärt, das machen wir. Das wird auch gemacht. Ich habe persönlich die Überzeugung und das Vertrauen, daß hierdurch eine gewisse Stabilität kommt, vielleicht sogar noch eine Besserung. Meine Herren, wir haben im Mai, Juni immer einen gewissen Preisrückgang gehabt. Das ist eine alte Erfahrung. Aus diesem Grunde muß das, was aus dem Markt herausgenommen wird, später wieder zurückgeführt werden. Das ist die schwierige Frage und das große Problem: Können wir das Herausgenommene jetzt in den Markt zurückgeben oder nicht? Ich habe einen Vorschlag, besonders da die Brotversorgung nun eine andere geworden ist, weil die Subvention weggefallen ist. Viele Menschen sind zu mir gekommen und haben geklagt: Warum nimmt man uns das weg, das billige Konsumbrot für 50 Pfennig? Man hat die Klagen nicht beachtet. Das war immerhin eine Erleichterung. Es wäre vielleicht zweckmäßig, Herr Minister, wenn man diese Bestände zur Stabilisierung der Preise in die sozial schwachen Schichten unseres Volkes hineinbringen könnte oder in Krankenhäuser, bei denen wir immer Defizit haben, in Kinderbewahranstalten, Altersheime, in kinderreiche Familien. Glauben Sie denn, daß der Milchpreis in kinderreichen Familien keine Rolle spielt? Ist es für sie nicht ein Unterschied, ob sie 35 oder 42 Pfennig zahlen müssen? Meine Herren, das könnte man ohne weiteres machen!

(Zurufe von der BP)

Die Bestände könnte man ohne weiteres dort hintun. Das sind aber auch Angelegenheiten der Berufsvertretungen.

(Jawohl! bei der BP)

Darauf mache ich insbesondere den Herrn Kollegen Frühwald aufmerksam.

**Vizepräsident Hagen:** Herr Kollege, darf ich eine Bitte aussprechen? Nächstens kommt der Bundeswahlkampf. Wenn Sie Ihre Stimme jetzt nicht schonen —

(Heiterkeit)

**Dr. Lenz (CSU):** Meine Herren, das ist eine so wichtige Frage, daß sie mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden muß, weil sie sonst manche Herren nicht verstehen.

(Zuruf von der BP: Da müssen Sie nach links schauen!)

Meine Herren, noch einiges zur **Siedlungsfrage**, weil sie hier sehr kritisch beurteilt wurde. Herr Kollege Falk hat von zwei Fällen gesprochen. Meine Herren, ich würde Sie doch bitten, gerade in der Frage der Bodenreform sehr vorsichtig zu sein, mit einzelnen Fällen aufzuwarten. Sprechen Sie doch von den Tausenden von Fällen, die gut waren! Der Herr Minister hat Ihnen erklärt, daß 15 000 Familien in der Betreuung der bayerischen Siedlungsbehörde stehen, 6000 Vollbauernstellen, 3000 Nebenerwerbssiedlungen und eine große Anzahl von Kleinsiedlungen, 15 000 von 30 000 Anwärtern! Und da behauptet man, es wäre nichts geschehen!

(Abg. Eisenmann: Das haben wir nicht kritisiert!)

117 Millionen hat man hierfür ausgegeben. Ich bin dem Minister außerordentlich dankbar, auch der bayerischen Regierung und der Bundesregierung.

(Zuruf des Abg. Falk)

daß sie gerade die Fragen der Siedlung im Interesse unserer Heimatvertriebenen vorwärtsgetrieben haben. Ich muß hier feststellen, daß sich das Flüchtlingssiedlungsgesetz ausgezeichnet ausgewirkt hat.

(Zuruf des Abg. Schreiner)

Es wird auch behauptet, daß 97 Prozent Flüchtlinge angesiedelt wurden. Ich persönlich bin der Überzeugung, Herr Minister, daß dieser Prozentsatz nicht stimmt. Wir haben 36 000 Hektar Bodenreformland. 40 Prozent von diesem Bodenreformland sind als Anliegersiedlung an die einheimischen Bauern abgegeben worden. Das möchte ich einmal feststellen. Man kann also nicht sagen, daß nur Heimatvertriebene angesiedelt wurden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur eine Bitte aussprechen, und zwar hinsichtlich der **Nebenerwerbssiedlungen**. Eigenheime zu bauen, ist nicht möglich — ich bin ein Anhänger des Baues von Eigenheimen —, aus dem einfachen Grund, weil sie nicht finanziert werden können. Bei den Nebenerwerbssiedlungen haben wir dagegen die besten Erfolge. Sie sind billiger und man kann mehr Familien unterbringen als bei Vollbauernstellen. An Stelle einer Vollbauernstelle kann man vier bis fünf Nebenerwerbssiedlungen schaffen. Es ist sehr gut, Menschen anzusiedeln und ihnen ein kleines Stück Boden wiederzugeben. Da möchte ich nun die Bitte aussprechen, wenn es möglich wäre, eine entsprechende Verordnung zu erlassen oder, wenn das notwendig ist, eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Verschiedene Gemeinden und Gemeindeverbände, auch Städte, haben sich an die Oberste Siedlungsbehörde gewandt mit der Bitte, man möge ihnen Bodenreformland, das in unmittelbarer Nähe von Städten liegt, zur Verfügung

stellen. Das ist auf Grund des Bodenreformgesetzes nicht möglich. Die einzelnen Leute können aus finanziellen Gründen nicht mehr siedeln. Es sind aber genug Gemeinden und Städte da, die sehr gern bereit wären, Siedlungen zu schaffen, wenn ihnen Bodenreformland zur Verfügung gestellt würde. Ich bitte Sie, Herr Minister, diese Dinge zu überprüfen und, wenn es einigermaßen möglich ist, den Städten entgegenzukommen und ihnen Bodenreformland bei entsprechenden Preisen abzugeben. Das wollte ich ganz kurz ausführen.

**Vizepräsident Hagen:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Priller.

**Priller (SPD):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist etwas schwierig, nach so viel gescheiten Reden, nach so vielen Ausführungen, die sehr nützlich gewesen sind, nach manchem Luftstoß nun über Leute zu sprechen, die auch zur Landwirtschaft gehören und die man leider immer wieder vergißt. Es ist richtig, wir haben 504 000 Bauern und 36 000 Flüchtlingsbauern im bayerischen Land. Wir haben aber auch 67 000 **Landarbeiter** und Landarbeiterinnen, 6000 Melker, 5000 Angestellte und 130 000 landwirtschaftliche familienfremde Dienstboten. Dazu kommen 130 000 versicherte familieneigene landwirtschaftliche Dienstboten. Darüber hinaus wären noch die mithelfenden Bauernkinder zu nennen; doch ihre Zahl kann ich nicht angeben. Wir wissen aber auch, daß in der bayerischen Landwirtschaft 75 Prozent des bäuerlichen Besitzes Anwesen mit weniger als acht Hektar umfassen. Bei diesen — das geben wir ohne weiteres zu — ist es hart, recht hart, mit der heutigen Zeit mitzukommen.

(Abg. Kiene: Sehr richtig!)

Da ist auch die **Leutenot** in den Zeiten der Arbeitsspitzen, weil sie zur Zeit nicht in der Lage sind, das soziale Klima zu schaffen, das erforderlich wäre.

Bei den übrigen 25 Prozent, den größeren Bauern und Gutsbesitzern, haben wir auch heute keine Leutenot mehr. Ich sage absichtlich „Leutenot“ und nicht „Landflucht“; denn diese wird man nie unterbinden. In der Landwirtschaft handelt es sich um eine Leutenot.

Wir haben uns im Unterausschuß für die Landarbeiterfrage zwei Jahre lang in 40 Sitzungen bemüht, das Problem einer Lösung entgegenzubringen. Es ist uns gelungen, sehr gute Erkenntnisse zu erarbeiten und, was interessant ist, wir 14 Ausschußmitglieder, zusammengesetzt aus allen Parteien, haben uns in dem kleinen Rahmen in den meisten Fragen verständigen können. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß die bayerische Verfassung, und zwar in Artikel 168, den Landarbeiterfrauen ein bestimmtes Recht gibt. Der Lohn der Landarbeiterfrauen liegt heute noch weit unter dem der Männer in der Landwirtschaft. Dieser geringere Lohn ist nicht berechtigt und müßte angeglichen werden. — Wir sind weiter zu

(Priller [SPD])

der Überzeugung gekommen, daß das Urlaubsgesetz vom Jahr 1950 in seinem Artikel 3 ein Ausnahmegesetz für die landwirtschaftlichen Dienstboten darstellt. Deshalb haben wir einstimmig vorgeschlagen, möglichst bald eine Gesetzesänderung herbeizuführen. Der Landwirtschaftsausschuß und ebenso der sozialpolitische Ausschuß haben diesen Antrag einstimmig angenommen. Das ist eine Tat, die dazu führen wird, das Minderwertigkeitsgefühl bei den jungen landwirtschaftlichen Arbeitern einmal zu beseitigen.

Die Landwirtschaft braucht **Arbeitskräfte**; denn Wissenschaftler, Bauerndoktoren haben wir genug. Wenn wir mit den Oberschulen so weiter machen, bekommen wir so viele Theoretiker, daß wir uns in einigen Jahren fragen müssen; Wer tut denn draußen noch die Arbeit?

(Sehr gut!)

Deshalb müssen wir auf die praktische Berufsausbildung in der Landwirtschaft Wert legen. Eine Gesetzesvorlage liegt bereits vor. Ich bitte darum, daß diese Gesetzesvorlage bald in das Plenum des Landtags kommt. Wir wollen in der Landwirtschaft genau so wie im Gewerbe Lehrlinge, Gesellen und Meister haben. Wir wollen Facharbeiter heranbilden, die wir heute schon in den Nebenberufen bei der Landwirtschaft haben. Das bedingt selbstverständlich, daß der Lohn — es ist die Forderung gestellt worden auf eine dreißigprozentige Erhöhung beim Facharbeiter, was ein Ansporn sein soll — erhöht wird. In dieser Forderung gehen wir einig mit den **Jungbauern der Katholischen Aktion**, die in Altötting zu 50 000 demonstriert haben. Einige maßgebende Herren haben dort erklärt, es muß eine Besserung eintreten. Alle Männer der Landwirtschaft, die es ernst meinen, müssen auf Seiten dieser Jugend stehen und ihr zeigen, daß die Landwirtschaft ein Beruf ist, den zu ergreifen sich lohnt, bei dem man, wenn man älter wird oder eine Familie gründen will, auch eine Hilfe hat und vorwärts kommen kann. Bisher war das leider nicht der Fall. Die Sozialpolitiker kennen die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste. Das Bestreben, die Sozialversicherungsbeiträge möglichst gering zu halten, hat dazu geführt, daß die alten landwirtschaftlichen Arbeiter heute schlechte **Renten** bekommen, viel schlechtere Renten als andere, die leichter durchs Leben gegangen sind, weil sie auf einem besseren Posten gestanden haben. Das weiß die heutige Jugend. Deshalb möchte ich im besonderen betonen, hier muß eine Besserung eintreten, und die kann eintreten, wenn wir zusammenstehen. Das ewige Gejammer, daß es der Landwirtschaft schlecht geht, daß man nicht kann, führt mit der Zeit zu einer Schädigung. Wo zu helfen ist, haben wir Ihnen ja gezeigt: Bei den 75 Prozent der Kleinen ist zu helfen. Da müssen aber die 25 Prozent, die etwas leisten können, beispielgebend vorgehen.

Ich persönlich, der ich so lange in dieser Bewegung stehe, kann Ihnen heute sagen, daß die **landwirtschaftlichen Güter**, die größeren Güter —

nicht die Staatsgüter, es gibt auch Privatgüter, ich meine alle zusammen — heute ein soziales Klima haben, daß wir dort absolut keine Leutenot haben und daß wir dort zum größeren Teil noch diejenigen heimatvertriebenen Landarbeiter haben, die einmal auf eine Bauernstelle kommen wollen und die nicht weggehen, weil sie Liebe zur Landwirtschaft haben. Die größeren Güter haben die Lohnerhöhung, die sie uns gegeben haben, und zwar von 3 Pfg. an der Spitze bei 90 Pfg. Bruttolohn, zum Teil zurückbekommen, indem sie mehr rationalisiert haben. Gewiß, es gibt verschiedene Rationalisierungen; aber bei den Arbeiterinnen und Arbeitern ist rationalisiert worden; denn wir haben im Jahre 1951/52 im Winter in ganz Bayern nur 9000 arbeitslose Landarbeiter und Landarbeiterinnen gehabt, während wir in diesem Winter 15 000 arbeitslose Landarbeiter und Landarbeiterinnen hatten. Man kann also bei den Betrieben, die wirklich die Leute beschäftigen können, nicht von einer Leutenot sprechen.

Ein weiteres Kapitel ist die **Wohnungsfrage**, die Frage der Unterbringung überhaupt. Ich will nicht das alte Lied singen, daß in den Räumen Heimatvertriebene drin sind. Das will ich gar nicht singen, das ist so bekannt. Die wären längst weg, wenn sie könnten. Aber hier fehlt es schon an der eigenen Initiative. Man kann nicht alles vom Staat erwarten.

(Sehr richtig! vom BHE)

Die Landwirtschaft muß selbst in den Säckel greifen. Ich könnte mir das so denken: Wenn Sie schon bei den kleinen Betrieben, die ja 75 Prozent ausmachen, die Leutenot haben, dann bitte, bauen Sie in jedem Dorf ein bis zwei Arbeiterwohnhäuser! Dann können die jungen Leute heiraten und können die Arbeit machen, die die eigenen Bauernkinder nicht mehr machen, weil sie in irgendeine Lehre oder zum Studium gehen. Das sind Erkenntnisse, die ich mir in meiner langjährigen Praxis innerhalb der Land- und Waldarbeiterschaft erarbeitet habe. Eine andere Lösung wird es nicht geben. Für die Rückkehr zum patriarchalischen sogenannten Ehehalten-System — das wäre ja wunderschön, und in den Romanen klingt es auch wunderschön — ist die Zeit vorbei.

Ein Beweis dafür, daß bestimmte Herren in der Landwirtschaft die heutige Zeit noch nicht begriffen haben, ist folgendes Dienstbuch, das ich hier habe. Es ist recht gut gemeint. Herausgegeben ist es im Benehmen mit dem Bayerischen Bauernverband. Es ist sicher gut gemeint; es enthält einen Arbeitsvertrag, einen Einzelvertrag, es garantiert sogar den Tarifvertrag usw. Dann wird der Lohn eingetragen und dann heißt es: „Dieses Dienstbuch bleibt ständig auch nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses beim Arbeitgeber.“ Meine Herren, was haben Sie sich denn gedacht? Sie schließen einen Vertrag ab, tragen das Buch ins Zimmer hinaus, der Betreffende muß alle Monate quittieren, und sehen wird er es nie mehr. Da hätten Sie schon hineinschreiben sollen: Dieses Dienstbuch — wenn Sie es schon so heißen — wird doppelt ausgefertigt; eines gehört dem Arbeitgeber und eines

(Priller [SPD])

behält der Arbeitnehmer. Das ist nur eine kleine Sache.

(Zuruf von der BP)

— Ich beziehe mich auf das, was hier steht. Das hätten Sie nicht hineindrucken dürfen, Herr Kollege Ernst: Sie sind im Präsidium, also schaffen Sie das ab!

(Abg. Ernst: Das wird zum Teil gemacht!)

— Im allgemeinen ist es eine recht gute Arbeit.

Ein weiterer Punkt, den wir hinsichtlich des sozialen Klimas in der Landwirtschaft noch wünschen, ist die **Regelung der Arbeitszeit**. Selbst unsere Gewerkschaften haben einen Tarifvertrag unterschreiben müssen infolge der Lage der Landwirtschaft, gerade dieser kleinbäuerlichen Betriebe, mit einer 70stündigen Arbeitswoche. Und diese 70stündige Arbeitswoche wird in den Kleinbetrieben auch noch überschritten. Hier muß infolge der Rationalisierung und Mechanisierung eine Änderung eintreten. Es ist möglich — wenn man zugreift, selbstverständlich —, in viel kürzerer Zeit die Arbeit zu machen. Es ist auch in der Landwirtschaft möglich, wie wir es schon auf Gütern haben, daß der Samstagvormittag frei ist. Es ist weiter möglich, daß man der verheirateten Frau — und auch der Bäuerin, das ist Ihre erste Aufgabe, meine Herren Arbeitgeber — einen freien Tag im Monat gibt, damit sie irgendwas für sich tun kann. Das ist möglich; denn das ist ja das Unglück gewesen, daß man geglaubt hat, mit einer Einschränkung der Konsumtion, mit einer schlechteren Lebensweise und mit dem Spruch: „Das leidet's nicht, das können wir nicht kaufen“ durchzukommen, während man immer weiter hineingerutscht ist. Und auf einmal kommen wir da halt nicht heraus. Glauben Sie mir, ich rede nicht wie der Herr Landwirtschaftsminister mit den Bäumen im Wald oder mit den Kühen im Stall. Ich rede mit den Landarbeitern und auch mit den Dienstboten. Es kommt sogar vor, daß ich zu einem Bauern komme, mit dem ich mich unterhalte, und daß er sagt: Schau Dir einmal mein Zeug an! Ich komme sehr gut mit ihnen aus. Wenn ich aber einem kleinen Bauern sagen würde: Du, ich will Deinen Knecht organisieren und Deine Magd, dann wäre es schon anders. Aha, sagte der, Du bist auch einer von den Sozi, Du bist auch a solchener, der mir meine Leut' aufwiegeln möcht! Das ist eine Sache, die wir ja nicht machen wollen. Die kommen schon von selbst zu uns, wenn sie Klagen haben. Und was ich hier vortrage, sind ja nichts anderes als Klagen, die die Leute an mich heranbringen.

Um noch einmal auf den Unterausschuß zurückzukommen: Wir haben doch 39 Beschlüsse gefaßt. Der eine betrifft eine Gesetzesänderung, und zwar eine Änderung des Urlaubsgesetzes, die sehr notwendig ist. 29 Beschlüsse sind Empfehlungen, reine Empfehlungen an die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Die brauchen hier nicht besprochen zu werden. Aber 6 Beschlüsse sind dabei, zu denen wir etwas Mittel brauchen. Damit wird sich der

Landtag wohl oder übel einmal beschäftigen müssen. Wir haben ja dem Herrn Landwirtschaftsminister schon einmal gesagt, er muß bei der Planung seines Etats auch einen bestimmten Betrag für die Leute einsetzen, die wir zu vertreten haben; denn das ist auch Förderung der Landwirtschaft. Das könnte man ruhig von den anderen freiwilligen Leistungen, die im Übermaß vorhanden sind, abziehen. Ich könnte mir zum Beispiel denken, daß der reiche Wald gar nichts mehr braucht, der hat Geld wie Heu. Ich könnte mir denken, dieses Geld könnten wir letzten Endes da verwenden. Ich kann mir auch denken — ich sage offen, ich habe da lachen müssen —, daß die Viehhändler keine Subvention und keine Schule vom Staat brauchen. Da haben auch 10 000 DM drin gestanden; nun sind sie ja weggekommen. Ich glaube, daß die Bauern da mit uns einig sind, daß die Viehhändler doch nicht unter die armen Leute gehören und daß wir ihnen die Viehhändlerschule, die sie errichtet haben, auch noch finanzieren müssen, damit sie dann, wenn es zum Aushandeln geht, für die Kuh oder das Kalb, das verkauft wird, die Bauern noch mehr über die Ohren hauen können.

(Zuruf: Die werden dann geschult!)

Da wollen wir nicht mithelfen.

Nun ein weiteres Wort! Wir wünschen also, daß von diesen Entschlüssen all das Wirklichkeit wird, was wir so ernstlich erarbeitet haben. Wir haben wirklich fleißig geprüft, untersucht und abgestimmt, was man eben in einem Ausschuß so tut. Wir haben manchmal bedauert, daß die Presse diesen Ausschuß, der so allein da tagte, oft so wenig beachtet hat. Ich muß aber anerkennen, daß der Bauernverband in seinem Organ wiederholt ziemliche Ausführungen darüber brachte. Ich meine hier die allgemeine Presse.

Nun, Herr Kollege Haisch, Sie haben gesagt, es würden in den Metzgerläden nur Schnitzel und Koteletts verlangt. Ich kenne diese Ausdrücke auch von den Metzgermeistern draußen. Es mag sein, daß dies da und dort richtig ist. Ich glaube aber natürlich nicht, daß nur Schnitzel und Koteletts verlangt werden; denn — ich denke da an die Landarbeiter — wie sollten die nur Schnitzel und Koteletts kaufen! Das ist ja das teuerste.

(Abg. Haisch: Die haben ihre Deputate!)

— Aber kein Fleisch!

(Abg. Haisch: Ja freilich!)

Ich gebe zu, daß die jungen Hausfrauen auf dem Lande heute vielleicht sehr viele Pfannenspeisen herstellen. Es wäre Aufgabe des Herrn Landwirtschaftsministers, dafür zu sorgen, daß die Mädchen in den ländlichen Hausfrauenschulen recht fleißig das Kochen lernen, damit man auch die anderen Sachen verwerten kann. Das ist eine Erscheinung, die man nicht nur auf dem Land, sondern auch in der Stadt hat.

(Heiterkeit)

Schauen Sie doch in eine große Metzgerei in der Stadt, Herr Kollege Haisch! Dort gibt es Würstwaren, von denen 100 Gramm 20 Pfennig kosten,

(Priller [SPD])

und von diesen 20-Pfennig-Wurstwaren werden an alle die armen Leute, die sich die besseren Sorten nicht kaufen können, Mengen verkauft. Bei den Leuten, denen es gutgeht, ist eine Geschmacksänderung eingetreten. Da ist es in der Stadt so wie auf dem Lande: 75 Prozent haben es halt und 25 Prozent haben es nicht.

(Abg. Haisch: Die kaufen nach Ihrer Ansicht alle die billige Wurst?)

— Nein, nein! Mengen werden davon gekauft, weil die Leute die andere Wurst ja gar nicht kaufen können. Ich will das nur im Interesse der Wahrheit richtigstellen.

Nun ein Wort zur **Milch**! Ich habe Ihnen schon gesagt, daß wir ein Berufsausbildungsgesetz brauchen. Wir sind nahe daran. Wenn Sie von der Gewerkschaft etwas hören, so schauen Sie manchmal etwas eigenartig und sagen: Ja, die Gewerkschaft! Im vorigen Jahr hat unsere Fachgruppe Melker das erste Leistungsmelken abgehalten. Am vergangenen Samstag hatten wir in Fürstenfeldbruck wieder ein solches Leistungsmelken durchgeführt. Unsere organisierten Melker sind mit dem größten Eifer angetreten.

(Abg. Haisch: Das haben wir im Bauernverband schon seit fünf Jahren.)

— Aber nicht mit Fachmelkern. Wir machen es mit diesen.

(Abg. Haisch: Auch das!)

— Wir machen es mit den Fachmelkern, Herr Kollege Haisch! Sie haben uns nie dazu eingeladen, weil wir gewerkschaftlich organisiert sind. Sie haben ja direkt Angst vor uns.

(Heiterkeit)

Es waren 18 organisierte Melker in Fürstenfeldbruck angetreten. Und jetzt müssen die Bauern aufpassen: Diese Melker haben allen bisherigen Leistungsmelkern voraus gehabt, daß sie restlos ausgemolken haben. Das haben die Herren von der Regierung gesagt.

(Abg. Haisch: Das ist ja selbstverständlich!)

— Ja, restlos ausgemolken; das ist nicht immer der Fall, wenn Sie Ihre Prüfungen in den Melkkursen durchführen.

(Zuruf: Das ist vielversprechend!)

Ein Wort nun zum **Zwischenhandel bei der Milch**. Unsere Melker haben heute keine entsprechende Bezahlung, bei 60 bis 70 Stunden in der Woche. Diese Melker haben ja nicht nur zwei Kühe, sondern 22 Kühe täglich zweimal zu melken. Das ist schließlich etwas anderes, als wenn irgendeiner nur drei Kühe melkt. Diese Melker haben am Samstag in Fürstenfeldbruck in Anwesenheit der Regierungsvertreter erklärt, daß der Werkmilchpreis von 20,8 Pfennigen keine Gabe mehr sei, da er die Kosten nicht mehr decke. Sie haben mir aber auch erklärt, daß der rückgehende Preis bei der Milch, die sie nicht abliefern, auch keine Gabe mehr sei. Sie haben mir gesagt: „Du, Priller, wie steht es

denn mit dem Zwischenhandel? Glaubst du nicht, daß der zuviel kriegt?“ Ich habe dann das Schreiben vom Referat Milch und Fett herausgezogen und ihnen gezeigt: Da 3 Pfennig, da 4 Pfennig, da 5,5 Pfennig. Als ich ihnen dann sagte, daß der Großhandel 4,5 Pfennig, der Kleinhandel 5,5 Pfennig usw. bekommt, da haben sie gefragt: „Was tut denn der Großhandel dabei? Da stimmt etwas nicht!“ In der Schweiz, wo die Genossenschaften die Sache machen — sagen Sie mir jetzt nicht, daß das kein Vergleich ist! —, bekommt der Bauer 43 Rappen und der Käufer zahlt 50 Rappen für die Milch.

(Abg. Haisch: Es ist nur interessant, daß uns die Gewerkschaft bei der Kürzung der Handelsspannen unterstützt hat!)

Einen Moment! Ich weiß nicht genau, wie das ist; ich bin nicht im Bilde. Aber ich bin schon immer dafür, daß die Zwischenhandelsspannen zusammengepreßt werden. Unsere Zwischenhandelsspannen gehen heute bis zu 75 Prozent. Ja, wenn ich die Werkmilch nehme und den Preis von 42 Pfennig pro Liter, so ist es noch schlimmer, denn es geht schon auf 100 Prozent. Da stimmt doch etwas nicht! Es ist Ihre Aufgabe, als Bauernverband, als Referat für Milch und Fett, und es ist auch Ihre Aufgabe, Herr Minister, hier einzugreifen, weil wir die Überzeugung haben, daß der Erzeuger den gerechten Preis bekommen muß. Nach Aussage unserer Melkermeister — das sind Meister mit 20-, 30jähriger Praxis, keine jungen Leute! — kann man mit 20,8 Pfennigen, mit 23 und 24 Pfennigen heute keine Milch mehr herstellen. Der Preis müßte um 3 bis 4 Pfennig höher liegen; dann wäre er ungefähr richtig und, wenn alles stimmen würde, bräuchte der Verbraucher nicht mehr zu bezahlen. Ich selbst bin darauf gekommen, daß die Stützungsaktion für die Bauern und Molkereien anscheinend sehr, sehr weitherzig gehandhabt wird.

Nun noch ein anderes: Ich habe Ihnen schon früher gesagt, daß wir landwirtschaftlichen Arbeitnehmer — das sind die 368 000, von denen ich gesprochen habe — den Wunsch hätten, mitzubestimmen innerhalb der Landwirtschaft. Ich spreche da von der Landwirtschaftsabgabe und von den damit verbundenen Kämpfen um die **Bauernkammern**, um die **Landwirtschaftskammern**. Da wollen wir **mitbestimmen**. Wir wollen Sie nicht überstimmen. Das haben wir auch vor 1933 nicht getan. Wir haben vorzüglich zusammen gearbeitet, weil ja nur Fachfragen behandelt worden sind. Und was haben Sie nun im Präsidium des Bayerischen Bauernverbandes getan? Sie haben erklärt: Ja, zu einem Drittel könnt ihr euch beteiligen, aber von dem Drittel bekommt ihr Arbeitnehmer wieder nur die Hälfte, also ein Sechstel. Das haben Sie im Jahre 1953 erklärt, und das beweist Ihre Einstellung gegenüber den Gewerkschaften. Sie haben erklärt: Die Gewerkschaftsfunktionäre, also zum Beispiel ich, dürfen nicht hinein. Ich hätte also nur ein Vorschlagsrecht, obwohl ich ein ganzes Leben lang gearbeitet, obwohl ich meine zwei Jahre Dienstzeit bei den Bauern abgedient habe. Heute sagen Sie mir einfach: Du darfst nicht mitberaten. Da stimmt

(Priller [SPD])

etwas nicht! Sie wollen uns nicht haben. Sie haben wohl Angst, wir könnten da zu weit hineinsehen?

(Abg. Haisch: Lassen Sie Bauern hinein?)

— Jawohl, die sind drin, soweit sie organisiert sind. Bitte, wir haben 50 Prozent besitzende Waldarbeiter organisiert, die volles Recht bei uns haben, und sehr viele Kleinbauern. Im Allgäu haben wir sogar Bauern bis zu 6 Kühen innerhalb der Gewerkschaft organisiert, weil sie im Nebenberuf Forstarbeiter sind. Es würde aber zu weit gehen, darüber noch mehr zu sprechen. Sehen Sie: Den Bayerischen Bauernverband erkennen wir als Berufsvertretung an. Wir bedauern nur, daß Sie uns nicht in die Landwirtschaftskammern nehmen, die Sie auf Grund der Monopolstellung innerhalb des Bauernverbands haben, daß Sie uns nicht gleichberechtigt mitarbeiten lassen. Die Gleichberechtigung hätten wir in Bayern trotz der Paritätsforderung im deutschen Land nur zu einem Drittel.

(Abg. Haisch: Sie wollen die Gleichberechtigung auch den mitarbeitenden Kindern nicht geben!)

— Wieso nicht?

(Abg. Haisch: Das haben Sie schon wiederholt gesagt.)

— Ein Kind kann doch nicht über sich selbst bestimmen. Es sind Millionen Kinder; dann nehmen wir die Landarbeiterkinder auch noch dazu. Kinder kann ich doch nicht als Wähler aufführen. Die mitarbeitenden Kinder, die versichert sind, erkennen wir ja an. Schauen Sie, so hat er das gemeint. Die Gewerkschaften liegen Ihnen da manchmal nicht so ganz richtig in der Linie. Sehen Sie, wenn die 504 000 bayerischen Bauern für ihren Bauernverband 20 Pfennig pro Woche bezahlen, dann haben Sie 5 Millionen DM. Sie brauchen dann keine Landwirtschaftsabgabe. Wenn sie 40 Pfennig pro Woche bezahlen — geben Sie noch das „Bayerische Bauernblatt“ dazu —, dann haben Sie über 10 Millionen DM. Sie haben dann eine Zeitung und haben eine wunderbare Finanzierung. Mir scheint aber, daß der Zahlungsidealismus dort nicht so groß ist wie bei den Landarbeitern, die das Doppelte, ja sogar das 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>fache von den 20 Pfennigen Gewerkschaftsbeitrag freiwillig bezahlen, und zwar ohne Gesetz bezahlen, wie Sie das wollen. Aber einkassieren müssen Sie es doch. Kassieren Sie 10 DM im Jahr ein, dann können Sie alles bezahlen, die Zeitung usw. Aber das Hergeben! Ich weiß das schon; denn zahlen tut man nicht gern. Ich muß Ihnen leider da noch sagen: Viel hat sich gebessert. Es gibt aber trotzdem noch Fälle, wo landwirtschaftliche Dienstboten auch auf den Lohn warten müssen. Der Bauer ist nicht da und die Bäuerin ist nicht da. Nein, der Lohn ist eine Bringschuld, und zwar zu pünktlicher Zeit! Wir freuen uns heute, daß der größte Teil unserer Bauern richtig ausbezahlt. Für einzelne Fälle können Sie nichts und können wir nichts. Das wissen wir. Wir wissen auch, daß mancher Melker einmal nicht heimkommt. Das gibt es überall. Aber es hat sich sehr viel schon gebessert dank der zähen Arbeit,

die wir in den letzten Jahrzehnten geleistet haben, ich füge hinzu: dank des Verständnisses der landwirtschaftlichen Besitzer, mit denen wir es zu tun haben.

Zum Schluß noch ein Wort zur **Essensfrage** bei den landwirtschaftlichen Dienstboten. Wir erhalten oft Klagen darüber — es wäre falsch, heute zu sagen, daß die Kost schlecht ist —, daß die Kost zu eintönig ist. Das spielt eine große Rolle. Auch heuer, um den Februar herum, haben mir wieder einige Leute gesagt: Ich kann da nicht länger bleiben, ich bekomme 8 bis 10 Tage lang immer wieder dasselbe Essen. — Der Küchenzettel sollte schließlich auch einmal etwas anders sein; denn wir wollen doch den Mitarbeiter im Betrieb und nicht den Knecht sehen. Deshalb opponieren wir immer gegen den Knecht. Wenn der Bauer im Dienstboten immer den Mitarbeiter sieht, dann kann es um die bayerische Landwirtschaft nicht gefehlt sein.

Ich fasse zusammen, weil ich glaube, meine Redezeit läuft ab. Wir wollen Ihnen gern helfen, dort, wo Sie etwas bedrückt. Ich habe Ihnen offen gesagt, wo es bei diesen Kleinen fehlt. Ideologisch müßten ja die Leute auf unserer Seite stehen. Sie stehen nicht auf unserer Seite. Sie stehen auf Ihrer Seite. Ich habe das Gefühl, daß dieser landwirtschaftsfreundliche Bayerische Landtag — er ist landwirtschaftsfreundlich; denn der Herr Minister hat es sogar fertiggebracht, etwas mehr herauszubekommen, als er selbst geben wollte — etwas erreicht. Wenn wir zusammenhelfen, im Interesse der Landwirtschaft, aber auch im Interesse derer, die die schwere Arbeit machen, nämlich der Landarbeiterschaft in Bayern und auch im Interesse der vielen Tausenden von Heimatvertriebenen, die in den Betrieben heute noch auf irgendeinen kleinen Besitz warten, dann geht es.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Es folgt als Redner der Herr Abgeordnete Falk. Ich mache darauf aufmerksam, daß seiner Fraktion nur noch ein paar Minuten zur Verfügung stehen.

**Falk (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landwirtschaftsetat ist so schön und so interessant, daß ich selbst die letzten paar Minuten bis zur Neige ausnützen muß. Ich kann leider in meiner gestrigen Tagesordnung nicht mehr weiter fortfahren, nachdem alle Kollegen, die vor mir gesprochen haben, so viele Neuigkeiten gebracht haben, daß ich mich unwillkürlich wieder einmal umstellen muß. Ja, es ist nicht so einfach!

Meine Damen und Herren Kollegen! Ich bin gestern bei einem Punkt stehengeblieben. Es bringt jetzt den unwillkürlichen Zusammenhang mit meinem Kollegen **Priller**, wenn er vorhin gesagt hat — ebenso wie sein Kollege Kiene heute vormittag —: Den Bauern geht es jetzt wieder ausgezeichnet, es geht ihnen glänzend, sie sollen endlich aufhören zu klagen! Wenn der Herr Kollege Kiene gesagt hat, das mit den Wildschäden seien nur Propagandareden, so muß ich ihm sagen: Ihr

(Falk [FDP])

geht an der Wahrheit sehr weit vorbei. Ich muß Ihnen schon sagen, es hat mich im Ausschuß sehr erschüttert, als mich der Herr Kollege Priller schwerstens angegriffen hat, weil ich immer und immer wieder darauf hingewiesen habe, daß bei verschiedenen Staatsgütern soundso vieles nicht in Ordnung ist. Sehen Sie, auf der einen Seite macht man uns Vorwürfe: Euch Bauern geht es längst wieder gut, bei euch ist alles in Ordnung, auf der anderen Seite — denken Sie an die Beratungen im vergangenen Jahr anlässlich der Hagel-schäden — haben wir ein Beispiel, wo 5000 DM Entschädigung für ein Staatsgut bezahlt worden ist, während 30 000 DM Schaden entstanden waren. Ich möchte Sie hören, wenn es draußen bei den Bauern so wäre. Man muß die Kirche beim Dorf lassen. So geht es auch hier nicht. Wenn ich das kritisiert habe, so aus dem einfachen Grund, um immer und immer wieder auf die ungeheuren Schwierigkeiten hinzuweisen. Man kann es nicht so machen, daß man die Produktion der Industrie mit der Produktion der Landwirtschaft einfach so ohne weiteres über einen Kamm schert und miteinander vergleicht. Wir haben in der Landwirtschaft eben ganz andere Produktionsbedingungen als in der Industrie. Wenn Sie vorhin davon gesprochen haben, wir würden uns vielleicht vor der Gewerkschaft fürchten, so muß ich Ihnen schon sagen, das ist durchaus nicht der Fall. Wir sind sehr menschenfreundlich eingestellt und, nachdem es sich bei den Gewerkschaften im allgemeinen auch nur um Menschen handelt, fürchten wir uns nicht sehr davor. Wenn uns irgendwelche andere Dinge manchmal weniger gefallen, so sagen wir das genau so.

(Zuruf von der SPD: Beruht auf Gegenseitigkeit!)

— Ich hoffe, daß Sie das mit dem Ausmelken nicht auf uns beziehen wollten.

(Heiterkeit)

Ich muß Ihnen noch etwas sagen. Sie haben vorhin von 70stündiger Arbeitszeit gesprochen. Ich kenne in Franken kriegszerstörte Betriebe, wo die Bauern heute noch in Notwohnungen, unten im Keller sitzen. In diesen Betrieben muß die Frau Tag und Nacht arbeiten und niemand spricht davon. Wir können, da die Technisierung heute längst noch nicht so weit vorwärtsgetrieben ist, unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht sagen, uns geht es gut. Wir kämpfen heute einen **verzweifelten Kampf um unsere Existenz**.

(Zuruf: Die Landarbeiterfrauen haben auch mit Nichts anfangen müssen!)

Ein Landarbeiter wird heute vielleicht nicht glänzend bezahlt. Es wurde aber selbst im Ausschuß zugegeben, daß bei uns heute die Löhne höher sind, als sie der Tarif Ihrer Seite fordert. Wir bekommen überhaupt keine Leute, wenn wir nicht die höchsten Löhne bezahlen. Im Verhältnis zu dem, was unsere familieneigenen Kräfte bekommen, werden die Landarbeiter ausgezeichnet bezahlt. Auch das muß einmal gesagt werden.

Der Herr Kollege **Dr. Lenz** wollte mir vorhin Vorwürfe machen wegen der Siedlungen. Ich habe doch nichts Böses gesagt. Ich habe mich doch gefreut, daß Tausende von Heimatvertriebenen untergebracht worden sind. Ich habe lediglich die Mißstände aufgezeigt und wollte nur sagen, daß man auf andere Weise sehr viel leichter und besser bauen könnte, auch dann, wenn man örtliche Handwerker zuziehen würde. Das hat mit dem, was der Herr Kollege Dr. Lenz ausgeführt hat, gar nichts zu tun.

Wenn der Herr Kollege **Haußleiter** immer mit seiner Liberalisierung spazierengeht, muß ich ihm schon sagen: Mein lieber Kollege Haußleiter, da sind wir uns nicht ganz einig. Auch die Agrarpolitik, die Sie immer vertreten und heute hier vertreten haben, ist nicht ganz die richtige. Ich würde Sie schon langsam zum Landwirtschaftsminister vorschlagen, aber ich habe doch die größten Bedenken.

(Heiterkeit — Zuruf des Abg. von und zu Franckenstein)

Sie greifen uns immer so schön an wegen der Liberalisierung. Was ist denn damals bei der Käseliberalisierung überhaupt passiert? Praktisch doch gar nichts!

**Präsident Dr. Hundhammer:** Herr Abgeordneter, jetzt müssen Sie aber trotzdem zum Schluß kommen. Die Gerechtigkeit gegenüber allen Fraktionen verlangt, daß auch Sie Ihre Redezeit einhalten.

**Falk (FDP):** — Herr Präsident, ich werde folgsam sein; aber dem Kollegen Haußleiter muß ich schon noch ein Wort sagen. Das muß er noch hören, weil er immer von Liberalisierung spricht. Es ist nicht so, daß die Liberalisierung nur dazu da wäre, die Landwirtschaft zugrunde zu richten. Es steht fest, daß auf Käse 30 Prozent Schutzzoll und 4 Prozent Umsatzsteuer liegen und daß der gesamte Käse, der vom Ausland hereinkommt, unseren Markt bis zur Stunde noch nicht so viel gedrückt hat.

(Widerspruch bei der SPD — Abg. Kiene: Das ist nicht richtig!)

— Das ist richtig, Herr Kollege Kiene.

(Abg. von und zu Franckenstein und Abg. Kiene: Dann gehen Sie doch ins Allgäu!)

Lesen Sie es doch im Landtagsdienst nach! Im Landtagsdienst steht ganz groß drin, daß der Herr Bundeslandwirtschaftsminister das selbst bezeugt hat. Ihre Argumente können nicht überzeugen; denn oben ist die Sache schon richtiggestellt. Das, was Sie hier erzählen, stimmt nicht; Sie können Ihre Argumente, daß der Milchpreis im Allgäu so heruntergegangen sei, nicht gegen den Bundeslandwirtschaftsminister vorbringen. Das hatte einen anderen Grund; meine Zeit reicht nur nicht mehr aus, dies darzulegen. Aber ich muß Ihnen schon sagen: Ohne eine klare Binnenmarktpolitik geht keine und mit einer klaren Binnenmarktpolitik geht jede Rechnung auf. Und wenn man von verdorbenem Gemüse gesprochen hat: Wenn von Italien ein Telegramm kommt — —

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Herr Abgeordneter, ich bitte zum Schluß zu kommen.

**Falk (FDP):** — Der vorletzte Satz! —

(Heiterkeit)

Wenn aus Italien ein Telegramm kommt, wonach die Einfuhrfristen über den Kopf des Fachministers hinweg verlängert werden sollen, und wenn dann bei uns Tausende von Zentnern Gemüse kaputtgehen, dann können wir nichts dafür und unser Fachminister auch nicht. Das ist dann ein Fehltritt in der Leitung.

(Große Heiterkeit — Zuruf)

— Ich kann jetzt nicht deutlicher werden.

(Zuruf)

Aber in der obersten Leitung, Herr Kollege! —

Ich muß Ihnen schon noch etwas sagen: Industrie und Landwirtschaft gehören zusammen, genau so gut wie nicht nur der Landarbeiter, sondern auch der Arbeiter und der Bauer zusammengehören und genau so gut wie der Handwerker, der Gewerbetreibende und der Beamte zusammengehören. Wir sind ein Volk, wir ziehen an einem Strang

(Heiterkeit)

und es ist ein einziges großes Uhrwerk. Dieses Uhrwerk heißt Deutschland.

(Große Heiterkeit)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Das Wort erteile ich weiter dem Herrn Abgeordneten Schuster.

**Schuster (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn nun zum Schluß noch ein **Anti-liberalist** das Wort ergreift, so wollen Sie noch einiges Verständnis dafür haben. Ich bin sehr beeindruckt von der Zuneigung und dem Verständnis, das alle Parteien und alle Zeitungen der Landwirtschaft entgegenbringen. Die guten Ratschläge, die Sie uns heute erteilt haben, werden wir uns als Bauern sehr zu Herzen nehmen. Gar mancher Bauer würde, wenn er heute hier gewesen wäre und die Herren Volksvertreter, die Herren Abgeordneten hätte sprechen hören können, vielleicht etwas weniger düster sehen, als er manchmal sehen muß. Ich darf dem Ministerium danken für die klare und saubere Ausrichtung in der Etatrede und darf auch dafür danken, daß wir die landwirtschaftliche Schulung und Beratung als Hoheitsaufgabe anerkennen. Diesem Satz wurde von keiner der Parteien widersprochen, und ich darf annehmen, daß gerade diese beiden Dinge als Hoheitsaufgaben zukünftig die entsprechende Würdigung seitens des Parlaments erfahren.

Es wurde davon gesprochen, daß wir **agrарische Zuschußgebiete** und deshalb auch einer besonderen Gefahr ausgesetzt seien. Wenn irgendwelche Mangelagen auftreten, dann sind wir in Westdeutschland wohl am Ende der Erde. Von diesem Gesichtswinkel aus müßten wir die gesamte Agrarpolitik betrachten und auch die **Erzeugungssteigerung** in Angriff nehmen. Im Hinblick auf unser

Ziel, die Erzeugungsmöglichkeiten im höchsten Grad auszunützen und einer höchsten Dauerproduktion zuzustreben, müssen wir uns die wesentlichen Faktoren eines solchen Bestrebens vor Augen halten. Einer der wesentlichsten Faktoren der Erzeugungssteigerung ist neben der Schulung und der Beratung ein gerechter, auskömmlicher Preis.

Damit komme ich zu den Ausführungen unseres Herrn Kollegen **Kiene**. Herr Kollege Kiene, man darf sozialen Preis nicht mit Sozialisierung verwechseln. Wenn Sie uns heute so klar vorgerechnet haben, wie gut es uns in der Landwirtschaft geht, wieviele Summen wir zu investieren vermögen, möchte ich Sie nur darum bitten, uns in Gottes Namen nicht vorzurechnen, wieviele Sensen wir im Jahr gekauft, wieviele Wetzsteine und Schuhe wir verbraucht hätten; denn mit solchen Argumenten können Sie den Wohlstand der Landwirtschaft wirklich nicht dokumentieren, damit können Sie keinen Maßstab aufstellen. So geht es nicht. Wenn Sie der Landwirtschaft mehr auf den Grund gehen wollen, müssen Sie die genauen Buchungsergebnisse zugrundelegen. Dann werden Sie wohl eines anderen belehrt werden. Was die schlechte Rendite innerhalb der Landwirtschaft betrifft, so möchte ich einmal den Bauern mit einem Gewerbetreibenden oder einem Industriellen vergleichen und fragen, ob ein solcher, wenn sich die Produktion nicht mehr lohnt, noch bei seiner Produktion bleiben würde. Geht ein Schreiner, der bei seiner Handarbeit seine Möbelstücke nicht verkaufen kann und sich dann dem Möbelhandel zuwendet, den richtigen Weg? Wir Bauern fühlen uns als **Sachwalter unseres Bodens**. Wenn wir uns nicht als Sachwalter unseres Bodens und als Ernährer des Volkes fühlen würden, würden wir wohl manche Leistungen nicht auf uns nehmen können. Was, glauben Sie, würde ein Stück Brot wohl kosten, wenn in der Landwirtschaft nicht die familieneigene Arbeitskraft unter dem Tarif oder zu einem ganz niedrigen Lohn arbeiten würde? Rechnen Sie sich das einmal aus, dann werden Sie näher an das Herankommen, was der Bauer im allgemeinen will. Herr Kollege Kiene, uns geht es nicht darum, irgendein Notlied zu singen oder irgendwie zu jammern, sondern uns geht es um viel mehr.

(Zuruf des Abg. Kiene)

Uns geht es darum, die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen und den Weg mit Ihnen und auch den anderen Kollegen zu finden, wie wir die Lage der Landwirtschaft verbessern können.

(Abg. Kiene: Wir sprechen uns in einem Jahr wieder!)

Die Arbeitsproduktivität, Herr Kollege Bungartz, kann in der Landwirtschaft niemals so hoch sein wie in der Industrie und im Gewerbe oder wie in Holland und in Belgien.

(Abg. Dr. Bungartz: Warum nicht?)

— Warum nicht? Das werde ich Ihnen gleich sagen. Wenn Sie in einem Land nur hochwertige Produkte erzeugen, wenn Sie nur Gemüse bauen und intensiven Ackerbau treiben können, dann dürfen Sie den Maßstab dieses Landes nicht an ein Land

(Schuster [CSU])

anlegen, das sehr große Weidegebiete hat, in denen nur eine weniger intensive Landwirtschaft getrieben werden kann. Das ist doch ganz klar: Wir sind flächenmäßig so ausgeweitet, daß wir die Gebiete der Rhön, des Bayerischen Waldes und des Frankenwaldes niemals stark in Rechnung stellen können; denn die Produktionsfaktoren und die Produktionskosten sind hier gegenüber denen in Belgien und Holland grundverschieden. Dadurch ist die geringere Leistung pro Kopf und Hektar bedingt.

(Abg. Dr. Bungartz: Und in der Schweiz?)

— In der Schweiz haben wir die hochentwickelte Milchwirtschaft im Tal, die unter sehr günstigen Bedingungen arbeitet. Wenn Sie den Schweizer Bergbauern mit dem Holländer vergleichen wollen, werden Sie mit der Rechnung, die Sie heute aufgemacht haben, auch nicht zum Zuge kommen.

Und nun noch eine weitere Frage, Herr Kollege Bungartz: Brauchen Sie in der Industrie eine gesunde heimische Landwirtschaft oder brauchen Sie sie nicht? Das ist die grundlegende Frage. Von hier aus hat auch Ihre Einstellung zur Landwirtschaft auszugehen. Wenn Sie den landwirtschaftlichen Käufer auf dem Innenmarkt nicht brauchen, dann können Sie die Politik treiben, die Sie uns heute vorgeschlagen haben. Aber wenn Sie Wert darauf legen, daß Ihnen der Bauer Ihre Maschinen abkauft, liegen die Dinge schon etwas anders.

Herr Kollege Kiene, auch der Arbeiter hat von den notwendigen Investitionen der Landwirtschaft sehr wohl seinen Nutzen. Hier ziehen wir natürlich alle an einem Strang. Wir müssen uns gegenseitig so ausrichten, daß einer neben dem anderen zu leben vermag. Gerade angesichts der Landflucht — wenn wir auch auf die Landflucht kurz einen Blick werfen — und der Arbeiternot, die Kollege Priller herausgestellt hat, ist die Notwendigkeit zu **Investierungen** und zur **Mechanisierung** gegeben. Die Mechanisierung kann aber nur so weit gehen, soweit erstens das Kapital ausreicht und soweit zweitens der Boden eine Mechanisierung zuläßt, das heißt soweit die allgemeine Lage der Landwirtschaft eine Mechanisierung zuläßt. Daß ein Betrieb unter 10 Hektar nicht voll mechanisiert sein kann, wird jedem einleuchten. Denn im Kleinbetrieb wird die Handarbeit immer noch das Vorrecht haben. Hier zeigt sich die Auswirkung der Betriebsstruktur in Bayern. Hier zeigt sich auch, daß die Gegenüberstellungen mit den übrigen Ländern nicht immer richtig sind. Man muß als erstes die Betriebs- und die Produktionsfaktoren zugrunde legen. Unter diesem Gesichtswinkel müssen wir die mindere Rentabilität der Landwirtschaft betrachten. Wir können die Technisierung nur so weit vorantreiben, soweit sie wirtschaftlich vertretbar ist und finanziell von der Landwirtschaft auch getragen werden kann.

Wenn uns vom Herrn Kollegen Priller entgegengehalten wird, die Bauernkinder hätten selbst eine sehr große Lust, innerhalb der Landwirtschaft zu arbeiten, so liegt das einzig und allein darin begründet, Herr Kollege, daß das **Auskom-**

**men in der Landwirtschaft** sehr kärglich und sehr mager ist. Nun darf ich Ihnen aber eines sagen: Nicht die Kinder der Großbauern laufen der Landwirtschaft davon, sondern gerade diejenigen, die uns früher die Arbeitskräfte gestellt haben, die aus den Betrieben unter 8 Hektar. Von denen findet es keiner für notwendig, in der Landwirtschaft weiter zu arbeiten, jeder sucht sich einen besseren Verdienst und ein besseres Unterkommen. Ich kann mich nicht dem Gedanken anschließen, den vielleicht mancher in sich tragen wird, wir sollten einen Zwang ausüben. Ich stehe auf dem Standpunkt: Auch in der Landwirtschaft hat der Arbeiter genau so wie in den übrigen Betrieben ein Recht auf eine gerechte Entlohnung. Die gerechte Entlohnung ist aber preisbedingt. Wenn wir der Landwirtschaft am Zeug flicken und ihr den gerechten Preis nicht zugestehen wollen, sind wir auf dem falschen Weg. Und nun einen Schritt weiter! Wenn Sie einen gerechten Lohn für den Landarbeiter fordern, dann hat der Betriebsführer dasselbe Recht, eine gerechte Entlohnung zu verlangen.

Heute wurde auch noch von der **Arbeitszeit** gesprochen. Herr Kollege Priller, die Arbeitszeiten in der Landwirtschaft sind bereits sehr weitgehend geregelt. Wir sind nur durch das Klima gezwungen, in den Spitzenzeiten manchmal über die Zeit hinauszuarbeiten. Von der Landwirtschaft wird natürlich in der anderen Zeit auch dem Wunsch der Arbeitnehmer Rechnung getragen und ihnen genügend Freizeit zugebilligt.

Wir Bauern wollen kein Jammerlied singen, sondern wir wollen einen gerechten Ausgleich suchen. Wir wollen mit unseren Forderungen gehört werden und wir wünschen, daß das Verständnis, das wir Ihrem Berufsstand gegenüber aufbringen, auch unseren Bauern zugewendet wird.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Das Wort erhält noch der Herr Abgeordnete Piechl.

(Abg. Piechl: Wieviele Minuten habe ich denn noch, Herr Präsident?)

— Fünf Minuten.

(Abg. von und zu Franckenstein: Was kostet der Hopfen, Piechl?)

**Piechl (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist heute so viel gesprochen worden, daß für mich bloß einige Minuten übrig bleiben. Aber da ich von Natur aus ein sehr bescheidener Mensch bin, gebe ich mich mit diesen paar Minuten zufrieden.

Ich möchte zuerst zum **Fall Wolnzach** sprechen und sagen: Gerade der Fall Wolnzach ist ein Beispiel dafür, wie eine Sache aufgebauscht werden kann. Ich glaube, wir tun am besten, wenn wir den Fall Wolnzach gar nicht mehr erwähnen. Ungefähr 20 große Zeitungen haben sich mit ihm beschäftigt, 20 große Zeitungen haben diesen Fall benützt, um gegen die Bauern zu hetzen und Steine auf die Bauern zu werfen. Bis nach Frank-

(Piechl [CSU])

furt hinaus ist der Fall Wolnzach bekannt geworden. Er wurde dazu benutzt, um gerade gegen die Hopfenbauern besonders scharf zu schießen. Ich möchte dazu folgendes sagen: Ich habe heute die Absicht gehabt, dem Bayerischen Landtag, insbesondere denjenigen, die vom Hopfenbau nicht viel wissen oder nicht viel wissen wollen, Aufklärung über den Hopfenbau zu geben und ihnen zu sagen, daß der Hopfenbau ein landwirtschaftlicher Betriebszweig ist, der dem deutschen Bundesgebiet im Jahre 40, 50 und 60 Millionen Devisen einbringt, also schon hinsichtlich der Aktivierung unserer Handelsbilanz nicht zu verachten ist.

Wir haben heute eine Hopfenanbaufläche von etwa 8500 Hektar; das sind 7600 Hektar alte Hopfenfläche, der Rest ist die neue Anbaufläche. Wenn heute die Vertreter der Brauereien verlangen, daß wir die Hopfenanbaufläche auf 10 000 Hektar hinaufsetzen, habe ich die Frage zu stellen, ob diese Forderung mit dem übereinstimmt, was uns von dieser Industrie als Bedarf angegeben wird. Im Herbst vorigen Jahres wurde uns gesagt, daß der Inlandsbedarf an Hopfen 170 000 Zentner beträgt. Wir müssen heute die Feststellung machen, daß nicht einmal 120 000 Zentner abgenommen worden sind. Wenn wir nicht die Möglichkeit gehabt hätten, zu exportieren und im Interzonenverkehr Hopfen abzusetzen, säßen wir heute noch auf 30 bis 40 000 Zentnern. Es ist paradox, auf der einen Seite die Vergrößerung der Anbaufläche zu verlangen und auf der anderen Seite alles zu tun, um den Hopfenbauern auf seinem Hopfen sitzen zu lassen. Ich weiß, es gibt verschiedene Menschen, die sagen, den Hopfenbauern ist es jetzt gut gegangen. Gut, das wollen wir gar nicht leugnen. Aber Sie wissen ganz genau, daß es gerade beim Hopfen eine sehr kritische Stimmung dann geben wird, wenn der Absatz nicht mehr so floriert wie bisher. Und wenn gesagt wird, die Hopfenbauern haben nicht genug bekommen, dann habe ich euch zu sagen: Der größte Teil der Hopfenbauern hat seinen Hopfen zu regulären Preisen abgesetzt. Der Hopfenpreis ist von verschiedenen Faktoren abhängig, nicht allein von dem, was der Bauer will oder nicht will. Das sind Faktoren, die von vornherein überhaupt nicht eingeschätzt werden können. Das sind die Imponderabilien, mit denen man sich überhaupt nicht beschäftigen kann, hauptsächlich dann, wenn man von Hopfen nichts versteht. Die Halledauer Hopfenbauern und auch die Hopfenbauern von Spalt und Hersbruck haben neue Anlagen geschaffen. Sie haben getan, was ihnen von der Bundesregierung vorgeschrieben worden ist. Sie haben ihren guten Willen zum Ausdruck gebracht. Aber ich kann euch hier von dieser Stelle aus sagen: Wenn man uns im kommenden Herbst und im kommenden Jahr im Stich läßt, werden wir genau wissen, was wir zu tun haben. Dann fällt das, was man glaubt, uns antun zu können, auf die zurück, die uns in der kritischen Zeit nicht unterstützt haben.

Ich habe bereits in den ersten Ausführungen darauf hingewiesen, daß wir sehr viel Hopfen ins

Ausland exportieren. Wir haben von der Ernte 1950 Hopfen in 58 verschiedene Länder, europäische und außereuropäische, ausgeführt. Sie können daraus ersehen, welche Qualität von Hopfen bei uns erzeugt wird. Ich glaube, auch nicht vergeblich an dieses Hohe Haus appelliert zu haben, wenn ich sage, es möchte alle Bestrebungen, die auf Verbesserung, ich möchte sagen, hinsichtlich der Hopfenkultur abzielen, unterstützen.

Wir wollen eine **Hopfenforschungsanstalt** errichten, nicht deshalb, damit die Hopfenbauern davon einen besonderen Vorteil haben, sondern deshalb, damit wir gegenüber den anderen Ländern konkurrieren können. Denn Sie wissen ganz genau: Wenn heute die „Grüne Union“ Tatsache werden sollte, müssen wir uns gegen diejenigen hopfenbautreibenden Länder wehren können, die Hopfen wie wir erzeugen. Dann müssen wir ihnen mit Untersuchungen und Analysen aufwarten können, aus denen man ersehen kann, daß unser Hopfen, der Spalter und Hersbrucker Hopfen, zu den besten der Welt zählt.

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen, und da möchte ich nicht versäumen — ich mußte jetzt natürlich meine Rede zusammenstreichen —, dem Herrn Minister Dr. Schlögl und seinen Mitarbeitern für die Unterstützung den herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen, die sie in den letzten Monaten hinsichtlich des Exports und des Interzonenverkehrs gewährt haben. Ich möchte aber hinzufügen: Ich habe es nicht verstanden, daß man droben in Bonn den Einflüsterungen von einer gewissen Seite so sehr Gehör geschenkt und eine **Exportrestriktion** vom Monat November bis Mitte Januar eingeführt hat. Es ist nicht so, daß deshalb ungeheuere Mengen bei uns zurückgeblieben wären — das macht vielleicht einige tausend Zentner aus —; aber es hat hinsichtlich der Stimmung und der Sympathien, die vom Ausland unserem Hopfen entgegengebracht worden sind, eine starke Einbuße verursacht, weil von seiten unserer Regierung im Hinblick auf die Forderungen der Brauereien eine Beschränkung der Ausfuhr erfolgt ist. Wir sind nämlich mit 24 Ländern handelsvertraglich gebunden und müssen für jedes Land soundso viel Hopfen im Jahr liefern. Das ist vertraglich festgelegt. Die Regierung hat sich aber dann auf den Standpunkt gestellt, daß die Mengen, die über den Vertrag hinaus noch abgesetzt werden könnten, nicht ins Ausland ausgeführt werden können, weil sonst die inländischen Brauereien eine Einbuße in ihrer Versorgung erleiden würden. Daß das falsch war, beweist die Tatsache, daß die Brauer nicht 170 000, nicht 160 000, nicht 150 000, nicht 140 000, sondern höchstens 120 000 Zentner aufgenommen haben. Das muß immer wieder festgestellt werden.

(Abg. Eisenmann: Sehr richtig!)

Ich möchte bitten, daß gerade die bayerische Staatsregierung im kommenden Jahr die Belange der Hopfenbauern in einer Weise unterstützt, daß sie Ausfuhrbeschränkungen absolut kein Gehör schenkt. Ich möchte sogar darum bitten, daß sie alles unternimmt, um den guten Ruf des bayeri

(Piechl [CSU])

schen Hopfens weitestens in die Welt hinauszutragen. Dann werden wir auch bei einer größeren Ernte nicht unter Absatzschwierigkeiten zu leiden haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Hundhammer:** Die Aussprache ist geschlossen. Der Herr Staatsminister verzichtet darauf, ein Schlußwort zu sprechen.

(Bravo!)

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie, die Beilage 4230 zur Hand zu nehmen: Einzelplan 08, Geschäftsbereich des bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1953.

Ich rufe auf Kapitel 08 01, Zentrale Verwaltung. A. Ministerium. Abschluß: Summe der Einnahmen 101 900 DM, Summe der Ausgaben 4 035 400 DM; Zuschußbedarf 3 933 500 DM. — Ich stelle fest, daß diese Ziffern vom Hohen Haus gebilligt sind.

Ich rufe auf Kapitel 08 01 B, Sammelansätze für den Gesamtbereich des Einzelplans 08. Einnahmen sind nicht vorhanden; die Ausgabensumme mit 84 000 DM stellt den Zuschußbedarf dar. — Das Kapitel ist genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 02, Allgemeine Bewilligungen. Der Haushaltsausschuß schlägt vor, bei Titel 600, Zuschüsse zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und sonstiger allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Land- und Ernährungswirtschaft, den Betrag um 10 000 DM auf 460 000 DM zu kürzen; in den Erläuterungen zu Titel 612, Zuschüsse zur Förderung der Milchwirtschaft in Ziffer 2, Zuschüsse an nichtstaatliche milchwirtschaftliche Lehranstalten, den Betrag von 30 000 DM auf 40 000 DM zu erhöhen und Ziffer 4, Zuschüsse für sonstige Förderungsmaßnahmen in der Milchwirtschaft 10 000 DM, zu streichen; bei Titel 615, Zuschüsse zur Förderung der Pferdezucht, den Betrag um 10 000 DM auf 210 000 DM zu erhöhen; bei Titel 618, Zuschuß an den Landeskontrollverband e. V. München zur Durchführung von Milchleistungsprüfungen, den Betrag um eine Million DM auf 1 500 000 DM zu erhöhen; bei Titel 619, Zuschüsse zur Förderung des Obst- und Gartenbaues, den Betrag um 70 000 DM auf 170 000 DM zu erhöhen und in Ziffer 4 der Erläuterungen an Stelle des Betrages von 30 000 DM 100 000 DM einzusetzen; bei Titel 621, Zuschüsse zur Förderung der Jagd im allgemeinen, den Betrag um 20 000 DM auf 100 000 DM zu kürzen.

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließt das Kapitel 08 02 ab mit Einnahmen von 1 935 500 DM, mit Ausgaben von 9 716 100 DM, somit einem Zuschußbedarf von 7 780 600 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest. — Ich bemerke dazwischen: Sollte bei einem Kapitel Widerspruch erhoben werden, so bitte ich, sich zu rühren.

Ich rufe auf Kapitel 08 05, Marktregelung. Einnahmen 15 300 DM, Ausgaben 325 900 DM; Zu-

schußbedarf 310 600 DM. — Ohne Erinnerung; genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 10, Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz München. Der Haushaltsausschuß schlägt vor, bei Titel 3, Gebühren, den Betrag um 100 000 DM auf 600 000 DM zu erhöhen; bei Titel 101, Dienstbezüge der planmäßigen Beamten, im Stellenplan bei Besoldungsgruppe A 3 b Regierungsamtman die Zahl von 1 auf 2 zu erhöhen; bei Titel 104, Dienstbezüge der nichtbeamteten Kräfte, im Stellenplan bei 1. Angestellte b. Tarifliche Angestellte unter Vergütungsgruppe IV die Zahl um 1 auf 4 zu kürzen und folgenden neuen Titel einzufügen: „Titel 950, Zuschuß an die Stadt München zur Unterbringung der Büroräume der amtlichen Pflanzenbeschau in der Großmarkthalle 50 000 DM.“

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließt das Kapitel 08 10 ab mit Einnahmen von 629 400 DM, mit Ausgaben von 1 569 100 DM, somit einem Zuschußbedarf von 939 700 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hohen Hauses fest.

Es folgt das Kapitel 08 11, Landwirtschaftliche Versuchsgüter der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz. Einnahme 187 300 DM, Ausgabe 308 700 DM, Zuschußbedarf 121 400 DM. — Ohne Erinnerung, genehmigt.

Ich rufe auf das Kapitel 08 12, Landessaatzuchtanstalt Weihenstephan. Der Haushaltsausschuß schlägt vor, bei Titel 104, Dienstbezüge der nichtbeamteten Kräfte, im Stellenplan bei 1. Angestellte, b. Tarifliche Angestellte, unter Vergütungsgruppe VII die Zahl um 1 auf 22 zu erhöhen. Das Kapitel schließt ab in Einnahme mit 65 700 DM, in Ausgabe mit 980 100 DM, somit einem Zuschußbedarf von 914 400 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt Kapitel 08 13, Landessaatzuchtanstalt Weihenstephan — amtliche Saatenanerkennung in Bayern. Einnahme 230 000 DM, Ausgabe 230 000 DM. Die Einnahme und die Ausgabe hebt sich gegenseitig auf. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt Kapitel 08 14, Landwirtschaftliche Versuchsgüter der Landessaatzuchtanstalt Weihenstephan. Einnahme 211 300 DM, Ausgabe 211 300 DM, ohne Zuschußbedarf und ohne Überschuß wie das vorausgegangene Kapitel. — Das Hohe Haus stimmt zu.

Es folgt Kapitel 08 15, Verpachtete Staatsgüter. Summe der Einnahmen 2000 DM, Summe der Ausgaben 700 DM, Überschuß 1300 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf das Kapitel 08 20, Landesanstalt für Moorwirtschaft München. Einnahme 1100 DM, Ausgabe 456 200 DM, Zuschußbedarf 455 100 DM. — Ohne Erinnerung, genehmigt.

Ich rufe auf das Kapitel 08 21, Moorwirtschaftsstellen. Einnahme 2 536 300 DM, Ausgabe 3 113 300 DM, Zuschußbedarf 577 000 DM. — Ohne Erinnerung, genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 26, Obere Siedlungsbehörden. Einnahmen sind nicht vorhanden. Die Aus-

**(Präsident Dr. Hundhammer)**

gabe mit 368 800 DM stellt den Zuschußbedarf dar. — Das Hohe Haus billigt das Kapitel.

Ich rufe auf das Kapitel 08 30, Flurbereinigungsämter. Einnahme 865 800 DM, Ausgabe 10 231 100 DM, Zuschußbedarf 9 365 300 DM. — Genehmigt.

Es folgt Kapitel 08 40, Landwirtschaftsämter und Landwirtschaftsschulen (118 Landwirtschaftsämter, 104 Landwirtschaftsschulen). Der Haushaltsausschuß schlägt vor, in der Überschrift die Zahl 118 durch 121 zu ersetzen; bei Titel 101, Dienstbezüge der planmäßigen Beamten, den Betrag um 18 300 DM auf 3 027 500 DM zu erhöhen und im Stellenplan unter b. Landwirtschaftsämter und -schulen in der Besoldungsgruppe A 2 c 2 Landwirtschaftsräte die Zahl um 3 auf 131 zu erhöhen; bei Titel 104, Dienstbezüge der nichtbeamteten Kräfte den Betrag bei a. Vergütungen der Angestellten um 23 400 DM auf 4 008 900 DM zu erhöhen und im Stellenplan unter Bedarf an nichtbeamteten Kräften 1. Angestellte b. Tarifliche Angestellte bei Vergütungsgruppe VII die Zahl um 6 auf 387 und bei Vergütungsgruppe VIII die Zahl um 3 auf 68 zu erhöhen; bei Titel 206, Bewirtschaftung von Dienstgrundstücken und Diensträumen den Betrag um 15 600 DM auf 365 100 DM zu erhöhen; bei Titel 340, Schulbesuchsbeihilfen, den Betrag um 20 000 DM auf 80 000 DM zu erhöhen.

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließt das Kapitel 08 40 ab in Einnahme mit 4 997 200 DM, in Ausgabe mit 14 918 400 DM und einem verbleibenden Zuschußbedarf von 9 921 200 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Kapitel 08 41, Ländliche Hauswirtschaftsberatung und ländliche Hauswirtschaftsschulen (118 hauswirtschaftliche Beratungsstellen, 103 ländliche Hauswirtschaftsschulen). Der Haushaltsausschuß beantragt, in der Überschrift die Zahl 118 durch 121 und die Zahl 103 durch 104 zu ersetzen; bei Titel 101, Dienstbezüge der planmäßigen Beamten, den Betrag um 16 000 DM auf 911 400 DM zu erhöhen und im Stellenplan unter b. Ländliche Hauswirtschaftsberatung und ländliche Hauswirtschaftsschulen bei Besoldungsgruppe A 4 b 2 Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde die Zahl um 4 auf 112 zu erhöhen; bei Titel 206, Bewirtschaftung von Dienstgrundstücken und Diensträumen, den Betrag um 5700 DM auf 201 200 DM zu erhöhen.

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließt das Kapitel 08 41 ab mit einer Einnahme von 580 100 DM, mit einer Ausgabe von 3 569 900 DM, somit einem Zuschußbedarf von 2 989 800 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt Kapitel 08 42, Erweiterter landwirtschaftlicher Beratungsdienst. Einnahme 720 000 DM, Ausgabe 720 000 DM, so daß weder ein Überschuß noch ein Zuschußbedarf sich ergibt. — Das Hohe Haus stimmt zu.

Ich rufe auf Kapitel 08 43, Staatliche Vogel-schutzwarte Garmisch-Partenkirchen. Einnahme

15 800 DM, Ausgabe 24 700 DM, Zuschußbedarf 8900 DM. — Ohne Erinnerung, genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 45, Fachaufsicht — Milchwirtschaft. Einnahmen sind nicht vorhanden. Die Ausgabe beläuft sich auf 114 600 DM. Diese Summe stellt den Zuschußbedarf dar. — Ohne Erinnerung, genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 46, Milchwirtschaftliche Untersuchungsanstalten. Einnahme 295 300 DM, Ausgabe 295 300 DM, ohne Überschuß und Zuschußbedarf. — Genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 50, Tierzuchtämter. Einnahme 182 500 DM, Ausgabe 3 752 600 DM, Zuschußbedarf 3 570 100 DM. — Ohne Erinnerung, genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 51, Landesanstalt für Tierzucht in Grub. Der Haushaltsausschuß schlägt vor, bei Titel 104, Dienstbezüge der nichtbeamteten Kräfte, bei a. Vergütungen der Angestellten den Betrag um 11 500 DM auf 165 000 DM zu erhöhen und im Stellenplan zu Titel 104 bei Bedarf an nichtbeamteten Kräften, 1. Angestellte, b. Tarifliche Angestellte, bei Vergütungsgruppe III die Zahl um 1 auf 4, bei Vergütungsgruppe VI b die Zahl um 1 auf 3 und bei Vergütungsgruppe VIII die Zahl um 1 auf 9 zu erhöhen. — Unter Berücksichtigung dieser Änderung schließt das Kapitel 08 51 ab in Einnahmen mit 58 700 DM, in Ausgaben mit 718 600 DM und somit mit einem Zuschußbedarf von 659 900 DM. — Ohne Erinnerung genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 52, Versuchsgüter der Landesanstalt für Tierzucht in Grub. Der Haushaltsausschuß schlägt vor, in den Erläuterungen zu Titel 15, Wirtschafts- und Betriebseinnahmen, Ziffer „5. Privatmoorwirtschaften, 231 000 DM“ zu streichen, in Ziffer „6. Nebenbetriebe“ an Stelle des Betrages von 57 700 DM die Zahl 266 700 DM, und in Ziffer „7. Allgemeine Wirtschafts- und Betriebseinnahmen“ an Stelle von 4700 DM die Zahl 26 700 DM zu setzen. Das Kapitel schließt ab mit Einnahmen von 1 635 100 DM, Ausgaben von 1 900 900 DM, somit mit einem Zuschußbedarf von 265 800 DM. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf Kapitel 08 53, Lehr- und Versuchsanstalt für Kleintierzucht Kitzingen. Einnahmen 102 600 DM, Ausgaben 157 000 DM, Zuschußbedarf 54 400 DM. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf Kapitel 08 54, Viehhaltungs- und Melkerschule Kringell. Einnahmen 109 200 DM, Ausgaben 208 000 DM, Zuschußbedarf 98 800 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 55, Viehhaltungs- und Melkerschule mit Lehrbetrieb in Almesbach bei Weiden/Opf. Einnahmen 188 500 DM, Ausgaben 290 800 DM, Zuschußbedarf 102 300 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 56, Lehr- und Versuchsanstalt für Schweinezucht mit Probemastanstalt — Viehhaltungs- und Melkerschule — in Schwar-

(Präsident Dr. Hundhammer)

zenau. Einnahmen 162 400 DM, Ausgaben 285 700 DM, Zuschußbedarf 123 300 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 58, Lehr- und Versuchsanstalt für Fischerei in Starnberg. Einnahmen 7900 DM, Ausgaben 106 100 DM, Zuschußbedarf 98 200 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 60, Landesanstalt für Bienenzucht. Einnahmen 8100 DM, Ausgaben 126 700 DM, Zuschußbedarf 118 600 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 65, Pferdezuchtinspektoren. Auf Vorschlag des Haushaltsausschusses soll die Überschrift folgende Fassung erhalten: „Pferdezuchtinspektionen“. — Einnahmen sind nicht vorhanden. Die Summe der Ausgaben, die zugleich den Zuschußbedarf darstellt, beträgt 71 600 DM. — Es ist so genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 66, Stammgestüt Schwaiganger. Einnahmen 551 100 DM, Ausgaben 645 100 DM, Zuschußbedarf 94 000 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 67, Gestütsämter. Einnahmen 196 100 DM, Ausgaben 552 200 DM, Zuschußbedarf 356 100 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 68, Hufbeschlagschulen. Der Haushaltsausschuß hatte vorgeschlagen, in der Überschrift das Wort „Ansbach“ durch das Wort „Nürnberg“ zu ersetzen. Nach dem gestern gefaßten Beschluß ist dieser Vorschlag jetzt gegenstandslos; er entfällt daher. Das Kapitel 08 68 schließt ab in Einnahmen mit 51 100 DM, in Ausgaben mit 193 100 DM. Der Zuschußbedarf beträgt 142 000 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 70, Staatliche Obst- und Gartenbaustellen. Einnahmen 33 300 DM, Ausgaben 265 200 DM, Zuschußbedarf 231 900 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 71, Landesobstgarten Theißing. Einnahmen 48 000 DM, Ausgaben 87 400 DM, Zuschußbedarf 39 400 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 72, Landesanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau Veitshöchheim. Einnahmen 763 900 DM, Ausgaben 1 728 400 DM, Zuschußbedarf 964 500 DM. — So genehmigt.

Ich rufe auf Kapitel 08 73, Staatsweingut Würzburg. Auf Vorschlag des Haushaltsausschusses soll folgender neuer Titel eingefügt werden: „Titel 150, Ruhegehälter, 16 400 DM.“ Ferner schlägt der Haushaltsausschuß vor, bei Titel 152, Witwen- und Waisengelder, den Betrag um 16 400 DM auf 3600 DM zu kürzen. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließt das Kapitel 08 73 ab mit Einnahmen von 489 700 DM, mit Ausgaben von 668 800 DM, somit mit einem Zuschußbedarf von 179 100 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Damit sind die einzelnen Kapitel verabschiedet. Wir kommen zur Schlußabstimmung über den Einzelplan 08. Die Gesamtabgleichung lautet:

|                          |                |
|--------------------------|----------------|
| Summe der Einnahmen      | 17 978 200 DM  |
| Summe der Gesamtausgaben | 63 031 800 DM  |
| Gesamtzuschuß            | 45 053 600 DM. |

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hohen Hauses, die diesem Gesamtabgleich des Einzelplans 08 ihre Zustimmung erteilen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? Bei 6 Stimmenthaltungen aus der Fraktion der FDP ist der Einzelplan 08 angenommen. Dem Hohen Haus liegt ferner vor eine Anlage A, Nachweisung der Sondervermögen. Hiervon wird Kenntnis genommen.

Der Ausschuß hat folgenden Anträgen Zustimmung erteilt: erstens einem Antrag des Abgeordneten Beier betreffend Führung der Landwirtschaftspolitik nach den Grundsätzen der Marktregelung (Beilage 4238) mit folgendem Wortlaut:

Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ersucht, sich im Interesse des Bauerntums und zum Schutze der Verbraucher beim Bund mit stärkstem Nachdruck dafür einzusetzen, daß die Landwirtschaftspolitik nach den Grundsätzen der Marktregelung geführt wird.

Wer dem die Zustimmung erteilt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei zwei Stimmenthaltungen ist dieser Antrag Beier angenommen.

Es lag ferner vor ein Antrag Elsen und Genossen betreffend die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen an durch Frostschäden existenzgefährdete Winzer (Beilage 4175). Er lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, aus dem Katastrophenfonds des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für durch Frostschäden existenzgefährdete Winzer Mittel für Zuschüsse und zu Zinsverbilligung von Darlehen zur Verfügung zu stellen.

Wer dem zustimmt, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Es liegt ein dritter Antrag vor vom Abgeordneten Frühwald, betreffend die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Institut für Erbwertforschung (Beilage 3264). Er lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Haushalt des Landwirtschaftsministeriums für das Rechnungsjahr 1953 entsprechende Betriebsmittel für das „Institut für Erbwertforschung“ in Neustadt an der Aisch einzuplanen.

Nun muß ich aber bemerken, daß der Haushalt 1953 schon verabschiedet ist. Entweder ist dem Antrag im Haushaltsplan Rechnung getragen oder er kann nur im Haushalt 1954 berücksichtigt werden.

(Abg. Eberhard: Steht drin!)

— Also ist der Antrag gegenstandslos und er wäre im Ausschuß als gegenstandslos zu bezeichnen gewesen. Eine Abstimmung darüber erübrigt sich. Der Antrag ist als gegenstandslos erledigt.

Der Antrag der Abgeordneten Stegerer und Genossen betreffend die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umpfropfung von Obstbäumen (Beilage 3762) ist durch die Erhöhung des Aus-

**(Präsident Dr. Hundhammer)**

gabenbetrags bei Kapitel 08 02, Titel 619 ebenfalls erledigt.

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Lacherbauer und Fraktion betreffend Änderung im Stellenplan bei der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz (Beilage 4239) hat durch die Änderung des Stellenplans bei Kapitel 08 10, Titel 101 und 104 ebenfalls seine Erledigung gefunden. Ich darf in diesen Fällen annehmen, daß der Antrag von den Antragstellern selber als formal zurückgezogen betrachtet wird.

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Schönecker, Frühwald, Lanzinger, Mergler, Junker, Nagengast, Dr. Franke, Bauer Georg betreffend Förderung der Fasanenzucht (Beilage 4240) — —

(Abg. Wimmer: Goldfasanen!)

— Herr Kollege Wimmer, ich glaube, die brauchen wir nicht wieder zu züchten.

(Beifall)

Der Antrag wird vom Ausschuß zur Ablehnung empfohlen. Er lautet:

Bei Kapitel 08 02, Titel 622, ist ein Betrag von 300 000 DM einzusetzen, der insbesondere zur Förderung der Fasanenzucht durch Einsetzung und Fütterung verwendet werden soll. Der angeforderte Betrag kann Deckung finden aus den Einnahmen anlässlich der Jagdwaffenamnestie.

Wer dem Ausschußvorschlag auf Ablehnung beitrifft, wolle Platz behalten. — Ich bitte um die Gegenprobe. —

(Zuruf: Jäger!)

Gegen die Stimmen der Mehrzahl der Fraktion der Bayernpartei und vier Stimmen aus den Reihen des BHE und einer Stimme der CSU und bei drei Stimmenthaltungen aus den Reihen des BHE ist

beschlossen wie vom Ausschuß vorgeschlagen; der Antrag ist also abgelehnt.

(Abg. Dr. Franke: Wir kommen wieder! —  
Abg. Dr. Korff: In der nächsten Legislaturperiode!)

Meine Damen und Herren, damit ist die Beratung des Einzelplanes 08 beendet und dieser Gegenstand der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir hätten nunmehr auf der Tagesordnung noch zwei Gegenstände, den Antrag Meixner, Dr. Jüngling und Dr. Schubert betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse am Wallfahrtsort Vierzehnheiligen und den Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Kriegsfolgegeschädigten zum Antrag der Abgeordneten Stain, Dr. Schubert, Frenzel, Reichl und Dr. Eberhardt betreffend Einleitung von Maßnahmen zur Auflösung des Ausländerlagers Föhrenwald. Der letztere Gegenstand wird eine Debatte hervorrufen, wie mir gesagt worden ist. Beim ersteren Gegenstand liegt

(Zuruf: Auch!)

an sich vom Wirtschaftsausschuß ein einstimmiger Vorschlag, vom Haushaltsausschuß allerdings ein Ergebnis mit geteilter Meinung vor. Wenn eine Debatte erfolgt, dann ist es nicht zu empfehlen, den Gegenstand heute noch aufzurufen. Wir nehmen davon Abstand und nehmen beide Gegenstände auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Morgen findet keine Plenarsitzung statt, wie bereits im Ältestenrat bekanntgegeben wurde; dagegen tagen morgen verschiedene Ausschüsse. Wir halten 14 Tage Ausschußsitzungen; die dritte Woche ist wieder eine Woche für Plenarsitzungen, vorausgesetzt, daß die Arbeit im Haushaltsausschuß das ermöglicht.

Die Sitzung ist für heute geschlossen.

(Schluß der Sitzung 17 Uhr 58 Minuten.)

**Berichtigungen:**

Auf Seite 1675, rechte Spalte, 4. Zeile von unten muß es heißen: „Wenn es nicht möglich wäre“.

Auf Seite 1676, linke Spalte, 3. Zeile von oben muß es statt „Bereich“ „Bericht“ heißen.